

DER STANDARD

SA./SO., 16./17. JUNI 2012 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,00

21. Jänner 1978

31. Jänner 2004



+20

Auf dem Erdgipfel von Rio 1992 wurden wegweisende Beschlüsse gefasst: So war Rio 92 die Geburtsstunde der Klimaschutzkonvention und für Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität. Zwanzig Jahre später treffen einander ab nächstem Mittwoch 130 Staats- und Regierungschefs und hunderte Experten, um über dieselben Themen zu diskutieren: Klimawandel, Hunger, Armut und Umweltverschmutzung. Auch wenn Nachhaltigkeit in aller Munde ist, die Erwartungen sind diesmal bescheiden, denn viele Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. So ist der CO₂-Ausstoß in den vergangenen zwanzig Jahren um 40 Prozent gestiegen.

Wir wollten es genauer wissen und haben uns Entwicklungen im Verlauf mehrerer Jahre – nicht immer der vergangenen zwanzig – angesehen. Satellitenaufnahmen, die wir über diese Ausgabe verteilt haben, und die doppelseitige Grafik zeigen den Wandel sehr deutlich.

Auch wenn das Fazit der von **Bettina Stimer** koordinierten und von **Rudi Reiterer** gestalteten Schwerpunktausgabe ernüchternd ausfällt: Vielleicht ist gerade das ein Anstoß für Veränderungen. Derzeit verbraucht die Menschheit die natürlichen Ressourcen 1,3-mal schneller, als die Erde sie regeneriert.

Alexandra Föderl-Schmid
Chefredakteurin

HEUTE

Deutscher Ungehorsam 191 Priester aus Baden-Württemberg fordern die Kommunion für wiederverheiratete Geschiedene. **Seite 11**

Hochspannung in Ägypten Der Präsidentschaftskandidat der Muslimbrüder droht bei Wahlfälschung mit „neuer Revolution“. **Seiten 5, 48**

Günther Domenig 1934–2012 Einer der wichtigsten Architekten Österreichs ist 77-jährig in der Steiermark gestorben. **Seite 39**



Frankreich und England siegen

Donezk/Kiew – In Gruppe D liegt Frankreich nach dem 2:0 über die Ukraine in Front. Aber auch der EM-Gastgeber hat noch Chancen auf den Aufstieg. Allerdings müsste zu diesem Zweck am Dienstag England gebogen werden, das Schweden in einem packenden Match mit 3:2 aus dem Rennen warf. (red) **Seiten 21–24, Kopf des Tages S. 48**

STANDARDS

NetBusiness, Wissenschaft . . . 36
Kommunikation 41
Veranstaltungen, Kino . . . 42, 43
TV, Switchlist 44, 45
Kolumne Hans Rauscher . . . 46
Kunstmarkt, Reise, Rätsel A 5 – A 8
Sudoku K 20

WETTER

Bis auf einzelne, aber durchaus heftige Gewitter im Westen wird es sonnig und heiß bei Höchstwerten zwischen 25 und 33 Grad. **Seite 42**

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at



ÖVP legt konkreten Fahrplan für Volksabstimmungen vor

Neugebauer im STANDARD: Initiativen müssen zuerst ins Parlament

Wien – Fritz Neugebauer, Zweiter Nationalratspräsident, legt im Gespräch mit dem STANDARD den konkreten Plan der ÖVP zur Stärkung der direkten Demokratie vor. Neugebauer, der auch VP-Fraktionsführer im Ausschuss zur Parlamentarismusreform ist, spricht von einem „gravierenden Systemwechsel“. Künftig sollen Gesetzesinitiativen mit 650.000 Unterstützungserklärungen, die auch online gesammelt werden können, direkt im Parlament eingebracht werden können. Diese müssten dort ausführlich behandelt werden und könnten unter Einbindung der Initiatoren auch verändert werden. Lehnt das Parlament diese Gesetzesinitiative von außen ab, soll zwingend eine Volksabstimmung erfolgen.

Bundespräsident Heinz Fischer warnte am Freitag einmal mehr vor den Gefahren beim Ausbau der direkten Demokratie und forderte die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission. Problematisch sei, wenn Gesetzesinitiativen gegen den Willen der Volksvertretung durchgesetzt werden könnten. Kommende Woche beginnen die Parteienverhandlungen dazu. (red) **Seite 13**

Problematisch sei, wenn Gesetzesinitiativen gegen den Willen der Volksvertretung durchgesetzt werden könnten. Kommende Woche beginnen die Parteienverhandlungen dazu. (red) **Seite 13**

Notenbanken sind nervös

Bereit für Aktionen nach Griechenland-Wahl

Athen/London – Die wichtigsten Notenbanken der Welt bereiten sich auf Marktturbulenzen nach der Griechenland-Wahl am Sonntag vor. In G-20-Kreisen hieß es, die Zentralbanker stünden für konzertierte Aktionen bereit. Die Bank of England kündigte an, das britische Bankensystem in den kommenden Wochen mit mehr als 100 Milliarden Pfund (123,6 Mrd. Euro) zu fluten. (red) **Seiten 4 und 25, Kommentar Seite 48**

Slim hat langfristige Ziele

Mit Telekom-Einstieg über „Märkte lernen“

Wien – Mit dem Erwerb von 26 Prozent der Telekom Austria verfolgen der mexikanische Milliardär Carlos Slim und seine América Móvil langfristige strategische Ziele in Mittel- und Osteuropa. „Wir sehen gute Chancen in der Region“, sagt Finanzchef Carlos García Moreno dem STANDARD. „Von unserem Partner möchten wir lernen, wie diese Märkte funktionieren.“ Genaue Pläne habe man nicht. (ef) **Seite 25**

Systemwechsel

Die ÖVP will einen „gravierenden Systemwechsel“, sagt der Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer. Österreichs Verfassung soll von einem primär repräsentativ-parlamentarischen System, das nur eingeschränkt plebiszitär ist, zu einem viel stärker plebiszitären umgewandelt werden.

Wenn ein Volksbegehren 650.000 Unterschriften erhalten hat, muss sein Inhalt einer bindenden Volksabstimmung unterworfen werden. Das Parlament kann zwar vorher noch Änderungen anbringen, aber letztlich macht „das Volk“ – oder ein genügend motivierter Teil – Gesetze.

Das ist – man muss es wiederholen – ungefähr das, was sich Jörg Haider unter seiner „Dritten Republik“ vorgestellt hat.

Bundespräsident Heinz Fischer stellte nun bei einer Feier für den Verfassungsgerichtshofspräsidenten sehr klare Fragen: Weiß man, weiß die ÖVP, dass es sich bei der Änderung, bei der „Bundesgesetze auch gegen den Willen des vom Volk gewählten Gesetzgebers zustande kommen können“, um eine Gesamtänderung der Bundesverfassung handelt?

RAU

Sollen „auch Verfassungsgesetze gegen den Willen der gewählten Volksvertretung zustande kommen können“? Ist man sich bewusst, dass sich dadurch das Verhältnis zur EU „gravierend verändern“ wird? Und ist man sich im Klaren darüber, dass im Ja/Nein-Verfahren der parlamentarische Prozess, das Verhandeln, die Berücksichtigung der Minderheit verlorengeht?

Ja, ich möchte über die neue A-Klasse, die im September 2012 erscheint, vorab informiert werden.

Als Vertreter der Zielgruppe – junger, extrovertierter, moderner Performer – freue ich mich über die Gelegenheit, einmal abseits von virtuellen Räumen und sozialen Netzwerken in der Realwelt zu agieren. Nämlich ganz analog, in Echtzeit, mit eigenen Händen einen Coupon auszufüllen, auszuschneiden, zu kuvertieren, zu frankieren und zur Post zu tragen.

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Einzusenden an:
Mercedes-Benz Österreich
Vertriebsgesellschaft m. b. H.,
Fasaneriestraße 35, 5020 Salzburg



Mercedes-Benz

Geringe Erwartungen – bescheidene Besetzung



Die Aufnahme aus dem Jahr 1993 zeigt den Kilimandscharo (Tansania) in weißer Pracht, von der auf der Aufnahme aus dem Jahr 2000 kaum mehr eine Spur zu sehen ist – wodurch der höchste Berg Afrikas zu einem Symbol für den Klimawandel wurde. „Gerade bei Symbolen sollte man vorsichtig sein“, warnt Klimaforscher Reinhard Böhm (ZAMG): „Man muss sehr genau sein und darf sich keinen Fehler erlauben, weil Klimawandelgegner jeden Fehler aufgreifen und den Klimawandel als unwahr hinstellen – selbst wenn es stichfeste Belege dafür gibt.“ Schließlich sei das Thema auch hochpolitisch. Im Falle der hier gezeigten Auf-

1993–2000

nahmen dürfte es sich bei dem Bild von 1993 (li.) um die Situation unmittelbar nach einem Schneefall handeln. Auf dem Foto von 2000 fehlt diese Schneedecke, dadurch entsteht der Eindruck, dass der Gletscher bald ganz verschwunden sein wird. De facto schrumpfte dieser zwischen 1912 und 2009 von zwölf Quadratkilometern auf 1,85 und verlor so 85 Prozent seiner Fläche. Dafür verantwortlich ist aber auch ein seit Ende des 19. Jahrhunderts regional trockeneres Klima. Böhm: „Der Kilimandscharo ist ein tropischer Gletscher, der stark von den Strömungen vor Ort abhängig ist, beispielsweise der Feuchtigkeit der Atmosphäre.“ (max)Fotos: picturedesk

20 Jahre nach Rio bestimmen die Bremser

Die Beschlüsse vom Weltgipfel in Rio 1992 waren Meilensteine der internationalen Nachhaltigkeitspolitik. 20 Jahre später reisen ernüchterte Teilnehmer wieder nach Rio – große Fortschritte werden nicht erwartet.

Roman David-Freihs
Gerhard Dilger

Vor 20 Jahren waren einige geradezu enttäuscht, als der Weltgipfel von Rio beendet wurde. Noch konkretere, bindende Beschlüsse hatte man erwartet. Und während der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die vom Gipfel ausgelöste „neue Dynamik“ pries – erklärte die Umweltorganisation Greenpeace den Gipfel gar für „gescheitert“ und prangerte die dort beschlossenen „Worthülsen“ an.

Doch inzwischen ist längst klar, dass die 1992 beschlossenen Konventionen Meilensteine in der internationalen Nachhaltigkeitspolitik waren. Allen voran die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung: 27 Grundsätze, die die Staaten für den Schutz der Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigen sollten.

Dazu die Klima-Rahmenkonvention, in der erstmals der Klimaschutz als international verbindliches Ziel angesprochen wurde – die Grundlage für das spätere Kiotoprotokoll und das System des CO₂-Zertifikate-Handels.

Weitere Ergebnisse von Rio waren die Biodiversitätskonvention, die „Forest Principles“ – und nicht zuletzt das ebenfalls abgesegnete

Agenda-21-Dokument. In diesem 800 Seiten umfassenden Werk wurden nachhaltige Zukunftsszenarien beschrieben und auch konkrete Programme festgeschrieben.

Ein gewaltiger Output für eine einzige Konferenz, die in der Aufbruchstimmung kurz nach dem Ende des Kalten Krieges abgehalten worden war. Umweltschutz wurde dabei nicht nur als Luxus der Reichen, sondern auch als überlebenswichtig für die Armen verstanden. Die Industrieländer erkannten immerhin an, dass sie die Hauptverantwortung für die Umweltzerstörung tragen.

Vom damaligen Schwung ist indes so gut wie nichts mehr zu spüren – und auch auf dem internationalen umweltdiplomatischen Parkett scheint sich eine alte Weisheit aus dem Wiener Volksmund zu bewahrheiten: „Es kommt nix Besseres nach.“

40 Prozent mehr CO₂-Ausstoß

Hatte der Klimagipfel von Rio noch ein euphorisches Ende genommen, ist die Stimmung gegenüber den internationalen Konferenzen eher der Ernüchterung gewichen. Das System des Handels mit Emissions-Zertifikaten, mit dem die Belastung durch Klimagasen ein finanzielles Gewicht erhalten sollte – wurde lediglich in der

EU eingeführt. Insgesamt ist der weltweite CO₂-Ausstoß aber seit 1992 um insgesamt 40 Prozent in die Höhe geschneit.

Und was die nachfolgenden internationalen Klimakonferenzen betrifft, trat das ein, was der deutsche Umweltpolitiker Hermann Scheer (SPD) bis zu seinem Tod im Jahr 2010 immer vehementer angeprangert hatte: Bei diesen Konferenzen könne man sich immer nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Sprich: „Der größte Bremser gewinnt.“

Indirekte Erfolge

Was von Rio 1992 blieb? Einiges – wenn man auch die indirekten Wirkungen berücksichtigt: dass etwa durch die Biodiversitäts-Konvention das Artensterben zwar längst nicht gestoppt – aber zumindest verlangsamt werden konnte. Ähnliches gilt für die Waldprinzipien. Viele Beschlüsse von Rio 92 fanden dann auch ihren Weg in nationale Gesetze; in Summe konnten die Umwelt- und Sozialgesetzgebungen weltweit verbessert werden.

Die meisten Veränderungen dürfte in den letzten zwei Jahrzehnten der Ansatz „Global denken, lokal handeln“ bewirkt haben. In ihrem letzten Text verweist die jetzt verstorbene Commons-Forscherin und Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom auf die Vielzahl von „organischen, sich überlappenden“ Umweltinitiativen auch auf lokaler und regionaler Ebene, die erfolversprechend

der seien als globale Vereinbarungen.

Die offizielle Bilanz sieht hingegen eher traurig aus: Nur bei vier von 90 Zielen habe es bedeutende Fortschritte gegeben, heißt es im neuen Bericht „Geo-5“ des UN-Umweltprogramms, so beispielsweise beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und bei der Reduzierung von Blei in Kraftstoffen.

Nach dem Reigen der enttäuschenden Klimakonferenzen der letzten Jahre reisen die Teilnehmer der Nachfolgekonferenz Rio + 20, die kommenden Mittwoch startet, mit mehr als gedämpften Hoffnungen an. Auch angesichts der Rivalität alter und neuer Großmächte, der Eurokrise und des Wahlkampfes in den USA droht die Umweltpolitik unter die Räder zu kommen.

Hand in Hand mit den geringen Erwartungen ist die Besetzung auch eher bejauhmend: Weder US-Präsident Barack Obama noch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel noch der britische Premier David Cameron wollen kommen.

Nichtsdestotrotz hofft Brasiliens Chefunterhändler Luiz Alberto Figueiredo, dass auch Rio + 20 ein Ausgangspunkt für neue Entwicklungen werden könnte. So soll unter anderem die Formulierung von Nachhaltigkeitszielen eingeleitet werden.

Um den „Zero-Draft“ – dem Entwurf eines Abschlusstextes – wurde bereits im Vorfeld gerun-

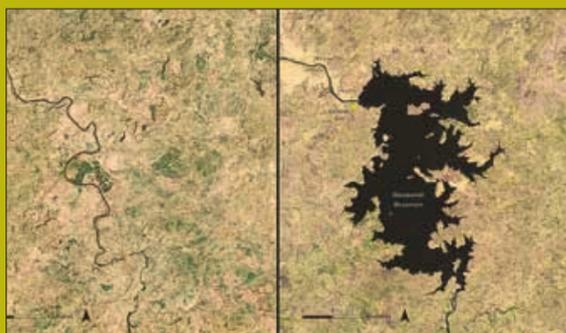
gen: Das ursprünglich recht schlanke Dokument war durch Ergänzungsvorschläge der einzelnen Staaten auf 300 Seiten angewachsen, dann wurde es auf 70 Seiten heruntergekürzt – um inzwischen wieder auf mehr als 200 Seiten anzuwachsen.

Konferenz-Insider rechnen daher damit, dass der brasilianische Vorsitz irgendwann im Laufe der Konferenz einen komplett neuen und sehr kurzen, einprägsamen Entwurf vorlegen wird: Figueiredo hält die Einigung auf fünf oder sechs Ziele für möglich, die 2015 in Kraft treten könnten, etwa zu den Themen Energie, Wasser, Städte oder Meere.

Umstrittene Green Economy

Höchst umstritten ist in Rio vor allem ein Thema aus dem „Zero Draft“: der neue, schwammige Leitbegriff der „Green Economy“, der „Grünen Wirtschaft“, durch die der Gegensatz zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufgehoben werden soll. Während gegen den sorgsameren Umgang mit Ressourcen oder mehr Energieeffizienz kaum etwas einzuwenden ist, scheiden sich beim Agrosprit oder beim Emissionshandel die Geister.

Auf dem „Völkergipfel“ der Basisaktivisten, der am Freitag begann, ist die Skepsis vor einem „grünen Anstrich des Kapitalismus“ bereits allgegenwärtig. Und auch Boliviens Verhandlungsführer René Orellana betonte schon im Vorfeld der Rio + 20-Konferenz: „Wir wollen, dass das Recht auf souveräne Entwicklung respektiert wird, dass es verschiedene Modelle geben darf.“



Kollateralschäden des Fortschritts

Klimaforscher Reinhard Böhm und Gletscherspezialist Wolfgang Schöner von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) haben für den STANDARD die Satellitenaufnahmen auf den folgenden Seiten analysiert und kommentiert. Ihre Expertise fließt in die Beschreibung des Bildmaterials ein, das die Veränderung einer Region oder ganzer Weltteile, durch Klimawandel oder Landnutzung, im zeitlichen Vergleich zeigt. So wurde 1972 von den Staaten Mali, Mauretanien und Senegal die „Organisation pour la mise en valeur du fleuve Sénégal“ (OMVS) gegründet. Mit dem Ziel, den Senegal-Fluss und

dessen Einzugsgebiet von 289.000 Quadratkilometern besser zu nutzen. Unter anderem, um weiteren Dürren Herr zu werden, wurde deshalb das rund 477 Quadratkilometer große Manantali Reservoir in Mali errichtet. Die Aufnahmen zeigen das Gebiet vor (1978, li.) und nach der Aufstauung (2004). Der Damm beeinflusste den natürlichen Wasserzyklus, was in einigen Gegenden beispielsweise zur Versalzung der Böden führte. Kollateralschäden des Fortschritts, denn ein Kraftwerk am Stausee versorgt seit 2002 neben Mali auch Mauretanien und den Senegal mit Strom. (max) Fotos: UNEP/Flickr.com

Empfehlungen eines prominenten Kritikers

„Wir würden weniger zahlen und viel mehr erreichen“

Bjørn Lomborg, viel zitierter Kritiker der Klimaschutzpolitik, sieht den Kampf gegen CO₂-Emissionen und Subventionen für alternative Energie als Geldverschwendung. Die Lösung ist technologische Innovation, sagt er im Gespräch mit **Eric Frey**.



STANDARD: *Der Rio-Prozess hat seine Klimaschutzziele bisher nicht erreicht. Hat dieser Prozess je eine Chance gehabt?*

Lomborg: Er war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, denn der Ansatz, der in Rio gewählt wurde, war falsch. Er lautete: CO₂ verursacht Erderwärmung, daher müssen wir mit fossilen Brennstoffe aufhören. Vergessen wurde, dass wir fossile Brennstoffe nicht verbrennen, um Al Gore und andere Umweltschützer zu ärgern, sondern weil sie riesige Vorteile bieten: Wärme, Kühle, Essen, Unterkunft, Transport, Strom. Sie schaffen Wohlstand – und nicht nur in den reichen Ländern. China hat in den letzten 30 Jahren 600 Millionen Menschen aus der Armut befreit, und das geschah nicht durch Solarpaneele, sondern indem sehr viel Kohle verbrannt wurde.

STANDARD: *Aber das ändert doch nichts an der grundsätzlichen Gefahr des Klimawandels, oder?*

Lomborg: Ja, der Klimawandel ist ein Problem, und es muss gelöst werden. Aber über die Reduktion fossiler Brennstoffe wird das nicht gelingen. Stattdessen müssen wir den Preis der erneuerbaren Energie durch Innovation senken. Wenn diese in den nächsten zwei bis vier Jahrzehnten billiger wird als fossile Brennstoffe, dann haben wir gewonnen. Der Kioto-Prozess bringt uns nicht dorthin.

STANDARD: *Und wenn man fossile Brennstoffe durch Emissionshandel und CO₂-Steuer verteuert und die Erneuerbaren subventioniert?*

Lomborg: Kein Ökonom ist dagegen, CO₂ zu besteuern, weil es Schaden anrichtet. Aber in den USA, in China oder Indien ist eine solche Steuer politisch nicht durchsetzbar, und auch in der EU wird sich das Verbraucherverhalten nicht ändern, wenn sich der Benzinpreis um ein paar Cent pro Liter erhöht. Und eine dramatisch höhere Steuer wäre ökonomisch sehr ineffizient. Bisher wurde der Preisunterschied zu den Fossilen durch Subventionen für Sonnen- und Windenergie überbrückt. Doch ineffiziente Technologien müssen sehr hoch gefördert werden. Anfangs kann man das tun, um sich besser zu fühlen. Aber sobald Leute es in großen Maßen in Anspruch nehmen, wird es zu teuer. Das haben wir in Europa gesehen. Dort fördert man Solarpaneele, aber sagt zugleich: Bitte kauft nicht zu viel davon, denn das können wir uns nicht leisten. Subventionen, die Staaten in den Bankrott führen, bevor sie etwas bewirken, sind sicher keine Lösung.

STANDARD: *Also wie bringen wir den Preis von grüner Energie hinunter?*

Lomborg: Indem wir auf Innovation setzen. Erneuerbare Energie ist derzeit mindestens doppelt so teuer wie fossile Brennstoffe. Sie lässt sich nicht gut speichern, und sie benötigt bessere Netze. Der Preis ist in den letzten Jahrzehnten bereits deutlich gefallen, aber das reicht nicht. Es ist wie bei Computern: Stellen Sie sich vor, wir hätten in den 50er-Jahren diese riesigen Dinger, die fast nichts konnten, subventioniert, damit sie auf jedem Schreibtisch stehen. Der Durchbruch kam erst durch

neue Technologien, angetrieben durch Wettrüsten und Raumfahrt. Statt ineffiziente Energie zu subventionieren, müssen wir in die Entwicklung neuer Technologien investieren. Und das geht nur mit öffentlichen Mitteln für die Grundlagenforschung.

STANDARD: *Wie viel wird benötigt?*

Lomborg: Derzeit geben wir 15 Milliarden Dollar im Jahr für Forschung in alternative Energie aus, davon gehen fünf Milliarden in die Atomkraft. Klima-Ökonomen glauben, dass wir 100 Milliarden brauchen, also das Zehnfache. Wenn man es über viele Techno-

logien streut, wird zumindest eine viel billiger als fossile Brennstoffe sein. Mit einem Euro für die Forschung lassen sich mindestens elf Euro an Klimaschaden vermeiden, durch Subventionen und den Kioto-Prozess nur zwei Cent. Wir könnten 500-mal so viel pro Euro erreichen, würden weniger zahlen und viel mehr erreichen.

STANDARD: *Sie fordern seit Jahren andere Prioritäten im Umweltschutz. Welche sollten das sein?*

Lomborg: Bei Rio + 20 geht es um die Umwelt. Warum aber machen wir uns solche Sorgen über den Klimawandel, wenn es in Entwicklungsländern zwei viel größere Probleme gibt: Luftverschmutzung in Innenräumen, vor allem durch primitive Kocher, und schmutziges Wasser. Dadurch sterben drei Millionen Menschen im Jahr, das sind 13 Prozent aller Toten in der Dritten Welt. Der Klimawandel mit allen Wetterkatastrophen tötet nur etwa 0,06 Prozent. Ich könnte da-

her eine Person durch den Kampf gegen Klimawandel retten und 210 Personen durch andere Maßnahmen, und dies wäre auch billiger und einfacher. Im Norden hält jeder den Klimawandel für das größte Umweltproblem. Luftverschmutzung ist alt, fad und nicht sexy. Aber wir sollten uns bei Rio + 20 um jene Probleme kümmern, bei denen wir am meisten tun können, und das ist Luft und Wasser.

STANDARD: *Beim Klimawandel geht es doch auch darum, eine zukünftige Katastrophe zu vermeiden.*

Lomborg: Die pessimistischen Prognosen sehen einen wirtschaftlichen Schaden von 20 Prozent am Ende des Jahrhunderts, die meisten Ökonomen erwarten nur Schäden von ein bis fünf Prozent. Auch das wäre viel. Aber wenn wir andere Umweltprobleme lösen, dann

bringt das der Welt einen Wachstumsschub von 100 bis 200 Prozent. Wenn wir Menschen heute helfen, werden sie reicher, gesünder und besser ausgebildet, und dann können sie in der Zukunft mit allen Problemen besser umgehen. Erdwärmung ist nicht das einzige Zukunftsproblem, auch Luft und Wasser sind es. Und wenn Menschen etwas gegen den Klimawandel tun wollen, warum setzen sie dann auf Rio und das Kioto-Protokoll – also auf Strategien, die nicht funktionieren und bereits gescheitert sind? Tun wir etwas gegen den Klimawandel, aber bitte, bitte, auf klügere Weise.

BJØRN LOMBORG (47) ist ein dänischer Politikwissenschaftler und Buchautor. Im Kopenhagen-Konsensus erarbeitete er 2002 mit Wirtschaftsnobelpreisträgern Prioritäten für die Entwicklungspolitik.



FAHRSPASS UM JEDEN PREIS.

BEZIEHUNGSWEISE
AB € 13.500,-*



Symbolfoto

MINI: von 55 kW (75 PS) bis 135 kW (184 PS), Kraftstoffverbrauch gesamt von 3,8 l/100 km bis 6,4 l/100 km, CO₂-Emission von 99 g/km bis 149 g/km.

* Dieses Angebot ist bei allen österreichischen MINI Partnern und für alle MINI (R56) Neuwagenbestellungen zwischen 01.06.2012 und 31.08.2012 gültig. Der Angebotspreis beinhaltet die Fahrspaß-Prämie sowie eine Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme-Prämie in Höhe von € 500,- brutto.



BE MINI.

Der MINI bietet Fahrspaß auf allen Ebenen: Das agile Fahrwerk sorgt für einzigartiges Gokart Feeling, während MINIMALISM den Verbrauch senkt. Und sein Design garantiert einen eindrucksvollen Auftritt. Doch er überzeugt jetzt nicht nur mit grenzenlosem Fahrspaß, sondern auch mit einer Ersparnis von mindestens € 2.490,-*, wenn Sie Ihr aktuelles Fahrzeug eintauschen.



Die Erben der Hippies

Die Cohousing-Bewegung versucht ein Gegenkonzept zum American Dream, der besagt, dass jede amerikanische Familie ein eigenes Haus besitzen muss. Die Bewohner von Takoma Village im Norden Washingtons teilen sich Küche, Rasenmäher und Kinderbetreuung.

Frank Herrmann aus Washington

Mit den Hippies verbinden sich Stichworte wie Flower-Power, LSD, freie Liebe. In den USA waren sie allerdings auch Vorläufer der Umweltbewegung. In Haight-Ashbury etwa, der Hippie-Hochburg in San Francisco, öffneten Altkleiderläden, in denen jeder sich frei bedienen konnte. Gemeinschaftsgärten entstanden, erste Recyclingzentren wurden gegründet. Ressourcen sparen als „Way of Life“: Die Cohousing-Bewegung macht es den Blumenkindern nach, wenn auch ohne Stirnbänder und schulterlanges Haar.

Wenn Ann Zabaldo von den Playdates erzählt, klingt es, als habe sich ein Zeitkreis geschlossen. Im Amerika der Straßenkreuzer, in dem sie in den Fünfzigerjahren aufwuchs, spielten die Kids noch draußen im Wohnviertel, ohne sich groß verabreden zu müssen. In den Siebzigerjahren kamen die Playdates in Mode, nicht zuletzt, weil die Zahl der Kindesentführungen gestiegen war und besorgte Eltern dem Frieden der Straße nicht mehr recht trauten. Also kutscherte man die Söhne und Töchter zu Treffen mit Gleichaltrigen, stets auf Kontrolle bedacht. Nun probieren sie in Takoma Village so etwas wie eine Rolle rückwärts, spontanes Ballwerfen, spontanes Versteckspielen, spontanes Herumtoben im Dorf in der Stadt, im Norden von Washington.

65 Erwachsene, 25 Kinder, sieben Hunde und schätzungsweise zwei Dutzend Katzen, das sind die Eckwerte. Die Eingangstüren aller 43 Wohnungen, sowohl im dreistöckigen Hauptgebäude als auch in den angrenzenden Reihenhäusern, weisen zum Hof. „Damit ist der Mittelpunkt klar definiert“, sagt Ann Zabaldo, bevor sie von den praktischen Vorteilen spricht, vom Sparen durch Teilen.

Es gibt nicht 43 Rasenmäher, sondern nur drei. Die Autos leiht man sich gegenseitig ebenso wie die Staubsauger, in einer Ecke stapeln sich Bücher, aussortiert von den einen, um von anderen gelesen zu werden. Die umweltschonende Wärmepumpenheizung hätte sich allein kaum ein Haushalt leisten können. In der Gemeinschaftsküche steht montags ein kollektives



Besprechung in der Gemeinschaftsküche: Bewohner von Takoma Village. F.: Herrmann

Abendessen auf dem Plan, „Soup ‚n‘ Simple“, wie eine Magnettafel verkündet. Wer kocht, wer saubermacht, den Rasen mäht – theoretisch ist alles geregelt, theoretisch soll jeder pro Monat 16 Stunden gemeinnütziger Arbeit leisten. Im praktischen Leben kommt es natürlich zu Reibungen, da mancher so gut wie nichts beitragen will.

Das Wichtigste ist, dass es keine „latchkey kids“ gibt, keine Schlüsselkinder, die nach der Schule ganze Nachmittage allein zu Hause verbringen, weil beide Elternteile berufstätig sind. In Takoma Village haben sie es so eingeteilt, dass immer ein paar Erwachsene da sind, um ein Auge auf den Nachwuchs zu werfen. Auf diese Weise können Alleinerziehende einer Arbeit nachgehen, ohne teure Nannys zu bezahlen.

Eine Kommune? Moderne Blumenkinder? Manches erinnert an die Hippies von San Francisco, etwa der Ansatz, das eine

oder andere Tabu der Wohlstandsgesellschaft zu brechen. Doch die Wohnungen sind Privateigentum, man legt seinen Besitz nicht zusammen.

24 Jahre ist es her, dass die Architekten Kathryn McCamant und Charles Durrett das Konzept aus Dänemark mitbrachten. Sie hatten es satt, ihre Kinder ständig durch die Gegend zu fahren, zu Freunden hier, zu Freunden dort. Vor allem sollte Cohousing familienfreundlicher sein. Quer durch die USA gibt es mittlerweile rund 140 solcher Siedlungen, bewohnt von fünftausend Menschen. „Ein Klacks“, weiß Zabaldo.

Der Traum vom eigenen Haus

Nur muss man die ungeschriebenen Gesetze des American Dream kennen, um Projekte wie Takoma Village schätzen zu lernen. Eine amerikanische Familie, besagt der Traum, sollte ihr eigenes Haus haben, ein Haus, um das man einmal herumlaufen kann. Als die Immobilienpreisblase platzte und den Crash der Finanzkrise auslöste, häuften sich nachdenkliche Stimmen.

Am Grundsätzlichen aber hat sich nichts geändert. „Niemand kann mir etwas vorschreiben. Wo ich wohne, bin ich mein

eigener Herr.“ Diese Maxime bestimme noch immer durchschnittsamerikanisches Denken, sagt Betsy Mendelsohn. Die Historikerin wuchs selber in solchen Verhältnissen auf, in Bridgeport, Connecticut. Es gab einen Zaun, einen Dobermann, sogar einen kleinen Teich. Ihre Kinder, Sohn Franklin und Tochter Imogen, sollten nicht in der Einöde Suburbias heranwachsen. „Dann lieber mit Mitmenschen leben, deren Katzen in deine Blumenkästen pinkeln“, fügt sie hinzu.

Und weil die Geschichte für eine Zeitung in Wien bestimmt sei, wolle sie von ihrem Großvater erzählen. Max Braun hat den Holocaust in Wien überlebt, weil er mit einer Katholikin verheiratet war. Seine Frau Karoline arbeitete bei einem Bäcker, gemeinsam konnten sie so viel Nahrung zusammenkratzen, dass es auch für Max reichte. Dessen Enkelin hat die Geschichte auf ihre Weise interpretiert: Eingebettet in eine Gemeinschaft, gute Beziehungen zu anderen pflegend – so hätten Max und Karoline das Schlimmste überstanden. Vielleicht habe auch die Erfahrung der Großeltern eine Rolle gespielt, meint Betsy Mendelsohn, als sie entschied, wie sie wohnen wollte.

Reine Luft ist in China eine Rechenaufgabe

Die rasante Urbanisierung verursacht extreme Verschmutzungen von Wasser, Luft und Böden

Johnny Erling aus Peking

Die Spionage-Apparaturen stehen mitten in Peking auf dem Dach der US-Botschaft. Für eine besonders subversive Botschaft brauchten Washingtons Diplomaten am 19. Oktober 2010 nur zwei Worte: „crazy bad“ (irrsinnig schlecht). Es war kein Agentenjargon, sondern ihr Urteil über die Luftgüte in Peking, an einem Tag voller Smog, Kohlestaub, Industrie- und Autoabgasen. Ihre Messgeräte, die als Grenzwert eine Feinstaubkonzentration von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und nach „PM2.5“ Schwebeteilchen mit einem Durchmesser von 2,5 Mikrometern erfassen, zeigten den Höchstwert 500 an. Dazu fiel einem Diplomaten nur noch „crazy bad“ ein.

Seit den Olympischen Spielen 2008 misst die US-Botschaft stündlich die Luftqualität. In 80 Prozent der Fälle lautet ihr über Internet verbreitetes Urteil „unhealthy“ (ungesund) oder „dangerous“ (gefährlich). Pekings amtliche Luftkontrolleure finden aber nur 20 Prozent der Luft nicht gut. Hinter den Kulissen gab es lange Streit darüber. Jetzt wurde er zur Groteske, als Vize-Umweltminister Wu Xiaoping den USA vorwarf, sich in Chinas Angelegenheiten einzumischen und „gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen“ zu verstoßen. Als ob Luftmessungen Spionage wären.

Keine Nachhaltigkeit

Hintergrund sind immer schwerer zu lösende Folgen der unnachhaltigen Entwicklung Chinas. Sie erklären auch, warum sich die Behörden lieber Luft, Boden und Wasser trickreich sauber rechnen. Selbst nach offiziellen Untersuchungen des Umweltmi-

nisteriums (MEP) waren im Mai 57 Prozent des städtischen Grundwassers „verschmutzt oder extrem verschmutzt“, hatten 298 Millionen Bauern keinen Zugang zu trinkbarem Wasser.

Umweltinitiativen halten die Folgen der rasanten Urbanisierung für noch gravierender. Beispiel Peking: Die Hauptstadt zapft alle Wasserquellen ihrer Nachbar-Provinzen an und lässt über 1000 Kilometer Länge einen Wasserkanal vom Süden her auf sich zubauen. Es sind buchstäblich nur Tropfen auf den heißen Stein. Die 22-Millionen-Hauptstadt kann pro Tag maximal drei Mrd. Kubikmeter Wasser nutzen. Sie verbraucht derzeit aber schon mehr als 90 Prozent davon, ohne Reserven zu haben und kurz vor Beginn des heißen Sommers.

Bisher mogelten sich die Städte durch. Peking etwa bewertete die Luftgüte auf einer Skala von eins (ausgezeichnet) bis fünf (schwer verschmutzt) und erschuf sich aus „eins und zwei“ die neue Kategorie „blauer Tag“. Als Entwicklungsland knüpfte es dafür die Maschen seiner Messnetze mit dem Parameter PM10 so weit, dass sie allen Feinstaub durchließen. So konnte Peking mit Maßnahmen wie der Stilllegung von Fabriken, Bauverböten oder Aufforstung bessere Luftwerte verkünden. Seine „blauen Tage“ stiegen von 185 im Jahr 2001 über 273 bei den Olympischen Spielen auf 286 im Jahr 2011 an. Erst als die Öffentlichkeit Betrug schrie, stellten die Behörden Anfang 2012 ihre Messungen auf den Parameter PM2.5 um.

China erlebt die noch unabsehbaren Fol-

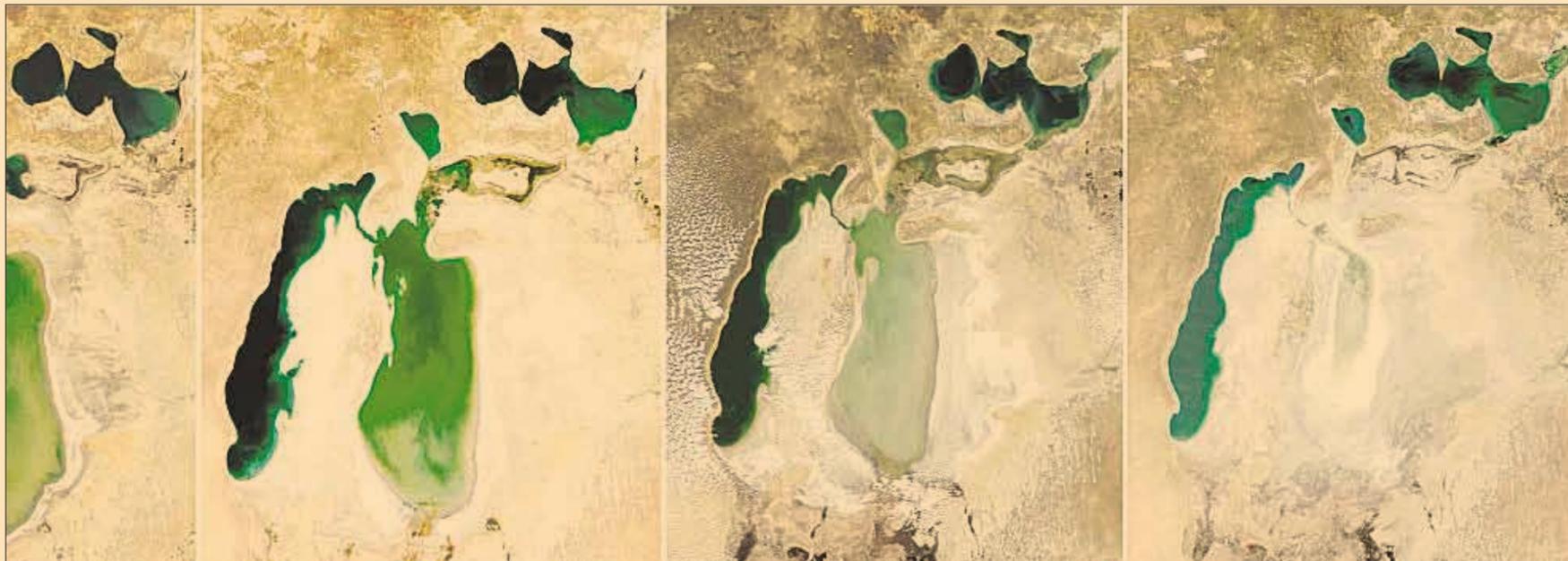
gen einer neuen Umwälzung durch seine rasende Verstädterung. Pan Jiahua, Direktor des Instituts für Stadtentwicklung und Umwelt an der Akademie für Sozialwissenschaften, sagte dem STANDARD, sie fahre mit dem „Tempo eines Schnellzuges“ allen Plänen davon. Nach dem neuen 12. Fünfjahresplan 2011 bis 2015 hätten erst 2015 mit 51,5 Prozent mehr als die Hälfte aller Chinesen in Städten leben sollen, doch schon Ende 2011 waren es 51,3 Prozent oder 690 Millionen Chinesen.

Mitglieder der „Parteihochschule“, des Brain Trusts von China, warnten in der *Study Times* vor „großen Sprüngen“ in der Urbanisierung. Die Provinzen setzten auf Städtewachstum, um nach europäischem Entwicklungsmuster die Binnennachfrage anzukurbeln. China aber tickte anders.

Wofür Europa ein Jahrhundert brauchte, dauere in China eine Generation. 1979 lebten 17,9 Prozent von knapp einer Milliarde Chinesen in Städten. 2015 werden es dreimal so viele sein. In nur zehn Jahren zwischen 2000 und 2010 wanderten 200 Millionen Bauern in die Städte ab. Bis 2030, so die *Study Times*, werden es noch einmal 250 Millionen werden.

Die Städte wachsen in noch nie dagewesenem Tempo, stellt auch das im Juni erschienene *Jahrbuch zur städtischen Entwicklung 2011* fest. Heute gebe es 13 Metropolen mit weit mehr als zehn Millionen Einwohnern und 30 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern. Europäer kennen meist nicht einmal die Namen. Aber was dort passiert, wirkt sich auf alle aus.





Ein vielbeachtetes Beispiel einer von Menschen verursachten Naturkatastrophe betrifft das einst viertgrößte Binnenmeer der Welt, den Aralsee. Die Satellitenaufnahmen von 1973, 1987, 1999, 2001, 2004, 2007 und 2009 (li. nach re.) zeigen, wie klein er mittlerweile ist und wie groß die neuentstandene Wüste. Er enthält nur noch ein Viertel der Wassermenge der 1960er-Jahre, der Wasserpegel sank bisher um rund 13 Meter. Die Prognose der Weltraumbehörde Esa sieht nicht gut aus: Im Jahr 2020 wird der Aralsee fast komplett ausgetrocknet sein. Ein kleiner Teil des Sees im Norden könnte wohl gerettet werden, heißt es von der Esa. Der südliche Teil des Aralsees werde in anderthalb Jahrzehnten aber komplett ausgetrocknet sein. Die entstandene Wüste ist mit Meersalz bedeckt, schimmert weiß-gelb,

1973–2009

wie auf dem Satellitenbild zu erkennen ist. Wasserintensive Baumwollplantagen in Usbekistan waren der Hauptgrund für das rapide Schrumpfen des Sees. Heute sind die beiden Flüsse Amudarja und Syrdarja nur noch Rinnsale und fast nicht mehr zu erkennen. Der Salzstaub aus dem Seebett und die landwirtschaftlichen Giftstoffe gelten zudem als Auslöser für viele Krankheiten: Blutarmut und vor allem Krebs treten neben Atemwegserkrankungen überdurchschnittlich in der Region auf. Ein seit 2001 mithilfe der Weltbank für 88 Millionen US-Dollar errichteter Damm zweigt Wasser aus dem Zufluss Syrdarja ab und erweckt allmählich den kasachischen Teil des Sees wieder zum Leben. Der Nachteil: Das Projekt beschleunigt die Austrocknung des Südteils weiter. (max)

Fotos: picturedesk

Russlands Kampf gegen die Müllberge

Riesige Mengen an Abfall sind die Schattenseite der russischen Entwicklung. Die Entsorgung bleibt ein ungelöstes Problem. Schon warnt der neue Gouverneur Moskaus, die Hauptstadt könne sich in eine Müllhalde verwandeln.

André Ballin aus Moskau

Plastikflaschen, Bauschutt und Glassplitter, selbst alte Fernseher und Küchengeräte liegen verstreut herum. Schon von weitem riecht es nach verrottenden Abfällen. Die Müllhalde ist nur eine von über 300 wilden Deponien im Moskauer Gebiet. „Auf dem Territorium Moskaus und des Moskauer Umlands entstehen jährlich zehn Millionen Tonnen Haus- und Sperrmüll“, sagte der neue Gouverneur Moskaus, Sergej Schoigu. Wenn es in dem Tempo weitergehe, werde sich das gesamte Gebiet in eine Müllhalde verwandeln, warnte er.

Gerade im Sommer, wenn die Temperaturen steigen, können Deponien zur Gefahr werden. So geriet Anfang Mai eine Müllkippe bei Naro-Fominsk 70 Kilometer südöstlich von Moskau in Brand. Giftige Gase hüllten knapp eine Woche lang die Gegend in dichten, schwarzen Qualm. Anwohner klagten über Kopfschmerzen und Atembeschwerden.

Versprechen und Wirklichkeit

Die Müllverwertung ist ein zentraler Aspekt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung – einer Politik, der sich Russland 1992 mit der Unterzeichnung der Rio-

Erklärung über Umwelt und Entwicklung offiziell verpflichtet hat. In der Realität ist in den vergangenen 20 Jahren in der Umweltpolitik – jedenfalls in positiver Hinsicht – jedoch so gut wie nichts geschehen.

Der Raubkapitalismus in Russland hat auch zu einem hemmungslosen Raubbau an der Natur geführt – sei es durch die Abholzung von Wäldern, den ineffizienten und ohne Rücksicht auf Umweltaspekte geführten Abbau von Bodenschätzen oder eben die Entwicklung Russlands hin zu einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft. Die Einführung der zu Sowjetzeiten praktisch unbekanntem Plastikverpackungen ist zwar für die russischen Konsumenten bequem, stellte aber das eingespielte Verwertungssystem von Sekundärrohstoffen vor eine unlösbare Aufgabe.

Das System wurde inzwischen selbst weitgehend entsorgt, lediglich die Sammlung von Schrott für den Export spielt noch eine Rolle. Eine Mülltrennung in den Haushalten existiert damit nicht. Essensreste landen zusammen mit Verpackungsmüll, Batterien und Zeitungen im Eimer und anschließend im Müllschacht, mit dem die meisten Wohnhäuser in den Städten ausgestattet sind. Schon hier entsteht das erste Problem: Die Müllschächte locken Ungeziefer magisch an. Die Ratten- und

Kakerlakenplage in den Großstädten ist akut und birgt entsprechende Gesundheitsrisiken für die Menschen. Auch mit der Müllabfuhr wird das Problem nicht beseitigt. Gut 4,3 Milliarden Tonnen Haus- und Produktionsmüll seien 2011 angefallen, davon aber nur knapp zwei Milliarden Tonnen „unschädlich gemacht“ worden, erklärt der Umweltberater der Duma, Michail Kosorenkow. Zumeist bedeutet das einfach Verbrennung. Was nicht verbrannt werden kann, verrottet auf den Deponien. Die austretenden Giftstoffe – speziell Quecksilber – verseuchen Grundwasser und Boden.

Neues Problembewusstsein

Das Problem immerhin ist erkannt. Laut Kosorenkow werden derzeit in allen russischen Regionen Mülltrennungs- und -verbrennungsanlagen gebaut. Erste Pilotprojekte gibt es bereits: Unter anderem erzeugt auch der niederösterreichische Stromversorger EVN mit zwei Verbrennungsanlagen Energie in Moskau. „Wenn es keine wirtschaftlichen Katastrophen gibt, erreicht Russland 2015 das Niveau einer nachhaltigen Entwicklung“, zeigt sich Kosorenkow optimistisch.

Doch ganz so einfach ist das nicht. Der Aufbau einer funktionierenden Recycling-Industrie erfordert Milliardeninvestitionen. Im russischen Haushalt sind diese Mit-

tel nicht vorgesehen. Viel Spielraum bietet er angesichts milliardenschwerer Wahlversprechen in den nächsten Jahren auch nicht.

Also müssten die Russen die Modernisierung aus eigener Tasche finanzieren. Die Bereitschaft dazu scheint jedoch gering zu

sein: Viele Russen entsorgen ihren Müll nach wie vor lieber in der Natur, statt für die Wiederaufbereitung zu zahlen. Doch die Mentalität ist kurzsichtig. Selbst die schier unendlichen Weiten Russlands stoßen irgendwann an die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit.



Eine ältere Frau sortiert Abfall auf einer Moskauer Müllhalde. Foto: Reuters

Hello Tomorrow Emirates

Wer Urlaubsgeld sparen will, macht am besten Urlaub

Jetzt schon ab 465 Euro nach Dubai und bereits ab 550 Euro nach Bangkok. Gourmet-Menüs, preisgekrönter Service und Komfort, großzügiges Freigepäck sowie unser vielfach ausgezeichnetes Unterhaltungsprogramm ICE inklusive.

emirates.at

Über 120 Destinationen weltweit. Buchen Sie Ihren Dubai-Zwischenstopp bei Ihrem Reisebüro oder Emirates. Die Tarife gelten ab Wien, unterliegen bestimmten Anwendungsbestimmungen und verstehen sich inklusive aller Steuern und Treibstoffzuschlägen. Mehr Informationen unter emirates.at oder Tel: 01/206 09 19 99. Entdecken Sie Vielflieger-Vorteile auf skywards.com



Die Satellitenbilder zeigen die Abholzung des Amazonasregenwalds in Brasilien zwischen 1990 und 2000. Hauptursache ist die Fleischproduktion. Denn rund 70 Prozent des vernichteten Tropenwaldes, der fünfzehnmal größer als Deutschland ist, wurden für Viehweiden gerodet, der größte Teil vom Rest für den Futtermittelanbau und andere agrarische Produkte, die 37 Prozent der Exportgüter Brasiliens ausmachen. Wie der Regenwald auf die Klima-

1990–2000

erwärmung reagieren wird, ist unklar. Der UN-Klimabericht von 2007 stellte eine Zunahme der Regenmenge in den vergangenen 40 Jahren fest. 2010 trat aber eine weitere Dürrewelle in jenen Gegenden auf, die von der Abholzung betroffen waren. „Brasilien setzt verstärkt auf Biotreibstoff aus Zuckerrohr, dadurch geraten Urwaldflächen unter Druck“, sagt Reinhard Böhm (ZAMG). Das verdeutliche, wie nahe Nutzen und Schaden beieinanderliegen. (max) Fotos: picturedesk

„Wie Österreich hier agiert, ist geradezu unfassbar“

Greenpeace-Chef **Alexander Egit** war bereits 1992 Mitglied der Österreich-Delegation in Rio. Diesmal reist er mit wenig Hoffnung an und kritisiert im Gespräch mit **Roman David-Freihsl** die Doppeltbödigkeit Österreichs.

STANDARD: Sie waren bereits vor 20 Jahren Mitglied der österreichischen Rio-Delegation. Was ist Ihre wichtigste Erinnerung an die Weltkonferenz?

Egit: Dass die Themen Umwelt und Entwicklung erstmals bei einer Konferenz gemeinsam behandelt wurden. Und es gab erstmals einen alternativen Gipfel, das Rio-Forum, wo Menschen einen Zugang zur Konferenz hatten, die vorher noch nie eine Gelegenheit hatten aufzutreten. Es war eine Begegnung der bis dahin getrennten Welten – der Umwelt- und der Entwicklungsbewegung. Und das ergänzt durch den Menschenrechtsaspekt – das war eine zentrale Erfahrung.

STANDARD: Welche Rolle konnte Österreich damals spielen?

Egit: Eine recht wichtige. Wir waren damals ja noch nicht Mitglied der Europäischen Union. Und es kamen Vertreter indigener Völker aus dem brasilianischen Amazonas, die Zugang zum offiziellen Konferenzort bekommen wollten. Sie hatten aber keine Chance, eine Pressekonferenz zu veranstalten. Also hat Österreich nach einer sehr starken Initiative der beteiligten NGOs eine eigene Pressekonferenz angemeldet – auf der dann die Vertreter der indigenen Völker sprechen konnten.

STANDARD: Nach 20 Jahren sind Sie heuer wieder Mitglied der österreichischen Rio-Delegation. Was sind diesmal Ihre Erwartungen?

Egit: Die sind nicht sehr hoch. Das Problem ist: Zum Unterschied zu Rio 1992 – wo konkrete Konventionen auf dem Programm waren – stehen diesmal keine konkreten Beschlüsse an. 1992 waren wir zunächst eigentlich ein bisschen enttäuscht. Aber im Nachhinein betrachtet waren das Meilensteine in der Geschichte der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die heutige Rio-Konferenz reiht sich hingegen leider ein in eine Serie von internationalen Treffen, die sehr schlecht verlaufen sind. Daher gibt es inzwischen bereits Menschen, die nicht mehr von Rio-plus-20, sondern von Rio-minus-20 sprechen.

STANDARD: Gibt es Hoffnungsschimmer?

Egit: Es wird mit größter Wahrscheinlichkeit ein Prozess gestartet, um eine bessere institutionelle Verankerung der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Da gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten. Die eine wäre, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zur Uneo aufzuwerten – also zu einer Organisation der Vereinten Nationen, wie die Unesco oder die Unido. Falls dies scheitert, gibt es den zweiten Plan, einen Hochkommissar für zukünftige Generationen zu schaffen.

STANDARD: Das ist alles?

Egit: Ein paar Punkte können noch beschlossen werden in Rio. Der aus meiner Sicht wichtigste ist eine Seerechtskonvention. Die United Nations Convention on the Law of the Seas, Unctlos, die in Rio diskutiert wird. Die ist deshalb so wichtig, weil der Großteil der Meeresflächen ja nicht Hoheitsgewässer sind, sondern hohe See. Und bisher gibt es keine Konvention, die Hochseegebiete schützt. Diese Gebiete sind einer Ausbeutung der Rohstoffe und Fischbestände vollkommen ungehindert in Wildwestmanier ausgeliefert. Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Millennium-Ziele laufen 2015 aus. Diese Millennium Development

Goals sollen jetzt in Sustainable Development Goals umgewandelt werden. Dafür soll in Rio ein Fahrplan erarbeitet werden.

STANDARD: Was hat sich in den vergangenen 20 Jahren grundsätzlich in der Klimapolitik geändert?

Egit: Das Kernproblem ist, dass wir trotz der Beschlüsse, die Emissionen der Treibhausgase zu begrenzen, 2011 das Jahr mit dem höchsten Ausstoß aller Zeiten hatten. Das ist ein ganz, ganz schlechtes Zeichen, weil es ganz offensichtlich nicht gelungen ist, die CO₂-Emissionen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Was man daraus schließen muss, ist, dass die Instrumente, die man sich überlegt hat, komplett versagen. Zum Beispiel das Zertifizierungssystem vom Kioto-Protokoll,

das grundsätzlich sehr gut ist, weil es dem CO₂-Verbrauch einen Preis zuordnet. Nur ist dieser Preis unzureichend, und wenn das Preissignal nicht stark genug ist, ist es auch nicht wirksam.

STANDARD: Umweltpolitik über die Preisschraube?

Egit: Diese Maßnahmen müssen auch ökonomisch Sinn machen. Peak Oil zum Beispiel ist eine ökologische, aber vor allem auch eine ökonomische Frage. Und zunehmend auch eine politische Frage. Die chinesische Regierung etwa weiß genau: Sie haben der Bevölkerung wachsenden Wohlstand versprochen, können den aber à la longue nicht auf einer fossilen Basis garantieren. Nordafrika hat gezeigt: Wenn man nicht mehr in der Lage ist, Ressourcen zu sichern, verstehen die Leute keinen Spaß mehr. Dass es zu Veränderungen kommen muss, steht ja außer Zweifel. Die Frage ist nur: Wie schnell sie geschehen werden.

STANDARD: Welchen Sinn haben solche Konferenzen überhaupt noch? Sie werden inzwischen von Persönlichkeiten wie Dennis Meadows scharf kritisiert.

Egit: Man darf eines nicht vergessen: Von den 50.000 Menschen, die vermutlich in Rio sein werden, sind 90, 95 Prozent vollkommen davon überzeugt, dass für diesen Planeten etwas zu tun ist. Ich halte es für extrem wichtig, dass wir Schauplätze haben, wo man über die Zukunft des Planeten reden und Maßnahmen diskutieren kann. Sonst ist eine internationale Entwicklung nur noch sehr schwer möglich. Und die andere Dimension ist jene, was die einzelnen dann zu Hause machen.

STANDARD: Inwieweit kann man sagen: Lesson learned, wenn der österreichische Umweltminister sich darüber freut, dass er billige CO₂-Zertifikate einkaufen konnte?

Egit: Österreich hat ein Problem: Bei internationalen Verhandlungen treten wir sehr progressiv auf. Wir erklären der ganzen Welt, was sie zu tun hat, aber schaffen es nicht, unsere Hausaufgaben in Österreich zu erledigen. Das darf man nicht unterschätzen. Denn die Entwicklungsstaaten sagen inzwischen: Ihr seid total doppelbödig. Dass Österreich etwa fünf Milliarden Euro beim Tanktourismus einnimmt durch geringere Dieselpreise – und auf der anderen Seite zahlen wir 500 Millionen für Strafzertifikate. Wie Österreich hier agiert, ist geradezu unfassbar. Es wird geredet von Energieautar-

kie – aber faktisch verhalten wir uns in Energie- und Klimaschutzfragen einfach unanständig.

STANDARD: Wenn die Politik nicht antreibt – kann eine Green Economy zum Motor werden?

Egit: Green Economy wird ein Thema in Rio sein – aber das wird von den Entwicklungsländern auch sehr kritisch gesehen. Weil die natürlich fragen: Was soll das heißen? Grüne Atomtechnologie? Grüne Kohle? Da wird schon nachgefragt, wo in der Substanz eine nachhaltige Entwicklung passiert – oder ob bestimmte Unternehmen nur Greenwashing betreiben. Oft sind ja grüne Behüschungsmaßnahmen in Wahrheit ja nur eine Verteidigung gegen internationale Regulierungen. Die Entwicklungsländer werfen uns vor: Ihr sorgt daheim für eine Green Economy – und verlagert die schmutzige Produktion zu uns. Die Produkte werden in Österreich konsumiert – aber die CO₂-Belastung wird beispielsweise China angerechnet, weil die Waren dort produziert wurden.

STANDARD: Das sind in Summe keine guten Vorzeichen.

Egit: Ich sehe keine Chance, dass eine Fortschreibung des 2012 auslaufenden Kioto-Protokolls gelingen könnte. Ein weiteres Problem ist, dass die Konferenz nicht prominent genug besetzt ist. Weder Obama noch Merkel noch Cameron fahren hin. Obwohl am 18. und 19. Juni ein G-20-Treffen stattfindet, bei dem die alle sind. Für die wirtschaftliche Zukunft trifft man sich – aber nicht für die wichtigen Themen Umwelt, Soziales und Menschenrechte. Das ist ein fatales Zeichen.

STANDARD: Wo wollen Sie persönlich in Rio antreiben?



Alexander Egit Anfang der 90er-Jahre. Rio '92 war ein Meilenstein – die Probleme haben sich aber seither verschärft. Foto: Global 2000

Egit: Es gibt ja noch ein wichtiges Thema in Rio: Laut einer Greenpeace-Berechnung gehen jährlich 750 Milliarden Euro an Subventionen in umweltschädliche Produktionen. Rund die Hälfte davon ist im Energiebereich angesiedelt. Das Problem dabei ist, dass damit Industrien gefördert werden, die im Zentrum dessen stehen, dass es bei internationalen Konferenzen keine ordentlichen Ergebnisse mehr gibt. Das sind multinationale Konzerne, deren Hauptziel es ist, bei Regierungen zu erreichen, dass es keine Regulierungen gibt, damit ihre globalisierte Form des Wirtschaftens weitergeführt werden kann.

STANDARD: Was kann der österreichische Beitrag dazu sein?

Egit: Damit da kein Missverständnis entsteht: Österreich ist da um nichts besser. Da gibt es jährlich bis zu 5,4 Milliarden Euro an umweltschädlichen Förderungen. Da gehört das gesamte Budget durchforstet und gekürzt. Und was natürlich überhaupt nicht geht, ist, dass ein Land wie Österreich gerade nach Rio fährt – und einem Unternehmen wie Andritz einen Staatspreis für Umwelt verleiht. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Völker des Amazonas, die sich gegen das Monstertankwerk Belo Monte zur Wehr setzen. Dass es von Umweltminister Berlakovich noch kein Signal in Richtung Andritz gibt, sich daran nicht zu beteiligen, wird Österreich sicher auch Probleme bereiten in Rio. Da wird man vor allem beim People-Summit aufpassen müssen, dass man nicht mit dem nassen Fetzen davongejagt wird.

ALEXANDER EGIT war 1986 bis Ende 1995 Mitglied der Geschäftsführung der Umweltschutzorganisation Global 2000 – und in dieser Funktion 1992 Mitglied der österreichischen Rio-Delegation. Seit 1996 ist er bei Greenpeace Österreich. Seit Dezember 2006 ist Egit Geschäftsführer von Greenpeace in Zentral- und Osteuropa.

Bürgermitbestimmung in den Bezirken CHRONIK Seite 18

Für Polen geht es um alles SPORT Seite 21

derStandard.at/Inland



Fritz Neugebauer macht einen Vorstoß für mehr direkte Demokratie. Der Verfassungsgerichtshof soll vorab Gesetzesanträge prüfen. Foto: Cremer

„Gravierender Systemwechsel“

Der Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer stellt im STANDARD die Vorschläge der ÖVP zur Stärkung der direkten Demokratie vor: Gesetzesinitiativen durch das Volk, Bürgeranfragen und ein Online-Sammelsystem.

Michael Völker

Wien – Fritz Neugebauer spricht von einem „gravierenden Systemwechsel“. Die ÖVP setzt sich für die Einführung einer „Gesetzesinitiative des Bundesvolkes“ ein. Im Gespräch mit dem STANDARD präsentiert Neugebauer, Zweiter Nationalratspräsident und fraktioneller Vorsitzender der ÖVP in der Arbeitsgruppe Parlamentarismusreform, das Konzept seiner Partei zum Ausbau der direkten Demokratie.

Kernstück ist eben die Gesetzesinitiative des Bundesvolkes. „Die gewählten Abgeordneten des Nationalrats geben in einem besonderen Fall ihr Recht auf Gesetzesbeschluss an das Volk

SCHWERPUNKT:
Modelle zur Beteiligung der Bürger

ab“, erläutert Neugebauer. Konkret soll das so ausschauen:

■ Das „Bundesvolk“ kann eine auf die Erlassung eines konkreten Gesetzes gerichtete Initiative einbringen.

■ Diese Gesetzesinitiative muss von mindestens 650.000 Wahlberechtigten unterstützt werden. Die Verwendung eines Online-Sammelsystems, auf das die ÖVP ebenfalls drängt, wäre möglich.

■ Eine Abänderung der Initiative in einem ausführlichen parlamentarischen Verfahren ist unter der Einbindung eines Komitees, das die Initiative vertritt, möglich.

■ Lehnt das Parlament die Initiative ab, kommt es verpflichtend zu einer Volksabstimmung. Bei Bundes-

gesetzen müssen 33 Prozent der Wahlberechtigten an der Volksabstimmung teilnehmen, 50 Prozent der abgegebenen Stimmen müssen die Initiative unterstützen. Bei Bundesverfassungsgesetzen müssen 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. 66 Prozent der abgegebenen Stimmen müssen die Initiative unterstützen. Stimmen ausreichend Wahlberechtigte der Initiative zu, wird die Initiative Bundesgesetz.

Thematisch wären solche Initiativen streng eingeschränkt: Sie dürften nicht auf eine Gesamtänderung der österreichischen Verfassung ausgerichtet sein, Grundrechte, Menschen- und Minderheitenrechte dürften nicht eingeschränkt werden, außerdem dürfte der Antrag weder gegen Unionsrecht noch gegen völkerrechtliche Verträge verstoßen, erklärt Neugebauer die ÖVP-Vorschläge.

Um den Initiatoren bereits vorher Klarheit über die Umsetzbarkeit zu verschaffen, sollen sie beraten werden, es soll eine Art Vorprüfung geben: Der Verfassungs-

gerichtshof soll die Initiative auf ihre Zulässigkeit prüfen.

Weitere Elemente zur Stärkung der direkten Demokratie sind die Aufwertung von Volksbegehren und die Einführung einer sogenannten Bürgeranfrage.

Für die Behandlung eines Volksbegehrens soll es eigene Plenarsitzungen geben, die zuständigen Minister sollen dort verpflichtend Stellung nehmen müssen. Neugebauer kann sich vorstellen, dass auch die Initiatoren dort zu Wort kommen.

Mit 5000 Unterstützungserklärungen sollen Bürgeranfragen an einzelne Regierungsmitglieder möglich werden, die in einer eigenen Fragestunde im Nationalrat beantwortet werden müssen.

Sowohl bei Volksbefragungen als auch bei Volksbegehren sollen Online-Sammelsysteme möglich sein, „da muss das Innenministerium etwas zustande bringen“, sagt Neugebauer. „Das sind die Vorschläge der ÖVP, dafür bin ich. Ich glaube, dass jetzt ein Zeitfenster für die Umsetzung offen ist.“

WISSEN

Hürden für die Volksabstimmung

Für ein Volksbegehren, das auf eine Gesetzesinitiative abzielt, sind derzeit 100.000 Unterschriften notwendig. Die aktuelle Debatte dreht sich um die Frage, ob das Volksbegehren automatisch in eine Volksabstimmung münden soll, wenn das Parlament die Gesetzesinitiative ablehnt. Damit würde verhindert, dass Volksbegehren im Sand verlaufen.

Ein solcher Automatismus würde jedenfalls eine Verfassungsänderung nach sich ziehen, da eine Volksabstimmung ohne Vetorecht des Parlaments dem repräsentativen Prinzip der Demokratie widersprechen würde.

Für einen Automatismus sind jetzt im Grunde genommen alle Parteien – mit unterschiedlichen Ansätzen. Uneinigkeit herrscht über die Zahl der Unterschriften, die dafür nötig sein soll. Bundeskanzler Werner Faymann hat für die SPÖ eine Hürde von 700.000 Wahlberechtigten vorgeschlagen, die ÖVP ist für 650.000 Unterschriften (siehe Artikel links), das BZÖ für 400.000, FPÖ und Grüne sind jeweils für die niedrigste Schwelle, sie haben eine Grenze von 250.000 Unterschriften vorgeschlagen. Streitpunkt ist außerdem, ob bestimmte Materien, etwa Grundrechtsfragen, ausklammert werden sollen.

Die Grünen schlagen ein dreistufiges Verfahren vor. Für einen Initiativantrag im Parlament sind 30.000 Unterschriften notwendig. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, kommt es zu einer Volksbefragung, da sind 250.000 Unterschriften notwendig, erst dann kommt es zu einer Volksabstimmung. (fux)

Fischer warnt vor Problemen mit direkter Demokratie

Wien – Bundespräsident Heinz Fischer spricht sich für eine parlamentarische Enquete-Kommission zur direkten Demokratie aus. Ende Mai hatte sich Fischer gegen eine überschießende Regelung, was erleichterte Volksabstimmungen nach erfolgreichen Volksbegehren betrifft, gewandt, was ihm auch Kritik einbrachte. Am Freitag erklärte der Bundespräsident, er halte es für wertvoll und wichtig, dass die österreichische Bundesverfassung „zur Ergänzung und Korrektur der parlamentarischen Demokratie“ auch Elemente der direkten Demokratie wie Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen enthalte. Es würden sich aber sehr grundsätzliche Probleme ergeben, wenn man die plebiszitäre Komponente so verändern wolle, dass Bundesgesetze und vielleicht sogar Verfassungsgesetze gegen den ausdrücklichen Willen der gewählten Volksvertretung durchgesetzt werden könnten. Nicht jede Form der direkten Demokratie sei geeignet, die Qualität der Demokratie zu verbessern. (red)

„Volksrechte einschränken“

Schweizer Ständeratspräsident für materielle Prüfung

Lisa Nimmervoll

Bern/Wien – Abstimmen dürfen wie die Schweizer, das wär's! Dieser Wunsch taucht in der Debatte um mehr direkte Demokratie immer wieder auf. Fragt man aber Schweizer, ob sie ihr Demokratiemodell mit traditionell starker direkter Beteiligung der Bevölkerung direkt exportieren würden, warnen sie vor zu viel Hektik und empfehlen zuerst kleinere Gehversuche etwa auf Landesebene.

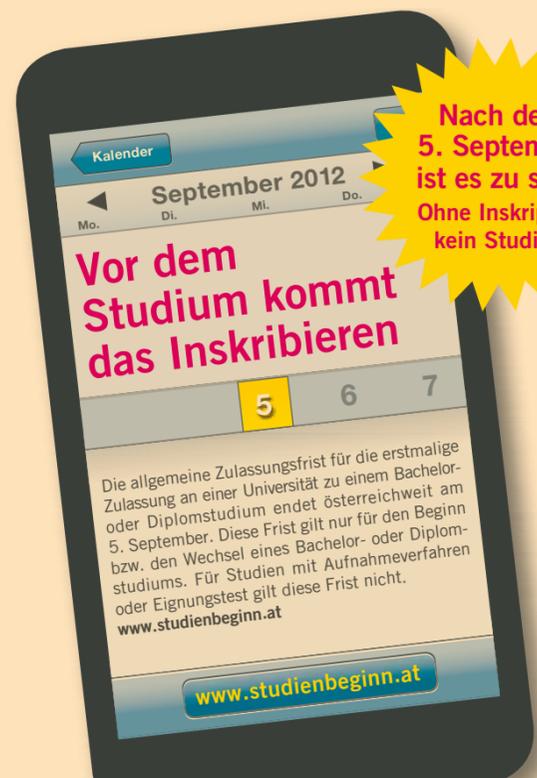
Denn Allheilmittel gegen Politikfrust sei die direkte Demokratie „sicher nicht“, sagte der Präsident des Ständerats des Schweizer Parlaments, Hans Altherr (FDP), bei einem Besuch der Vereinigung der Parlamentsredakteure in Bern: „Es ist schwierig, so etwas ohne Tradition einzuführen. Das System muss von unten wachsen.“

Die Kantonsvertretung (46 Räte) bildet mit dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Räte), der zweiten, absolut gleichberechtigten Kammer, die Bundesversammlung – das Parlament, das viermal im Jahr in dreiwöchigen Sessionen tagt.

Für dieses bedeuten mehr Volksentscheide laut Altherr: „Natürlich ist das Parlament in der Schweiz schwächer als in anderen Ländern.“ Immerhin wüssten die Schweizer ja: „Ich kann jede Verfassungsänderung durch eine Volksabstimmung ändern.“

Altherr sieht für die Schweiz nun „Bedarf, dass man Volksrechte einschränkt – aber das kann man nur mit Zustimmung des Volkes“, sagte er unter Verweis auf das derzeit nur formelle Vorprüfungsverfahren für Volksinitiativen. Wer 100.000 Unterstützer hat, kann eine Volksabstimmung initiieren – über alles, außer sie würde gegen zwingendes Völkerrecht verstoßen. Der Liberale wäre für ein materielles Vorprüfungsverfahren, bei dem dem Wahlvolk gesagt würde: „Wenn ihr das annehmt, dann passiert das und das“, es würden etwa bilaterale Verträge mit der EU verletzt.

Auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene kann ein wahlberechtigter Schweizer (ab 18) im Jahr durchaus bis zu 40-, 50-mal zur Abstimmung gebeten werden.



Nach dem 5. September ist es zu spät. Ohne Inskription kein Studium



„Im Klimaschutz müssen wir besser werden“

Der verantwortliche Umweltminister **Nikolaus Berlakovich** vergleicht seine Politik mit jener von Vorgängerin **Ruth Feldgrill-Zankel**, die vor 20 Jahren zuständig war. **Conrad Seidl** stellte die Fragen.

STANDARD: Frau Minister, wann haben Sie zum ersten Mal das Wort „Klimawandel“ gehört? War das ein Schlüsselbegriff?

Feldgrill-Zankel: Als solcher erst in den Vorbereitungen auf Rio. Weil die Umwelt damals zwar in aller Munde war – wir hatten unseren täglichen Umweltskandal. Aber es war nicht am globalen Kontext festgemacht. Die Stichworte waren Waldsterben oder Ozon. Ich sehe heute noch die weinenden Mütter im Ministerium, die zwar fest gequalmt haben, aber ihre Babys schützen mussten vor dem bodennahen Ozon. Die Sorgen waren einfach punktueller. Meines Erachtens war es ein großes Plus der Umweltkonferenz in Rio und den Vorbereitungen dazu, dass neue Begriffe gesetzt und normiert wurden.

STANDARD: Stichwort Waldsterben: Das wäre meine Frage an Sie, Herr Minister: Wann ist Ihnen dieser Begriff in der politischen Diskussion zuletzt untergekommen?

Berlakovich: Zuletzt im internationalen Jahr des Waldes im Vorjahr. Aber das war punktuell, jahrelang hat man nichts mehr gehört. Ich muss scharf nachdenken, wann das ein politisches Problem war, das ist sicher schon 15 Jahre her.

STANDARD: Das ist ein Erfolg der Umweltpolitik: Der Wald lebt.

Berlakovich: Das Thema Waldsterben ist weg, der saure Regen ist im Griff, und der Wald lebt. Das war auch ein Erfolg von Rio.

Feldgrill-Zankel: Ja, damals ist die Bedeutung des Waldes für das Klima allgemein bewusst geworden. **Berlakovich:** Und damit auch der Schutz des tropischen Regenwaldes, der ja im großen Stil abgeholzt wird. Das europäische Waldsterben ist im Griff, aber das Waldsterben weltweit im Sinne der Abholzung ist brandaktuell – im wahren Sinne des Wortes.

Es hat noch einen Erfolg gegeben: Man hat damals Ozon als großes Thema gehabt, nicht nur das schon angesprochene bodennahe Ozon, sondern auch die Gefährdung der Ozonschicht – hier ist es weltweit gelungen, die gefährlichen Substanzen, die FCKW zurückzudrängen.

STANDARD: Ihre Beispiele zeigen: Wenn man punktuell ein Ding angeht, kann man Erfolge erzielen. Damals hat man gesagt: Man muss globaler denken. Tatsächlich erreicht man damit doch weniger?

Berlakovich: Das Lösen eines punktuellen Problems ist einfacher, weil nicht so viele Player mitspielen. Aber: Die heutigen Umweltherausforderungen sind globale. Der Klimaschutz, die Energieversorgung der Welt. Die Sicherung der Meere, der Ozeane. Die Landnutzung. Es sind globale Themen und wir sehen in all den Uno-Konferenzen, wie mühsam es ist, 195



Begegnung der Generationen in der Umweltpolitik: Ruth Feldgrill-Zankel trifft Nikolaus Berlakovich.

Fotos (3): Regine Hendrich

Staaten unter einen Hut zu bringen. Fast aussichtslos.

Feldgrill-Zankel: Und trotzdem darf man nie aufhören. Meine Großmutter hat immer gesagt, zu Tode gefürchtet ist auch gestorben. Widerstand wird es immer geben, wenn man irgendwo eine Änderung herbeiführen will. Aber nicht anzufangen wäre wirklich sträflich.

Berlakovich: Man hat ja auch Erfolge, zum Beispiel die Biodiversitätskonferenz in Nagoya 2010: Da haben wir einen Beschluss aller Uno-Mitgliedsstaaten gefasst – neue Regeln zum Schutz der Artenvielfalt in der Welt.

STANDARD: Biodiversität ist auch ein Thema für den Landwirtschaftsminister. Aber die meisten Bauern wollen nichts davon hören, sie haben ganz andere Probleme: Frostschäden, Trockenheit ...

Berlakovich: Das sehe ich nicht so, weil gerade die Landwirtschaft beweist, dass man wirtschaftlich denken kann und gleichzeitig auf die Ökologie Rücksicht nimmt. Wir werden für diesen Weg in Europa gelobt, Barroso hat gesagt: Die ökologisierte österreichische Landwirtschaft ist ein Vorbild. Wir haben beispielsweise Biodiversitäts-Monitoring, wo Bäuerinnen und Bauern vor Ort in allen Bundesländern die Flächen beobachten und schauen, wie sehr es gelingt, die Tier- und

Pflanzenwelt zu erhalten. Die Landwirtschaft muss auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der Biodiversität spielen. Im Übrigen auch im Wald.

Feldgrill-Zankel: Ich halte es für sehr notwendig, Dinge zu benennen, Problemfelder zu benennen und nicht mit Totschlagargumenten die jeweils andere Seite kaltzustellen. Und eben, dass man Erfolge oder auch Misserfolge messbar machen kann. Deswegen ist es auch so notwendig, dass bei sol-

chen Konferenzen auch Ziele vereinbart werden. Und wenn 100-mal Rückschläge dazwischen passieren.

Berlakovich: Wobei es auf diesen internationalen Konferenzen schwieriger geworden ist, weil Staaten neues Selbstbewusstsein entwickelt haben. Wenn der Schutz der tropischen Regenwälder verhandelt wird, zeigt plötzlich Papua-Neuguinea auf und sagt: „I don't agree“, und das ist auch ihr gutes Recht. Verhandeln mag zäh und mühsam sein, dem Bürger, dem Beobachter kommt es dann vor, als ob nichts weiterginge. Mit China, Indien, Brasilien und Südafrika haben wir in Wahrheit eine neue Weltordnung.

Feldgrill-Zankel: Da fällt mir auf: Ich kann mich an keinen Vertreter Chinas in Rio erinnern. Sehr wohl hab ich optisch vor mir einen Vertreter der G-77, weil auch damals ist es natürlich um die Energie gegangen, der nach einer durchverhandelten Nacht im Plenum erklärt hat: „Und wenn einmal noch das Wort CO₂-Tax fällt, that means war. And if I say war, I mean war.“ Der hat eine Kriegserklärung ins Plenum hineingeschleudert, den seh ich auch vor mir. Aber sicher ist es wichtig, dass die politischen Köpfe dort beieinander sind, um in schwierigen Auseinandersetzungen einen Schritt weiterzukommen.

STANDARD: Wir können uns heute fast nicht vorstellen, dass wir damals noch nicht in der EU waren und dass die Angst geherrscht hat: „Der EU darf man nicht beitreten, weil dann verlieren wir unsere Vorreiterrolle.“ Tatsächlich hat uns doch gerade die EU Fortschritte in Umweltfragen gebracht?

Feldgrill-Zankel: Das waren aber etwas parteiische Meinungen. Der EU-Beitritt hat Selbsterkenntnis bewirkt: Wo sind wir gut, wo können wir etwas beitragen? Und wo müssen wir durchaus zugeben, dass wir noch nachlernen müssen. Auf Konferenzen mussten wir damals als kleines Land mühsam Mitstreiter suchen. Heute tritt man gemeinsam auf – da ist für den Minister der Vorabstimmung schwieriger, dafür ist der Impact, den man als EU hat, größer.

Berlakovich: Die Vorabstimmung funktioniert schon so. Aber ein geschlosseneres Auftreten hat auch Vorteile gebracht. Was ich

unbedingt für notwendig erachte, dass die Uno auch schaut, dass die internationalen Konferenzen effizienter werden. Sonst gibt es eine fatale Rückkoppelung, und die Leute in Österreich sagen, da kommt nichts raus, warum sollen wir etwas tun, wenn die Großen sich nicht einig sind?

STANDARD: Wir tun ja wirklich wenig. Der CO₂-Ausstoß ist völlig der Konjunktur gefolgt: Wir haben die Delle gehabt mit dem Konjunkturunbruch 2008, 2010 sind die CO₂-Emissionen wieder hinaufgegangen. Haben wir da wirklich so wenig gelernt?

Berlakovich: Man darf den Umweltschutz nicht mit Klimaschutz gleichsetzen. Die CO₂-Reduktion ist ein Teil des Umweltschutzes. Dort ist die fatale Optik, dass Österreich 1997 ein extrem ehrgeiziges Ziel eingegangen ist und dann in den Jahren danach zu wenig für den Klimaschutz gemacht wurde. Das ist ein Aspekt. Aber sonst behaupte ich, dass Österreich ein Umweltmusterland ist: Wir haben keine Atomkraft, wir haben keine Gentechnik. Wir sind Bio-Weltmeister, und unsere Menschen haben Trinkwasserversorgung aus Grundwasser und Quellen, was nicht einmal in Europa sicher ist. Wir sind in der Abfallwirtschaft Spitze, im Sinne einer flächendeckenden Entsorgung. Wir haben große Gebiete unter Naturschutz gestellt, was uns die Welt erst nachhupfen muss. Aber im Klima-

schutz müssen wir besser werden, eindeutig.

Feldgrill-Zankel: Ich halte ja sehr viel vom Aufrüttelpotenzial von Katastrophenmeldungen – doch wenn nach den berechtigten Negativmeldungen nicht berichtet wird, dass in vielen Bereichen sehr wohl etwas erreicht werden konnte, dann stumpft einfach die Bevölkerung ab.

STANDARD: Als Sie Ministerin waren, war das Umweltressort etwas Isoliertes. Damals war wünschenswert, das mit der Wasserwirtschaft, also der Landwirtschaft zusammenzulegen. Bei den Treibhausgasen sieht man, dass der Verkehr bedeutend ist, müsste man da nicht Umwelt und Verkehr zusammenlegen?

Berlakovich: Nicht unbedingt. Nur: Es müssen sich die anderen Regierungsmitglieder ihrer Verantwortung bewusst werden. Das ist der Punkt, denn in Wahrheit ist Umwelt und Klimaschutz eine Materie, die alle Ressorts angeht, und da gibt es Versäumnisse, das ist eindeutig. Im Verkehr erreichen wir unsere Klimaschutzziele nicht, in der Wirtschaft erreichen wir sie nicht und bei der Raumwärme. Daher war es mir wichtig im Klimaschutzgesetz, das wir beschlossenen haben, diese Verantwortlichkeiten festzuhalten, damit wir gemeinsam und konsequent Maßnahmenprogramme aufstellen, um ernsthaft Klimaschutz zu betreiben.

”



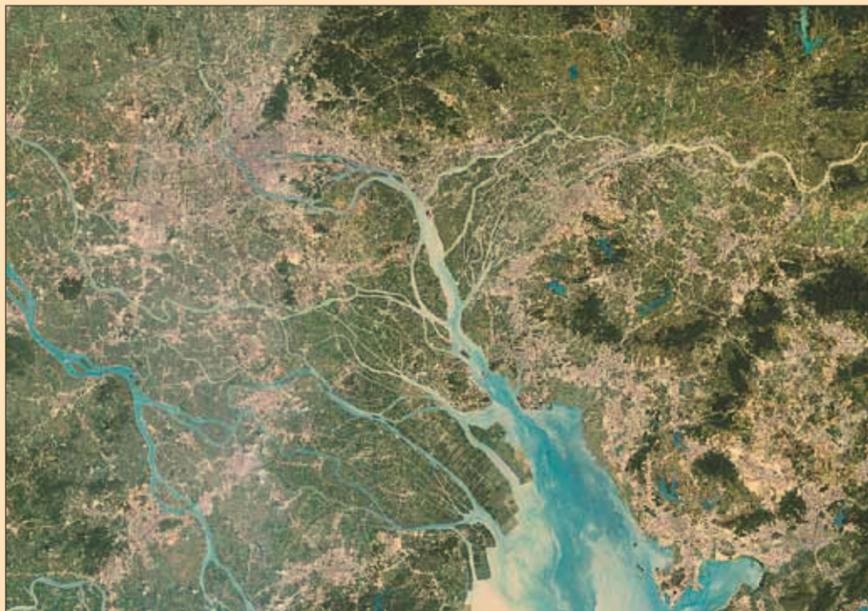
Wir haben große Gebiete unter Naturschutz gestellt, was uns die Welt erst nachhupfen muss.
Nikolaus Berlakovich

“

ZU DEN PERSONEN

Ruth Feldgrill-Zankel (69) war seit Ende der 1960er-Jahre Journalistin, dann Pressereferentin der steirischen ÖVP und später in der Stadt Graz. Von 1987 bis 1991 war sie Stadträtin in Graz. Nach dem Abgang von Marilies Flemming kam sie als Umweltministerin in die Bundesregierung. Sie vertrat Österreich 1992 bei der Konferenz in Rio. Kurz darauf kehrte sie bis 1998 als Vizebürgermeisterin nach Graz zurück.

Nikolaus Berlakovich (51), startete als Kommunalpolitiker in Großwarasdorf und engagierte sich gleichzeitig in der Politik für die kroatische Volksgruppe, der er angehört. 1995 wurde er stellvertretender Obmann des burgenländischen Bauernbundes, den er von 1991 bis 2005 im Landtag vertrat. 2005 wurde er Agrarlandesrat. Im Dezember 2008 wurde er als Nachfolger von Josef Pröll Landwirtschaftsminister.



Das Perflussdelta in Südchina im Zeitraffer: Die Satellitenaufnahmen zeigen das Gebiet im Jahr 1990 und im Jahr 2000. In den letzten 30 Jahren hat sich die Region mit ihrem Status als Sonderwirtschaftszone in der Volksrepublik zu einem Schlüsselstandort in der globalisierten Weltwirtschaft entwickelt. Die Folge: eine extreme Bevölkerungszunahme und große bauliche Veränderungen in den Städten. Heute leben rund 40 bis 60 Millionen Menschen in dieser „megaurbanen“ Region. Unter anderem gehört die Stadt Shenzhen (Provinz Guangdong) dazu: Von 1979 bis heute wuchs die Bevölkerung der einstigen Kleinstadt

1990–2000

von 20.000 auf rund zwölf Millionen an. Vor allem die Elektronik- und Telekommunikationsindustrie hat sich in Shenzhen angesiedelt. In der Deltaregion befinden sich daneben aber auch 210 Zementwerke, 338 Keramikwerke und 29 Flachglasproduzenten, wie offizielle Zahlen aus dem Jahr 2007 belegen. Die Auswirkungen auf die Umwelt lassen sich an der rapiden Verschlechterung der Wasserqualität des Perflusses erkennen. Umweltorganisationen wie Greenpeace warnen bereits vor irreversiblen Schäden für Mensch und Umwelt unter anderem durch Schwermetalle im Fluss und seinen Nebenarmen (siehe auch Seite 8). (max) Fotos: picturedesk

„Bekennnisse zur Umwelt nur Lippenbekenntnisse“

Die Programme der Parteien sind seit Zwentendorf und Hainburg alle grün eingefärbt. Das Engagement auf dem Papier schlage sich aber kaum in der politischen Praxis nieder, kritisieren Politik- und Umweltexperten.

Peter Mayr
Walter Müller

Wien – 20 Jahre nach dem Gipfel von Rio gebe es „keine Partei mehr, die Umweltschutz nicht verpflichtend in ihren Programmen mit sich trägt“, sagt Politikberater Thomas Hofer. „Ja“, unterstreicht Politologe Peter Filzmaier, „es gab in den letzten zwei Jahrzehnten tatsächlich einen gesellschaftlichen Wandel: Alle sind heute für den Umweltschutz. Die Frage ist nur, wie sich dies in der Realität niederschlägt.“
Eines ist verbrieft: In ihren Parteiprogrammen legten die Parlamentsparteien schon ab den 1970er-Jahren ein Bekenntnis zum Schutz der Umwelt ab.

Eine wirkliche Wende der österreichische Umweltpolitik markierten aber zwei dramatische gesellschaftspolitische Konflikte: Zwentendorf und Hainburg. Die Abstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf 1978 und die Besetzung der Hainburger Au 1984, mit der die Errichtung eines Wasserkraftwerks verhindert wurde, veränderten das Parteienbewusstsein nachhaltig. Filzmaier: „Entlang der Konfliktlinie in Hainburg ist dann eine neue Partei, die Grünen, entstanden.“ Die 1986 als „Grün-Alternative“ Partei ins Parlament einzog.

Mit Hainburg und Zwentendorf bekamen die Parteiprogramme jedenfalls neue, saftig-grüne Anstriche. Auch in der SPÖ, die nach

dem Atomkraftdebakel in Zwentendorf und der Besetzung der Au schwer an ihrem Image als Betonierpartei zu kämpfen hatte. Besonders deutlich schwenkte die Volkspartei ein, die in ihr Parteiprogramm 1995 die vom ehemaligen Parteiboss Josef Riegler geprägte „Ökosoziale Marktwirtschaft“ aufnahm.

Eine Menge Grün ist im Zeitraum der vergangenen 20 Jahre auch bei den Blauen zu finden. FPÖ-Umweltsprecher Norbert Hofer sieht seine Partei hier sogar „ganzen vorne“. Man habe sich „relativ früh mit Umweltthemen befasst“. Was auch die SPÖ für sich reklamiert. Sehr früh habe die SPÖ – noch unter Bruno Kreisky – ökologische Ansätze in ihr Programm aufgenommen, sagt Karl Duffek, Direktor der SPÖ-Akademie „Renner-Institut“. Im Programm 1978 sei der

Schwerpunkt bereits auf „qualitatives Wachstum“ gelegt worden.

Zu diesem Zeitpunkt war aber die ÖVP schon längst im politisch Grünen angelangt. Das Salzburger Programm 1972 hatte sich bereits in einem eigenen Kapitel dem „Umweltschutz“ gewidmet: „Der Mensch hat Anspruch auf eine gesunde und ästhetische Umwelt.“

13 Jahre später, ein Jahr bevor Jörg Haider die Partei übernahm, widmete sich auch die FPÖ dem Thema in einem eigenen Kapitel ausführlich. Inhaltlich lag es auf der Linie der anderen Parteien. Im aktuellen Programm vom Juni 2011 findet die Umwelt kaum noch Niederschlag. Im Kapitel „Heimat, Identität, Umwelt“ gerade einmal sieben Zeilen. Politikexperte Thomas Hofer: „Die FPÖ sieht den Umweltschutz heute als Heimatschutz.“

In ihrer Ausführlichkeit und Tiefe sind die Umweltprogramme der Grünen von den anderen Parteien nicht zu toppen. Die grünen Handlungsrichtlinien umfassen in den Programmen 1990 und 2001 den kompletten Themenkomplex, von Öko-Steuersystem bis Mobilität, Raumentwicklung und Lebensmittelproduktion.

Für Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweltdachverbands, läuft das zur Schau gestellte Umweltbewusstsein eher unter dem Titel „Öko-Schmäh“: „Das Umweltbewusstsein ist seit Hainburg und Zwentendorf sicher gestiegen, das hat sich aber nicht in einer engagierten Umweltpolitik niedergeschlagen. Die Parteien betreiben vielmehr „green washing“, weil man weiß, dass Umwelt und Lebensqualität bei den Wählern Topthemen sind.“

Auch Peter Filzmaier ist skeptisch: „Es gibt zwar Bekenntnisse zur Umwelt, es sind aber meist nur Lippenbekenntnisse.“

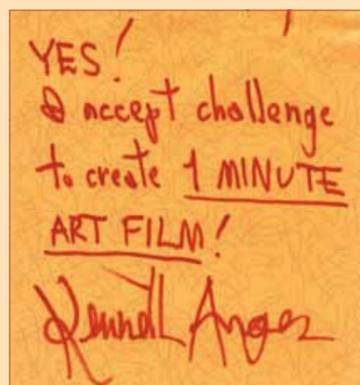


SPÖ **Parteiprogramm 1978:** „Für das kapitalistische wie für das kommunistische Wirtschaftssystem stellt hemmungsloses Wachstum die Grundlage ihres Bestandes dar. Dieses zerstört aber die Umwelt und gefährdet die Gesundheit. Die Sozialisten streben demgegenüber ein qualitatives Wachstum an.“
Parteiprogramm 1998: „Zentrale umweltpolitische Zielsetzungen sind die Reduktion der Schadstoff- und Lärmbelastung sowie die gezielte Förderung des öffentlichen Verkehrs und umweltverträglichen Güterverkehrs. Die Erhaltung und Schonung natürlicher Ressourcen und die erhebliche Reduktion der Umweltbelastung durch Schadstoffe ... soll unter anderem durch eine umfassende Ökologisierung des Steuersystems erreicht werden.“

ÖVP **Salzburger Programm 1972:** „Der Mensch hat Anspruch auf eine gesunde und ästhetische Umwelt, Natur- und Stadtbildschutz ... Der Umweltgefährdung ist durch vorbeugende Maßnahmen entgegenzuwirken.“
Grundsatzprogramm 1995: „Die Ökosoziale Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen Freiheit, Leistung ... und Solidarität. Sie verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und einem schonenden Umgang mit der Umwelt. Das Vorsorge- und das Verursacherprinzip sollen die Umweltpolitik bestimmen. Notwendig für eine ökologisch verantwortbare Marktwirtschaft sind ... eine Steuerpolitik, die nachhaltiges Wirtschaften belohnt und Energie- und Rohstoffverbrauch belastet.“

FPÖ **Parteiprogramm 1985:** „Wir bekennen uns zur ökologischen Schicksalsgemeinschaft alles Lebendigen auf unserer Erde ... Der Ökologie muss solange eine Vorrangrolle eingeräumt werden, bis das Gleichgewicht mit der bisher bevorzugten Ökonomie wiederhergestellt ist ... Wir treten für das Verursacherprinzip ein, wonach die Kosten ökologischer Maßnahmen grundsätzlich vom Verursacher zu tragen sind. Umweltschutz ist nicht kostenlos. Er kann auch Opfer fordern ...“
Parteiprogramm 2011: „Der Schutz unserer natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage für unsere Heimat Österreich, eine nachhaltige und schonende Bewirtschaftung und die biologische Vielfalt haben für uns hohe Bedeutung. Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind ... zu schützen.“

Leitlinien 1990: „Die Zerstörung der Umwelt ist die logische Folge einer Ökonomie, die gemeinsam mit ihren Vasallinnen Wissenschaft und Politik alles zum quantifizierbaren, verwertbaren, profitablen Material erklärt ... Ein unabhängiger „Umweltrechnungshof“ ist einzurichten. ... eine neue Ordnungspolitik ... zum Schutze der Umwelt ...“
Parteiprogramm 2001: „Daher strebt ökologisches Wirtschaften die Herstellung von Kostenwahrheit ebenso an wie das Schließen von Kreisläufen ... Wir brauchen wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen erheblich verteuern und alle Formen des erneuerbaren wirtschaftlichen Inputs (wie Arbeit und Know-how) steuerlich entlasten.“



DER STANDARD präsentiert «Moments» aus 50 Jahren Viennale

Der Trailer, den es nie gab

Wie Kenneth Anger einmal fast einen Film für die Viennale gedreht hätte

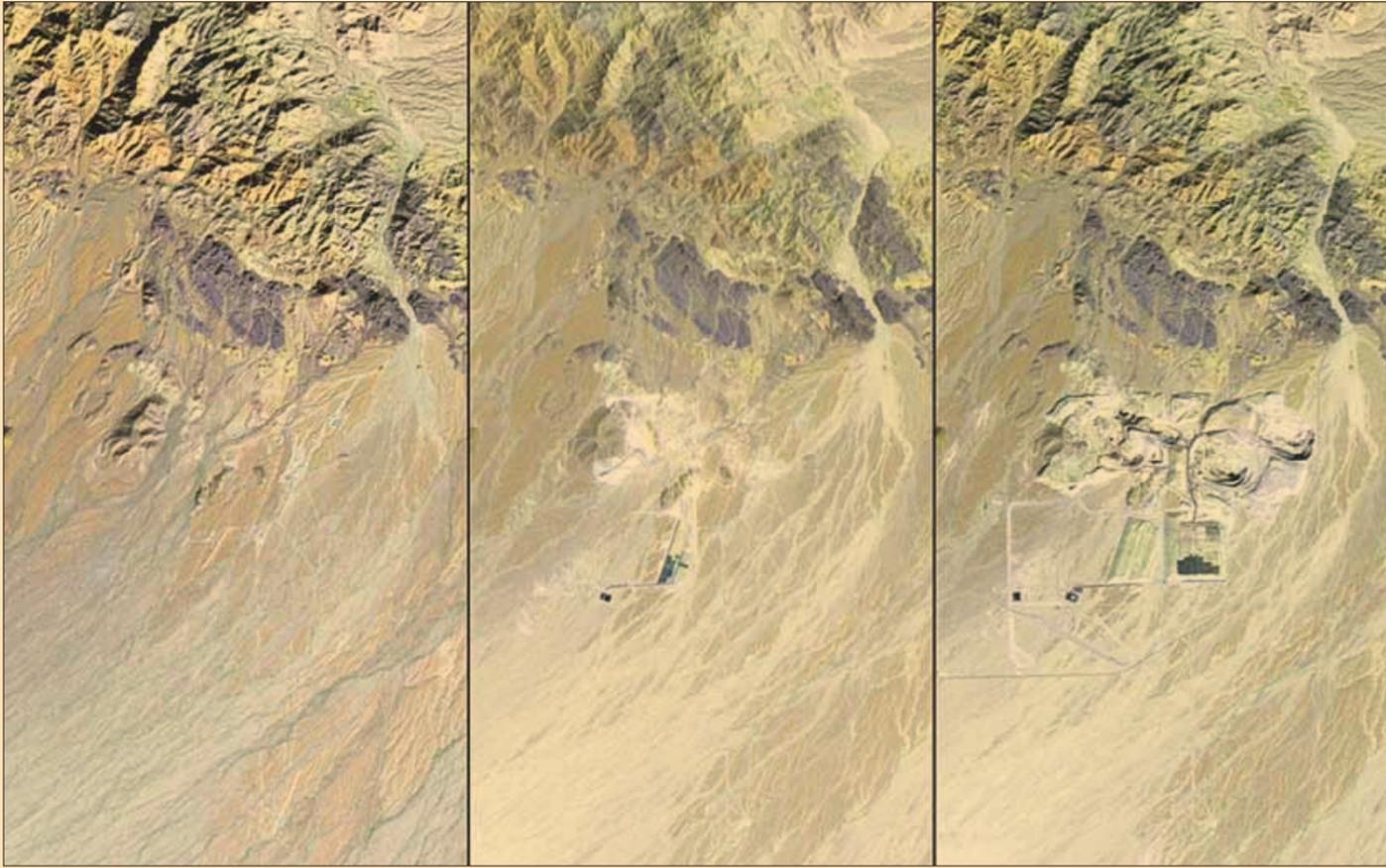
Nachdem die Viennale einige der bedeutendsten Vertreter des New American Cinema, wie Stan Brakhage, Bruce Baillie und Jonas Mekas, dafür gewinnen konnte, einen Trailer für das Festival zu produzieren, trat man schließlich auch an den großen Kenneth Anger heran. Anger ist Schöpfer eines schmalen aber nachhaltig wirkenden (Eu-

res, das in luxuriöser Inszenierungslust vor allem um die Themen Okkultismus, Musik, Homosexualität und die Maskeraden des erotischen Begehrens kreist. Die Antwort des Filmemachers auf die Einladung der Viennale war knapp, aber enthusiastisch. Danach jedoch schien der Künstler wie vom Erdboden verschluckt. Alle Versuche mit

ihm Kontakt aufzunehmen scheiterten, weil er immer wieder seine Standorte und Hotelzimmer zu wechseln schien. So ist dieser Trailer der einzige geworden, der nur auf dem Papier existiert. Als Kenneth Anger ein paar Jahre später als Gast zur Viennale kam, hatte er sein damaliges Versprechen längst vergessen.



50 JAHRE • 50 PROJEKTE
Infos unter <http://50jahre.viennale.at>



1982–2011

Der Bergbau ist ein plakatives Beispiel dafür, wie der Mensch die Oberfläche des Planeten verändert, um dessen Ressourcen auszubeuten. Die Aufnahmen zeigen, wie sich die Mesquite-Goldmine in der Mojave-Wüste (Kalifornien) von 1982 über 1987 bis 2011 (von links) in den Boden gefressen hat. Der Goldabbau spielt seit 200 Jahren eine große Rolle in Kalifornien. Geologen hatten vorausgesagt, dass das Goldvorkommen bereits 1999 ausgebeutet sein werde, aber neue Abbaumethoden und der steigende Goldpreis haben dazu beigetragen, dass die Mine noch in Betrieb ist. Das Ökosystem der Wüste ist besonders fragil, weshalb die Extraktionsmethoden – bei denen auch Cyanide zum Einsatz kommen – genau überwacht werden. (max)

Fotos: U.S. Geological Survey (USGS)

Wenn der Wind von Rio durchs Grätzl fegt

Die „Lokale Agenda 21 Plus“ bricht Ziele aus den Rio-Papieren auf die lokale Ebene herunter. Wegen des Bottom-up-Ansatzes kann dabei durchaus mal eine Stiege der Gestaltungsfreude der Bürger zum Opfer fallen.

Julia Herrnböck

Wien – Stark auf Gemeindeebene, weniger stark in den Städten gelinge Österreich die Agenda-Umsetzung. Andrea Binder-Zehetner muss es wissen: Seit zehn Jahren leitet sie die Geschäftsstelle „Lokale Agenda 21 Plus“, die Projekte in Bezirken koordiniert.

Ziel ist es – aufbauend auf den Beschlüssen von der Umweltkonferenz in Rio 1992 – den Bürgern zu ermöglichen, ihren Lebenswohnräum mitzugestalten. „Nachhaltige Stadt- und Bezirksentwicklung“ lautet der Terminus technicus. Aber was passiert da eigentlich?

Haben Bewohner eines Grätzels etwa den Wunsch, eine Straße zu beleben, können sie sich an das Agenda-Büro in ihrem Bezirk wenden. Die Agenda-Mitarbeiter starten den Prozess, laden andere Bewohner ein, moderieren Treffen und helfen bei Behördenwegen. „Wir verstehen uns als Dreh-

scheibe zwischen Politik und Bürgern“, sagt Binder-Zehetner. Möglich ist das derzeit nur in Agenda-Bezirken, aktuell sind das: Landstraße, Wieden, Josefstadt, Donaustadt, Liesing und – mit 14 Jahren am längsten dabei – Alsergrund. Favoriten könnte bald dazustoßen. Im Bezirk muss ein Beschluss gefasst werden, damit verpflichtet er sich zur Umsetzung. Einige Bezirke seien sehr zögerlich und hielten sich für „ohnein bürgerorientiert“, meint die LA21-Leiterin.

Finanziert werden die Agenda-Büros mit jeweils 100.000 Euro von den Bezirken und der Stadt.

Projekte werden extra bezuschusst. Seit 2009 kommt die Hälfte des Budgets aus dem EU-Topf für Innovationen, das Programm läuft jedoch mit Ende Juni aus. Dann wird die Stadt wieder übernehmen, ist sich Binder-Zehetner sicher. Vorsitzende des Vereins ist übrigens die Wiener Planungsstadträtin Maria Vassilakou, auch



Einst eine fahle, steile Treppe, ist die Thurnstiege in Wien-Alsergrund nun barrierefrei und bepflanzt. Die Idee kam von den Bewohnern, umgesetzt wurde sie in einem lokalen Agenda-Projekt.

Foto: Urban

VP-Chef Manfred Juraczka sitzt im Vorstand.

Von den bisher rund 140 eingebrachten Projekten sind 80 Prozent realisiert worden. Eines davon war die komplette Umgestaltung der Thurnstiege im neunten Bezirk. Die ist jetzt barrierefrei und wurde mit Sitzbänken und Blumentrögen aufgeputzt.

„Bürgerbeteiligung funktioniert“, sagt Herbert Bork, der das Agenda-Büro in Alsergrund koordiniert. Bei Politikern sei durch

das Programm der Effekt eingetreten, dass sie Bürger nicht mehr als „natürliche Feinde“ sehen. „Umgekehrt erkennen die Bürger, dass Politiker unter Sachzwang stehen.“ Die Agenda biete eine Plattform für den Austausch.

Wenn die Fronten schon verhärtet sind und die Agenda zu spät einbezogen wird, funktioniere der Prozess nicht mehr. „Beide Seiten müssen ergebnisoffen sein, das ist ganz wichtig“, sagt Bork. Ein solcher Fall war etwa der Umbau des

Geriatrizentrums in Liesing: „Wir haben nicht die Funktion eines Mediators.“ Die Politik würde oft zu spät reagieren, die Agenda-Büros versuchen die Anliegen schon vorher abzufragen, etwa mit Einladungen per Zufallsgenerator. Ein Dutzend Bewohner kommt dann für zwei Tage zusammen und erarbeitet Ideen für die unmittelbare Umgebung. Zentrale Themen sind Mobilität, die Nutzung des öffentlichen Raumes und Integration.

Montagsgespräch

Wie geht es ohne Proporz?

18. 6. 2012, 19.30 Uhr



Christine Oppitz-Plöcker
Bürgermeisterin
von Innsbruck



Niko Alm
Politaktivist



Claus Raidl
Präsident der
Österreichischen
Nationalbank



Michel Reimon
Landtags-
abgeordneter
Grüne Burgenland



Moderation:
Gerfried Sperl
DER STANDARD



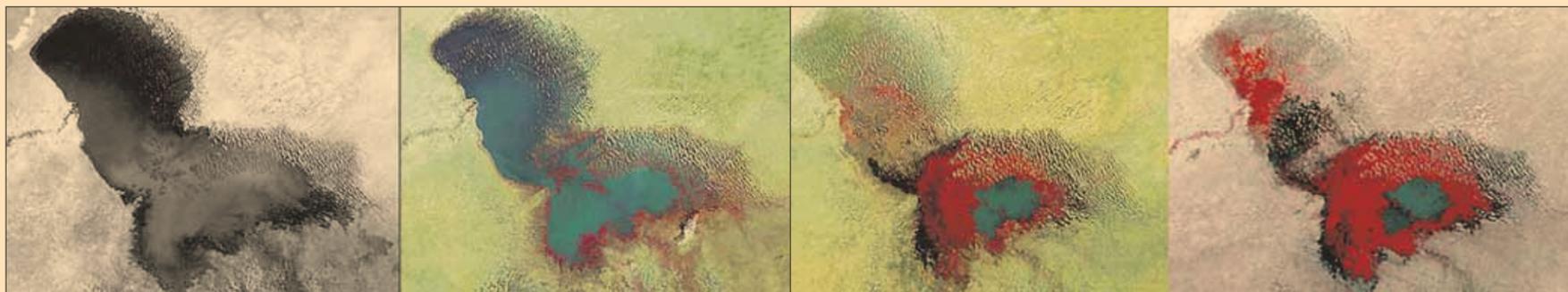
Die Aufzeichnung gibt es am 20. 6. auf derStandard.at. Sie wird am 25. 6. um 22.45 Uhr auf W24 im Kabelnetz der UPC und auf www.w24.at ausgestrahlt.



Die Zeitung für Leserinnen

Ort: Haus der Musik, Seilerstätte 30/Eingang Annagasse, 1010 Wien. Freier Eintritt

derStandard.at/Events



1 963, 1973, 1987 und 1997 (von links): Um den dramatischen Rückgang des Tschadsees, den sich der Tschad, Kamerun, Nigeria und Niger teilen, ermessen zu können, muss man vom Weltall darauf blicken. Noch vor 40 Jahren hatte er eine Fläche von 38.850 Quadratkilometern. Momentan liegt er bei rund 1500 Quadratkilometern. Bewässerungsanlagen und Staudämme für Kraftwerke an den Zuflüssen haben ihm zugesetzt. Nigeria verlor seinen Anteil an der offenen Wasserfläche vollständig. Die Sahara breitet sich südwärts aus. Die gute Nachricht: Seit 1998 legt der See wieder zu – wie lange, das wagte noch niemand zu prognostizieren. Nicht zuletzt ist die globale Erwärmung ein Grund dafür, dass der See verschwin-

1963–1997

det: „Seit den frühen 1980er-Jahren übertrifft der von anthropogene Treibhauseffekt die natürlichen Klimaantriebe wie Sonneneinstrahlung oder Vulkanismus. Das wird wohl auch weiterhin so bleiben“, sagt Reinhard Böhm (ZAMG). Vor der Industrialisierung des Westens um 1850 lag der Anteil des CO₂ in der Luft bei 280 ppm (Teile pro Million). Noch in den 1960er-Jahren stieg dieser Wert um weniger als ein ppm pro Jahr an. In den 1980er-Jahren beschleunigte sich der Zuwachs auf 1,5 ppm, seit 2000 nimmt der Anteil fast jedes Jahr um mehr als zwei ppm zu. Vor wenigen Wochen wurde erstmals in der Menschheitsgeschichte eine Treibhausgas-Konzentration von 400 ppm in der Atmosphäre gemessen. (max) Fotos: picturedesk

„Wenn nichts mehr wächst, hilft kein Reichtum mehr“

Vorzeichen der Klimaänderung, Landkäufe großen Stils durch Konzerne, ratlose Eliten: **Freda Meissner-Blau**, Vorkämpferin der Ökologiebewegung, sieht im Gespräch mit **Irene Brickner** wenig Anlass für Optimismus.

STANDARD: 1984 ging es in Hainburg um das Bewahren eines Stücks Au. Heute, vor Rio plus 20, geht es darum, die Menschheit vor den Auswirkungen der Naturzerstörung zu bewahren. Hätten Sie sich einst gedacht, dass sich die Dinge so entwickeln?



wohl die Ankündigungen besser klingen als später die Maßnahmen.

STANDARD: Dieses Umweltbewusstsein ist seither geschwunden?

Meissner-Blau: Nicht in der breiten Bevölkerung, aber bei den Entscheidungskräften, der politischen und wirtschaftlichen Elite.

STANDARD: Was ist mit den Eliten geschehen?

Meissner-Blau: Nichts. Sie haben lediglich weiter wie bisher gemacht. Sie glauben, damit Probleme lösen zu können, doch diese werden immer größer.

STANDARD: Doch der weltweite Reichtum hat zugenommen – in Händen kleiner Gruppen. Steckt das hinter dem Weiter-wie-bisher?

Meissner-Blau: Die reichen Eliten sind noch nicht drauf gekommen, dass ihr Reichtum unnütz ist. Wenn sich das Klima in den kommenden Jahrzehnten so verändert, wie es jetzt schon spürbar ist, wird es ihnen auch mit ihrem Geld nicht gelingen, sich zu retten. Wenn auf den Böden nichts mehr wächst – wir alle sozusagen Bodenlos werden –, hilft kein Reichtum mehr. Doch die Eliten sind in Ratlosigkeit und im Gewohnen gefangen: mehr Technik, mehr Beschleunigung.

STANDARD: Stimmt das nicht auch für die Mehrheit? Fast alle haben ein Handy.

Meissner-Blau: Alle sind Teil des Systems. Die Menschen glauben, dass sie ohne Computer nicht leben können. Es scheint menschlich sehr schwierig zu sein, auf etwas, woran man sich gewöhnt hat, zu verzichten. Erst während man Verschwendung reduziert, kommt man drauf, dass man viel freier wird.

STANDARD: Nun sind zunehmend Menschen durch Sparpolitiken gezwungen, unfreiwillig zu verzichten. Das meinen Sie wohl nicht?

Meissner-Blau: Das ist dramatisch, denn es trifft die ohnehin Armen. Sie müssen verzichten, weil viele nicht verzichten haben, so lange es kleinweise freiwillig möglich gewesen wäre – etwa in den vergangenen zwanzig Jahren. 1992, bei Rio eins, wurde von offizieller Seite eingesehen, dass die Natur in der wirtschaftlichen Welt, wie wir sie aufgebaut haben, draufgeht. Doch die damals beschlossenen Konventionen – Biodiversität, Klima, Agenda 21 – wurden nicht eingehalten. Die Erkenntnis, dass

unser Lebensstil nicht mit dem Leben auf der Erde vereinbar ist, war offenbar zu groß: Es sterben immer noch mindestens 130 Arten jeden Tag, und die Klimafrage ist dringend geworden.

STANDARD: Hängen Sparzwänge und neue Armut mit ökologischen Fragen zusammen?

Meissner-Blau: Das verbindende Glied ist die Blindheit, mit der die Erde und ihre Güter weiter ausgebeutet werden. Derzeit findet ein Run auf die letzten Ressourcen der Erde statt, etwa in Afrika und Südamerika. Es wird herausgeholt, was geht, denn in China, Frankreich, Russland, USA, herrscht eine Art Endzeitstimmung. Alle wollen Land kaufen, weil sie draufgekommen sind, dass Land das Kostbarste ist. Und wer hat es in Händen? Monsanto und Co..

STANDARD: In der Energiefrage setzen manche weiter auf Atomkraft. Nach der Katastrophe in Fukushima hieß es sogar, freigesetzte Radioaktivität sei weniger gesundheitsschädlich als Atomangst. Was antworten Sie?

Meissner-Blau: Da lach ich nur. Die Atomlobbyisten haben von Anfang an gelogen und lügen weiter. In der Atomenergie ist sehr viel Fördergeld: Wenn bisher nur ein Zehntel davon für den Ausbau alternativer Energien geflossen wäre, hätten wir weniger Sorgen.

STANDARD: Hat die Atomenergie Zukunft?

Meissner-Blau: Nein. Die Atomenergie entspringt einer obsoloten, plumpen, gefährlichen, unklugen Technologie.

STANDARD: Sie stellen die Situation verheerend dar. Sehen Sie auch Chancen, dass es besser wird?

Meissner-Blau: Ich bin eher pessimistisch. Wenn nicht einmal Frau

Merkel aus dem reichen Deutschland und Herr Faymann aus dem wohlständigen Österreich gewillt sind, jetzt nach Rio zu fahren, sagt das genug. Die Umweltfrage ist ein Nicht-Thema.

STANDARD: Was müsste geschehen? Und wer müsste es tun?



Politiker und Wirtschaftler sind heute unfähig zu handeln.

Meissner-Blau: Von den Eliten ist heute nichts zu erwarten. Die führenden Politiker und Wirtschaftler sind heute unfähig, zu handeln. Sie stecken in selbstgemachten Korsetts. So ich überhaupt Hoffnung in ein längerfristiges Überleben der Menschheit auf diesem Planeten habe, so sehe ich diese bei Aktivistengruppen, die verstanden haben, worum es geht.

STANDARD: Wenn man Ihren Argumenten folgt, müssten diese Aktivisten die derzeitige Art des Regierens und Wirtschaftens völlig infrage stellen. Stimmt das?

Meissner-Blau: Richtig. Und wenn wir schon beim Thema sind: Seinerzeit, als die Grünen ins österreichische Parlament gewählt wurden, sagte ich, dass zu allererst eine anständige Analyse des politischen und ökonomischen Systems gemacht werden müsse. Damals hieß es nur: „Die Freda will philosophieren.“

STANDARD: Was raten Sie den heutigen Aktivisten, etwa von Occupy oder den Piraten?

Meissner-Blau: Sie sollen nicht in den Nationalrat gehen. Was sollen sie dort? Eine gerechtere Welt kann man vier Mann hoch nicht erreichen. Statt dessen müssen sie zu einer echten Kraft werden. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit: Die Frage ist, ob es den Menschen gelingt, sich zu wehren. Etwa indem sie, wie in den USA, den Konsum ‚okkupieren‘, also verweigern. Das macht Wirtschaftler sehr nervös. Es reicht, das ist das Zauberwort.

FREDA MEISSNER-BLAU (85) ist Atomkraftgegnerin der ersten Stunde und Mitgründerin der österreichischen Grünen, mit denen sie 1986 den Einzug ins Parlament schaffte. Fotos: APA

Von den Besten lernen.



Neuerungen im Pensionsrecht

mit Dr. MAREK
am 26.06.12, Wien | 23.07.12, Graz | 24.07.12, Linz
26.09.12, Wien | 01.10.12, Innsb. | 24.10.12, Graz

Das neue Lohndumpingverbot – LSDB neu!

Strafen, Kosten, Nebenwirkungen & Risiken
mit o. Univ.-Prof. Dr. SCHRANK
am 25.07.12, Linz | 31.10.12, Wien

Immobilienbewertung Lehrgang

Kompaktes Wissen von Praktikern für Praktiker
mit BM KommR Ing. SCHÖBINGER, V. LAMBRECHT u.a.
von 02.07.–02.08.12, Wien | 10.10.–15.11.12, Wien (8-tägig)

Banken-Tagung

mit GL Mag. LEJSEK, MMag. Dr. WALDHERR u.a.
am 12.07.12, Wien – Bankrecht
13.07.12, Wien – FATCA
13.08.12, Wien – Basel III

USt-Fragen für MitarbeiterInnen

in WT-Kanzleien & Finanzabteilungen
mit WP/StB Mag. Dr. EGGER
am 18.06.12, Innsbruck | 04.07.12, Mondsee
22.11.12, Salzburg | 27.11.12, Wien

Verhandlungstraining intensiv

mit Dr. RAUCHBERGER
von 09.–10.07.12, Mondsee
30.–31.07.12, Wien

ars.at

DER ÖSTERREICHISCHE FILM | EDITION DER STANDARD

200 der besten österreichischen Filme auf DVD.

Jede DVD um nur € 9,99

Alle 25 neuen DVDs im Paket um nur € 199,-
Paket Titel 176-200, Sie sparen € 50,-

Alle Infos auf derStandard.at/oefilm



Luxusoase in Griechenland Seite 27

Ungelöstes Elektroschrott-Problem NETBUSINESS Seite 36

derStandard.at/Wirtschaft

Mexiko funkt in Europa dazwischen

Der Einstieg von Carlos Slim bei der Telekom Austria treibt die Konzentration der Branche in Europa voran. Deutsche und französische Telekom gelten ebenso als mögliche Kandidaten für eine Fusion wie E-Plus und O₂.

Andreas Schnauder

Wien – Die einen sträuben sich, die anderen öffnen sich. Während der niederländische Telekomkonzern KPN einen Abwehrkampf gegen den Einstieg von Carlos Slim und seiner América Móvil führt, holt sich die teilstaatliche Telekom Austria den Mexikaner willig ins Boot. Er hält schon 9,9 Prozent und will auf 26 kommen. Ab 25 Prozent wäre freilich wegen des neuen Außenwirtschaftsgesetzes die Zustimmung des Wirtschaftsministeriums nötig. Die Kapitalkraft des weltreichsten Mannes könnte den brustschwachen Österreichern noch von Nutzen sein. Zudem war der Anteilsverkäufer Ronny Pecik der Staatsholding ÖIAG und der Telekom ohnehin nicht geheimer.

América Móvil mit 300 Millionen Kunden vornehmlich in Lateinamerika, deren Kern die bei einer Privatisierung in Mexiko übernommene Telemex ist, drängt vehement nach Europa. Bei KPN hat Slim ein Offert für 27 Prozent gelegt. Das Management versucht den Angriff mit einer Fusion in Deutschland abzuwehren. Dort zählt E-Plus zur KPN, und diese Beteiligung könnte mit der Tochter der schuldengeplagten spanischen Telefónica, O₂, fusioniert werden. Wenngleich kartellrechtliche Bedenken die Pläne zu Fall bringen könnten – im deutschen Mobilfunkgeschäft entstünde eine neue Nummer eins –, ist die Konzentration unübersehbar.

Die schwierige Konjunkturlage in Europa, gepaart mit intensivem Wettbewerb und wachsender Regulierung, drückt auf die Ertragslage und die Aktienkurse der



Mit der mexikanischen Telmex baute Carlos Slim das Fundament der América Móvil.

Foto: AP

Branchenwerte. Das beflügelt die Ambitionen von América Móvil, in Europa Fuß zu fassen.

Auch um Deutsche Telekom und France Télécom, die bereits im Einkauf kooperieren, ranken sich immer wieder Gerüchte. Vor allem der neuen französischen Regierung schwebt eine grenzüberschreitende Allianz vor.

Netter Gewinn

Für Slim ist das Engagement in Österreich und das Vorhaben in den Niederlanden nicht der erste Anlauf in Europa. Zuvor hatte er schon die Telecom Italia durchleuchtet und Beteiligungen in Spanien, Serbien und Polen geprüft. Das nötige Kleingeld für Akquisitionen dürfte der von *Forbes* auf 53 Milliarden Dollar geschätzte Sohn libanesischer Einwanderer locker aufbringen. Bei der Telekom zahlt er mit kolportierten 9,50 Euro je Aktie über Börsenkurs, in Summe mehr als 900 Mil-

lionen Euro, und verhilft Pecik und dessen Partner Naguib Sawiris zu einem „netten“ Gewinn, wie der Ägypter meinte. Auch der scheidende ÖIAG-Chef Markus Beyrer freute sich über die neue strategische Partnerschaft.

Pecik bleibt der Telekom auch in Zukunft erhalten, und zwar als Vertreter von América Móvil im TA-Aufsichtsrat. Zudem dürfte ein zweites Mandat den Mexikanern zugesprochen werden. Wie die Kooperation mit der Staatsholding aussehen soll, behielten die beiden Großaktionäre am Freitag für sich. Pecik rechnet mit einer baldigen Kapitalerhöhung des durch Akquisitionen und Abschreibungen auf selbige ausbluteten Konzerns. Zudem stehen teure Frequenzversteigerungen an. Eine Variante, die unkommentiert blieb: América Móvil und ÖIAG bilden nach OMV-Vorbild ein Syndikat. Dann könnte Slim seinen Anteil im Zuge von Kapi-

talerhöhungen ausbauen, die Staatsholding unter die Sperrminorität von 25,1 Prozent zurückfallen, ohne dass ein Privatisierungsauftrag erforderlich wäre.

Derartige Entscheidungen dürften freilich erst vom neuen ÖIAG-Chef getroffen werden – Markus Beyrer wechselt wie berichtet zum europäischen Industrieverband Businesseurope und scheidet als TA-Präsident aus. Als potenzielle Nachfolger werden Ex-VP-Staatssekretär Reinhold Lopatka und Ex-Bawag-Vorstand Stefan Koren kolportiert. Letzterer wird auch mit der ÖVAG und der Notenbank in Verbindung gebracht. Wolfgang Rutenstorfer, der im Vorjahr gegen Beyrer den Kürzeren gezogen hatte, könnte für die SPÖ ins Rennen gehen. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner denkt aber auch über ein Ende der ÖIAG nach, wie er in den *Oberösterreichischen Nachrichten* sagte.

Kommentar Seite 48

Tobaccoland: Gewerkschaft will Arbeitsstiftung

Starker Jobabbau hat auch Folgen für Trafikanten

Verena Kainrath

Wien – Tobaccoland hat harte Zeiten vor sich. Der Verlust des wichtigsten Kunden Philip Morris kostet die Tochter der Austria Tabak 40 Prozent des Zigarettenabsatzes. Monatlich fehlen ab 2012 rund 1,5 Millionen Euro Deckungsbeiträge, sagen Marktkenner. Mit der Imperial Tobacco hat der Tabak-Großhändler die Verträge zwar verlängert, jedoch dem Vernehmen nach zu weitaus schlechteren Konditionen. Intern bange man mittelfristig auch um diesen Partner. 2011 sank der Gesamtumsatz um acht Prozent auf 427 Millionen Euro.

135 Mitarbeiter verlieren infolge des Geschäftseinbruchs Anfang 2013 ihre Jobs, darunter viele ungelernete Kräfte. Bis auf Wien werden alle Bundesländer-Standorte aufgelassen. Dass Tobaccoland reagieren müsse, sei klar, sagt der Gewerkschafter Franz Riegler. Überraschend sei, wie rasch der Jobabbau passiere. Kommende Woche verhandelt er über die Bedingungen. „Ein Thema muss sicherlich eine Arbeitsstiftung sein.“

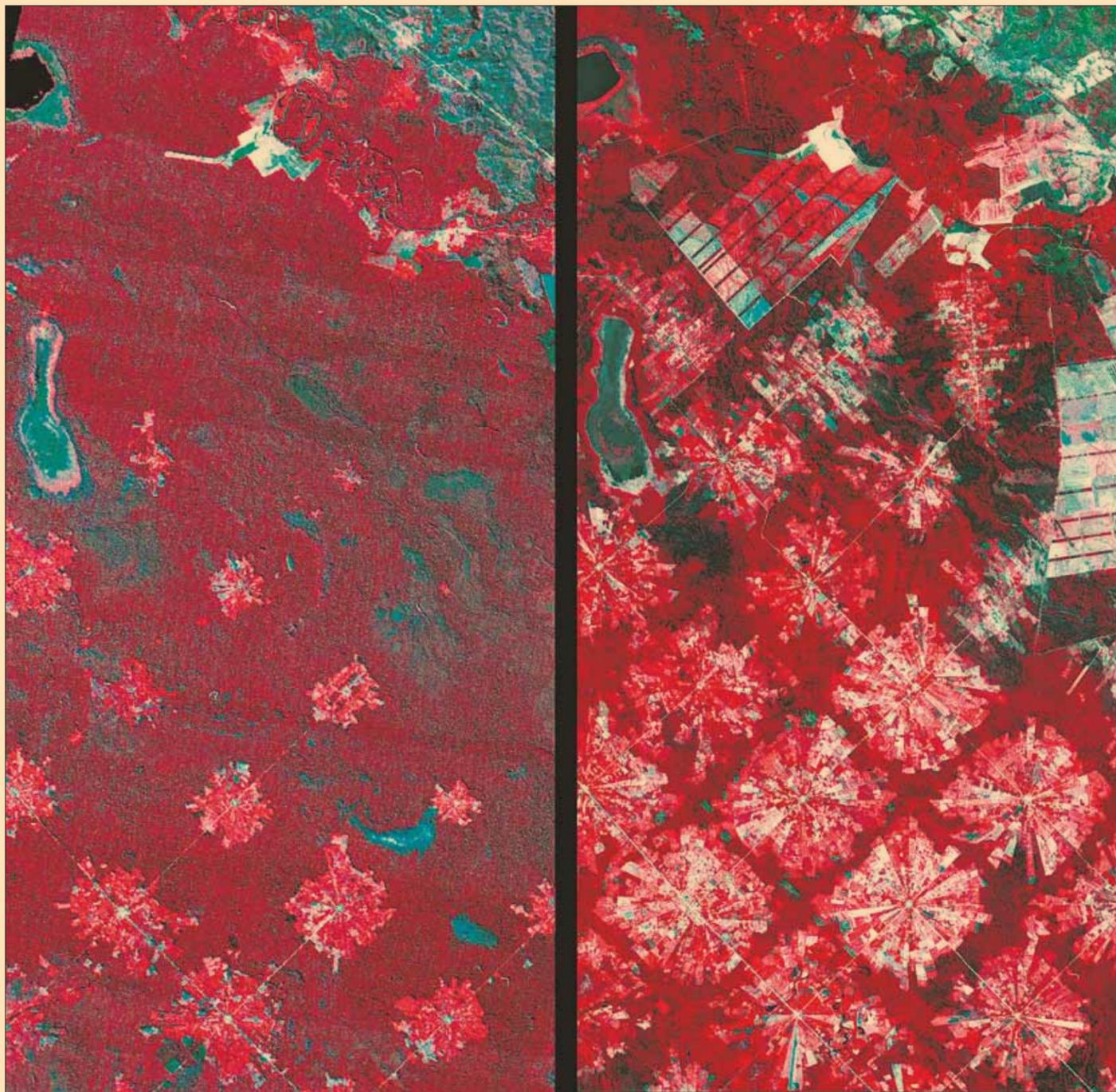
Folgen hat die Anpassung auch für Trafikanten, die künftig direkt von Wien aus versorgt werden. An der Lkw-Flotte und eigenen Fahrern will Tobaccoland nicht rütteln. Die Trafiken fürchten jedoch, größere Lager anlegen zu müssen. Wie die schnelle Belieferung von Ottakring nach Vorarlberg gelingen soll, ist vielen ein Rätsel.

Tobaccoland-Chef Manfred Knapp verspricht seinen Mitarbeitern maßgeschneiderte Sozialpläne. Sie hätten auf die Jobkürzung gefasst reagiert. Imperial Tobacco sieht er als Kunde gesichert. Mehr als ein Viertel des Geschäfts erziele man mit Ware abseits der Zigaretten, mit Telefonwertkarten und Autobahnvignetten etwa. Für die Trafiken bleibe der bisherige Servicegrad erhalten. Spekulationen über eine Übersiedelung der Zentrale weist er zurück: Der Betrieb sei in Ottakring gut aufgehoben.

Der neue Audi A4.
Lichtgestalt.

Kraftstoffverbrauch gesamt in l/100 km: 4,3–8,4. CO₂-Emission in g/km: 112–197.

Vorsprung durch Technik 



1986–2001

Die Infrarot-Satellitenbilder zeigen die Abholzung des Regenwaldes in Bolivien. 1986 (li.) kann man kleine Siedlungen im (dunkleren) Wald erkennen, 2001 haben sich diese so weit ausgedehnt, dass nur noch wenig davon übrig geblieben ist. Um jede Ansiedlung breiten sich radial Felder aus, auf denen vor allem Sojabohnen für den Export angebaut werden. Wie die Landnutzung das Klima, vor allem den CO₂-Haushalt, beeinflusst, haben Göttinger Forscher untersucht und ihre Ergebnisse 2011 veröffentlicht: Zwar werde der größte Teil des klimawirksamen CO₂ weltweit durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen freigesetzt, aber rund 15 Prozent der CO₂-Emissionen entstünden durch eine veränderte Nutzung tropischer Böden. Für präzise Voraussagen, wie viel CO₂ bei veränderter Landnutzung freigesetzt wird, fehlten jedoch genauere Untersuchungen vor allem in den trockeneren Regionen der Tropen. (max) Fotos: picturedesk

Unsere moralische Klimawandelkorruption

Stephen Gardiner ist einer der weltweit führenden Klimaethiker. In seinem neuen Buch und im Gespräch erklärt der Philosoph, warum der Klimawandel eine so schwierige moralische Herausforderung ist.

Klaus Taschwer

Graz/Wien – Irgendwie wissen wir es ja alle, dass unser westlicher Lebensstil für den Planeten Erde langfristig unerträglich ist. Aber es fällt halt furchtbar schwer, daran etwas zu ändern: Das Auto ist schwer wegzudenken aus dem täglichen Leben. Fleisch schmeckt einfach zu gut, und auch Flugreisen scheinen ziemlich unverzichtbar.

Außerdem: Warum sollten ausgerechnet wir einfache Bürger weniger zum Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen beitragen? Die Politiker bringen in Sachen Klimawandelstopp ja auch kaum etwas weiter, von der Industrie einmal ganz zu schweigen. Warum auf etwas verzichten, da wir hier in Österreich und in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts von den Folgen des Klimawandels ohnehin nur wenig betroffen sein werden?

Nein, man muss es gar nicht mit Marquise de Pompadour und ihrer Maxime „Nach uns die Sintflut!“ halten. Auch jene, die sich Gedanken darüber machen, dass in spätestens drei, vier Generationen der gestiegene Meeresspiegel für Millionen Menschen eine existenzielle

Katastrophe darstellen wird, tun sich doch schwer, ihr Leben hier und jetzt zu ändern. Stephen Gardiner, einer der weltweit führenden Klimaethiker, hat für diese Haltung und diese ständigen Ausreden – egal ob von uns Bürgern oder der Politik – einen harten Ausdruck: „moralische Korruption“.

Auf Einladung des Instituts für Philosophie Uni Graz referierte der Philosophieprofessor von der University of Washington in Seattle kürzlich in der steirischen Hauptstadt über genau dieses Thema. Und in seinem neuen Buch *A Perfect Moral Storm*, einem der besten und hellstichigsten

Bücher zur „ethischen Tragödie des Klimawandels“ (so der Untertitel), ist unserer moralischen Prokrastination – also unserem Aufschieben und Verdrängen – ebenfalls breiter Raum gewidmet.

Der eigentliche Titel des Werks ist eine Anspielung auf das Sachbuch *The Perfect Storm* von Sebastian Junger, das auch verfilmt wurde. Darin wird die wahre Geschichte vom Verschwinden des Fischerboots „Andrea Gail“ geschildert: Die Besatzung des Boots

hatte 1991 das Pech, in einen „perfekten Sturm“ zu geraten: Reste eines tropischen Wirbelsturms und eines Hurrikans trafen auf einen aus Nordosten kommenden Sturm polaren Ursprungs – und brachten das Boot zum Sinken.

Gardiner verwendet diese Geschichte als doppelte Metapher: Zum einen sitzt auch die Menschheit, der die größte umweltbedingte Herausforderung in ihrer Geschichte droht, in einem Boot. Zum anderen seien es drei sich verstärkende Herausforderungen (oder Stürme), die es so schwer machen, etwas gegen den vom Menschen verursachten Klimawandel zu tun.

Der erste Sturm ist für Gardiner die globale Dimension des Problems. Egal, wo die Treibhausgase emittiert werden – die Folgen sind weltweit spürbar. Dazu kommt noch eine besondere „Ungerechtigkeit“: Die reicheren Staaten produzieren mehr CO₂, sind aber zugleich weniger betroffen und weniger verwundbar, weil sie sich entsprechend vorbereiten können. Bei den Verhandlungen seit Rio vor 20 Jahren vertreten die Staaten aber eher vor allem ihre eigenen Bürger. „Und das wiederum führte dazu, dass wir in den reichen Ländern zwar Versprechungen abgeben, aber im Grunde so weitermachen konnten wie zuvor.“

Die größte ethische Herausforderung des Klimawandels ist für den aus England stammenden Philosophen aber die der „intergenerationellen Verantwortung“. Denn wenn es uns tatsächlich ge-



Stephen Gardiner sezirt unsere Ausreden, warum wir nicht mehr gegen den Klimawandel tun.

Foto: Harry Schiffer

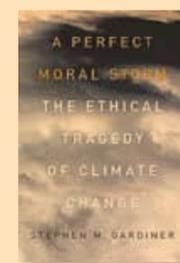
lingen sollte, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, dann wird sich das erst in 30 bis 50 Jahren positiv auswirken, um nur ein Beispiel zu geben. Aber etliche von uns werden im Jahr 2052 nicht mehr auf diesem Planeten leben.

Gardiner bringt diese Problematik so auf den Punkt: „Jene, die von unserem Handeln oder besser Nicht-Handeln in Sachen Klimawandel besonders betroffen sind, können sich schlecht oder gar nicht wehren: die Bewohner der ärmsten Länder, die nicht-menschliche Natur und vor allem die künftigen Generationen.“

Der dritte Sturm ist für den Philosophen theoretischer Natur: Es würden uns einfach die Denkmittel fehlen, um mit dem Klimawandel adäquat umzugehen: Die üblichen Kosten-Nutzen-Rechnungen der Ökonomen helfen ebenso wenig weiter wie die Theorie von der „Tragödie des All-gemeinguts“, gemäß der die Nutzer durch Übernutzung bedroht

sind. „Das wird zwar gern zur Analyse der Klimawandelproblematik herangezogen, ist aber nur begrenzt brauchbar“, so Gardiner.

Für den Klimaethiker ist klar, dass eine Lösung des Problems nur in einer Änderung unseres Lebensstils liegen kann. Grüne Technologien, die uns in Zukunft bei Wahrung des Lebensstandards „ökologischer“ leben lassen, findet der Philosoph zwar auf der einen Seite sehr unterstützenswert. Zugleich sind sie aber auch ein gefährlicher Vorwand für weitere Prokrastination – und moralische Korruption.



Stephen M. Gardiner: „A Perfect Moral Storm“, Oxford University Press. 512 S., 2011



Im Jahr 1809 war der Bear Glacier in Alaska 26 Kilometer lang und endete rund 300 Meter vor der Küste der Resurrection Bay. Seit damals schmolz die Gletscherzunge, Eisberge lösten sich: In einem Zeitraum von 140 Jahren zog sich der Gletscher um 400 Meter zurück. Dieser Prozess beschleunigte sich. In nur 45 Jahren (von 1950 bis Mitte der 1990er) schrumpfte die Gletscherzunge um weitere 1,5 Kilometer; 2010 (re.), 15 Jahre später, um weitere drei Kilo-

1989–2010

meter – eine Folge des Klimawandels, auf den Gletscher sehr empfindlich reagieren. Die Bilder stammen aus 1989 und 2010. Alaska besteht zudem zu 80 Prozent aus Permafrostböden. Deren Auftauen wird Methan, ein weit wirkungsvolleres Treibhausgas als CO₂, freisetzen. „Allerdings könnte die auftauende Tundra mit ihrer dichteren Pflanzendecke einen Teil davon absorbieren“, deutet Reinhard Böhm die Komplexität der Materie an. *Fotos: USGS Landsat Missions Gallery*

Und ewig rauschen die totgesagten Wälder

Der Wald stirbt! In keinem anderen Land Europas wurde der Zustand der Bäume in den Achtzigerjahren derart pessimistisch gesehen wie in Deutschland. Doch dann fand das große Waldsterben gar nicht statt.

Birgit Baumann aus Berlin

Schön war der Anblick nicht, weder in natura noch auf den unzähligen mahnenden Fotos in den Medien. Krüppelige Fichten streckten ihre letzten kahlen Äste gen Himmel, graubraunes Gehölz kündigte die Apokalypse an. „Der Wald stirbt“, befand das Hamburger Leitmedium *Der Spiegel* im November 1981. Von „Siechtum“ war die Rede, vom Waldsterben als einem Vorboten „einer globalen Umweltkatastrophe von unvorstellbarem Ausmaß“. Andere Medien zogen nach,

viele beriefen sich auf den Göttinger Forstwissenschaftler und Bodenforscher Bernhard Ulrich, der 1981 erklärte: „Die ersten großen Wälder werden schon in den nächsten fünf Jahren sterben. Sie sind nicht mehr zu retten.“ Waldexperte Ulrich, Jahrgang 1926, lebt immer noch in der Nähe von Göttingen. Seine Einschätzung zum Zustand des Waldes heute: „Dem geht es recht ordentlich.“ Für seine Aussagen damals hat er viel Kritik einstecken müssen. „Meine Einschätzung war drastisch, aber richtig“, sagt er 31 Jahre später zum STANDARD. Und

überhaupt: „Die Warnungen haben ja etwas bewirkt, die Politik dachte um.“

Aber wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass die Sorge um das Waldsterben vor allem in Deutschland solche Dimensionen annahm? Der Forstwissenschaftler Roland Wagner hat sich in seiner Dissertation mit der steilen Karriere des Waldsterbens befasst und kommt zum Ergebnis, dass das Thema dem Zeitgeist entsprach: „In Deutschland herrschte Ende der Siebzigerjahre eine gewisse Endzeitstimmung, Arbeitslosigkeit und Ölpreis waren hoch, auch der Kalte Krieg dominierte die Schlagzeilen.“

Da kam der wachsenden Umweltbewegung der Zustand der Bäume gerade recht – zumal viele ja tatsächlich in schlechtem Zustand waren. Nadeln vergilbten, Kronen von Laubbäumen lichten sich. „Seriöse Forscher sprachen aber von Waldschäden, nicht vom Waldsterben“, erklärt der Wiener Waldökologe Gerhard Glatzel, der für die Ursachen vor allem zwei Faktoren ausmacht: Zum einen extreme Luftverschmutzung (Schwefeldioxid aus Verbrennungsanlagen und Autoabgasen, Chlor aus PVC, Ozon, Schwefelsäure, Schwermetalle).

Doch diese Umstände, die den berüchtigten „sauren Regen“ begünstigten, waren nicht die einzige Belastung. Glatzel: „Dazu kam eine außergewöhnliche Wettersituation, ein Wechsel von extre-

mer Kälte und Tauwetter.“ Bis man Waldschäden auch auf die Witterung zurückführte, dauerte es jedoch ein wenig, viele hatten sich einseitig auf den „sauren Regen“ eingesprochen.

Immer dramatischer wurden die Zustandsbeschreibungen. „Am Ausmaß des Waldsterbens könnte heute nicht einmal der ungläubige Thomas zweifeln, allenfalls ein pathologischer Ignorant“, schrieb die *Zeit* im Jahr 1984.

Vergleich mit Krieg

Und erklärte auch: „Im Klartext: Die üblichen waldbaulichen Rezepte – Düngung, Kalkung, Schädlingsbekämpfung, strikte Waldhygiene, ja selbst die Züchtung widerstandsfähigerer Bäume – können das Waldsterben allenfalls verzögern, nicht aber aufhalten.“

Hubert Weinzierl, damals Chef des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) war sich 1987 sicher: „Das Sterben der Wälder wird unsere Länder stärker verändern als der Zweite Weltkrieg.“

Der Druck auf die Politik war enorm, zumal die junge Grünen-Partei einen Erfolg nach dem anderen feierte und natürlich auch auf das Waldsterben setzte. Als Helmut Kohl (CDU) 1983 als Bundeskanzler vereidigt wurde, über-

reichte ihm die grüne Abgeordnete Marie-Luise Beck (Enkeltochter eines Försters) statt Blumen einen verdorrten Tannenzweig.

Die Industrie protestierte, doch die Maßnahmen der Politik für eine bessere Luftqualität ließen sich nicht aufhalten. Autos bekamen Katalysatoren, Benzin wurde bleifrei, Kraftwerke und Industrieanlagen bekamen Filter.

„Ich kann doch nicht ewig warten, bis der letzte Baum verreckt“, rechtfertigte Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) vor Industrievertretern die Neuerungen.

Das Umdenken hat gewirkt, der Wald starb nicht großflächig. „Heute wächst in Mitteleuropa mehr Holz als vor dem sogenannten Waldsterben“, sagt Glatzel. Gänzlich gesund ist der Wald aber nicht. In Deutschland zeigen 35 Prozent aller Bäume leichte Schäden an der Baumkrone. Betroffen sind vor allem die Buchen, den Eichen hingegen geht es besser.

Nachlesen kann man das alles in einem Bericht des deutschen Verbraucherschutzministeriums, der jährlich erscheint. Dieser erschien, als Folge der Waldsterben-Debatte, zum ersten Mal 1984. Damals hieß er noch „Waldschadensbericht“, heute „Waldzustandserhebung“.



Das Dialogforum für WissenschaftlerInnen, ArbeitnehmerInnenvertretungen und Partnerorganisationen.

DIALOG FORUM HIRSCHWANG
Eine Initiative von **AKNÖ** und **ÖGB**

LANDLEBEN – LAND OHNE LEBEN

Einsichten und Aussichten zum ländlichen Raum

Mittwoch, 20. Juni 2012, 9.00 bis 14.00 Uhr,
Sägewerk Hirschwang, Hirschwang 67,
2651 Reichenau an der Rax, Niederösterreich

Eröffnende Impulsreferate

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann,
gf. Direktor des Instituts für Stadt- und
Regionalforschung der Universität Wien

Univ.-Prof. Mag. Dr. habil. Gudrun Biffi,
Dekanin der Fakultät für Wirtschaft und
Globalisierung an der Donau-Universität Krems

Ebenfalls am Podium

Univ.-Prof. Dr. Reinhold Popp,
Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für
Zukunftsstudien an der FH Salzburg

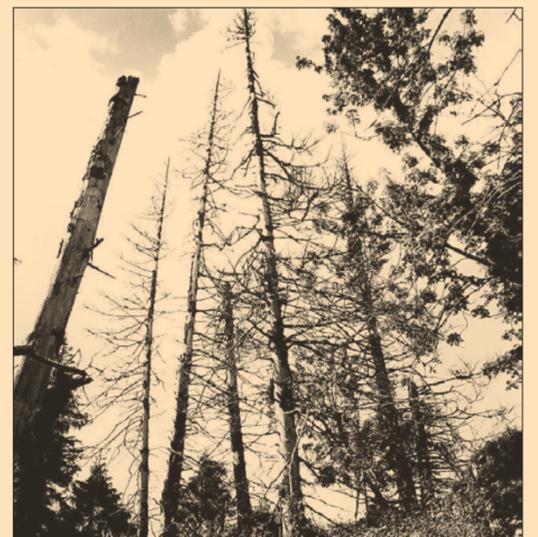
Adelheid Ebner,
Bgm. der Marktgemeinde Gutenbrunn

Moderation:
MMag. Agnes Streissler, Wirtschaftspolitische
Projektberatung

AKNÖ • Dialogforum Hirschwang • Windmühlgasse 28, A-1060 Wien
Tel. +43 (0)1 58 883 - 1633 • Fax +43 (0)1 58 883 - 1639
kontakt.dialogforum@aknoe.at • www.dialog-forum.eu



In den Achtzigerjahren war das Sterben des Schwarzwalds (li.) und der desolante Zustand der Bäume in der Hohen Tatra das dominierende Umweltthema.



Das „Schweizer Messer der Umweltpolitik“ ist stumpf

Vor 20 Jahren galt der Emissionshandel als bester Weg, um Ökologie und Ökonomie miteinander zu versöhnen. Aber im Kampf gegen Treibhausgase hat das komplizierte Instrument die meisten Erwartungen enttäuscht.

Eric Frey

Wien – Es gab eine Zeit, da waren konservative Amerikaner noch am Umweltschutz interessiert. Und weil sie gleichzeitig an die Kräfte des freien Marktes glaubten, grübelten sie über Wege, wie man mit ökonomischen Instrumenten die Welt grüner machen kann.

Heraus kam der Emissionshandel, der unter dem republikanischen Präsidenten George Bush senior im „Clean Air Act“ 1990 erstmals eingeführt wurde, um den Schwefeldioxid ausstoß zu verringern. Das Ergebnis war sensationell: Innerhalb weniger Jahre sank die Belastung durch sauren Regen um die Hälfte, und das zu weitläufigen niedrigeren Kosten als erwartet.

Daher gab es schon bei der Rio-Konferenz 1992 Überlegungen, ob sich dieses neue Instrument, oft „cap and trade“ (Deckeln und Handeln) genannt – auch für die Reduktion von Treibhausgasen einsetzen lässt. Und bei der Einigung auf das Kyoto-Protokoll 1997 entschied sich die EU trotz scharfer Kritik von Umweltschützern, die im Emissionshandel eine Art von Ablasshandel für Umweltsünder sehen, für den Emissionshandel. Die Industrie, die sich sowohl gegen eine verpflichtende Beschränkung des CO₂-Ausstoßes und eine CO₂-Steuer wehrte, war zu diesem Weg bereit. Und auch die USA wollten ein Marktinstrument, das nicht Steuer hieß.



Fünfzehn Jahre später ist die Ernüchterung groß. Weder die USA noch andere außereuropäische Industrie- oder Schwellenländer sind noch beim Kyoto-Prozess dabei. US-Präsident Barack Obama hat seine Pläne für einen nationalen Emissionshandel rasch wieder aufgegeben. Für die heutigen Republikaner ist „cap and trade“ ein rotes Tuch, Initiativen in einzelnen Bundesstaaten erweisen sich als wenig nützlich.

In der EU wurde hingegen mit viel Aufwand ein Handelssystem für Emissionszertifikate für die Industrie aufgebaut, doch das ETS hat sich bisher als wirkungslos erwiesen. Bei einem Preis von sechs Euro pro Tonne CO₂ gibt es für Unternehmen kaum Anreiz, den Ausstoß zu verringern.

Der Umweltökonom Stefan Schleicher von Uni Graz und Wifo sieht vier Gründe für das Platzen der Emissionshandelsräume. Erstens habe sich gezeigt, dass die Vermeidung von CO₂ viel aufwändiger sei als jene von SO₂, das durch Zusatzrichtungen bei Kohlekraftwerken leicht aufgefangen werden kann.

Zweitens seien die Vermeidungskosten bei CO₂ oft nicht genau festzustellen, weil viele Investitionen, wie etwa jene in die thermische Sanierung, auch andere Zwecke hätten und daher schwer zuzuordnen seien.

Drittens habe es bei der Festlegung der Zertifikatmengen Fehler gegeben: Die EU habe dies zu-

nächst den nationalen Staaten überlassen, die aus Wettbewerbsgründen viel zu viele Gratiszertifikate verteilten; auch die Lobbytätigkeit der Industrie habe dazu beigetragen. Dann kam die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, die den Ausstoß massiv verringerte. Schleichers Lektion daraus: „Die Menge nur einmal festzulegen reicht nicht aus, denn es kann immer Überraschungen geben.“

Und schließlich hätten die Finanzmärkte den Handel übernommen und die Preise weg von den Fundamentaldaten geführt. „Das war im Design des ETS nicht vorgesehen“, sagt Schleicher. „Der Designfehler ist hier ähnlich gravierend wie beim Euro.“

„Lieber eine CO₂-Steuer“

Angesichts der Schwächen gehen Ökonomen auf Distanz zum Emissionshandel. „Ich hätte viel lieber eine allgemeine CO₂-Steuer“, sagt Robert W. Hahn, der einst die Bush-Regierung beim Clean Air Act beriet und heute in Georgetown und Oxford lehrt.

Auch Schleicher glaubt, dass eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen einfacher und effektiver wäre als der Emissionshandel mit all seinen Löchern und Ausnahmen. Dieses sei doch nicht „das Schweizer Messer der Energie- und Umweltpolitik, das alle Probleme lösen kann.“ Die Hürden für CO₂-Steuern sieht er in der Politik: „Wir wissen selbst, wie schwer es politisch ist, eine gesamteuropäische Steuer einzuführen.“

Schleicher sieht die Zukunft dennoch im Emissionshandel. Man müsse die Zuteilungen reduzieren und neue Instrumente entwickeln, um auch Energiesparen im Verkehr und bei Gebäuden handelsfähig zu machen. Solche „domestic offset projects“ seien bereits im neuen österreichischen Energieeffizienzgesetz angedacht.



1993–2011

Eine der am schnellsten wachsenden Städte in Mexiko ist Aguascalientes. Die Aufnahmen des Landsat-Satelliten der Nasa zeigen die Flächenzunahme der Stadt von 1993 bis 2011. Seit dem Jahr 2007 wohnt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, während 1950 noch 70 Prozent auf dem Land lebten. Nach Prognosen der UNO wird der weltweite Anteil der städtischen Bevölkerung bis 2030 auf mehr als 60 Prozent steigen und im Jahr 2050 rund 70 Prozent erreichen. Weltweit gibt es über 63 Städte mit mehr als drei Millionen Einwohnern. Die Folgen der Verstärkung in Entwicklungsländern, verbunden mit einem weiterhin anhaltenden starken Bevölkerungswachstum, sind in ihren ökologischen, ökonomischen und sozialen Tragweiten noch nicht vollständig absehbar. Neben den offensichtlichen Problemen bei der Entstehung von Megastädten richtet sich der Blick in den letzten Jahren verstärkt auch auf die Chancen dieser Entwicklung.

Fotos: U.S. Geological Survey (USGS), Landsat Missions Gallery

Betrug mit CO₂-Zertifikaten

Angeblich 46 Millionen Euro vom Fiskus ergaunert

Mannheim/Karlsruhe/Stuttgart – Wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung mit CO₂-Zertifikaten haben Ermittler die Zentrale des deutschen Energieversorgers EnBW durchsucht. „Wir führen ein Ermittlungsverfahren gegen drei Mitarbeiter einer Tochtergesellschaft der EnBW wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung beim Handel mit Emissionszertifikaten“, sagte ein Sprecher der auf Wirtschaftsdelikte spezialisierten Staatsanwaltschaft in Mannheim und bestätigte damit einen Bericht des *Handelsblatts*. Die Razzia fand bereits am Dienstag statt.

Die drei Verdächtigen sollen 46 Millionen Euro vom Fiskus ergaunert haben, wie der Sprecher sagte. Bereits seit Jänner laufen demnach die Ermittlungen gegen EnBW-Beschäftigte, zunächst gegen zwei, mittlerweile gegen drei Mitarbeiter des Karlsruher Energieversorgers.

Bereits am 31. Jänner habe es daher eine erste Razzia gegeben. Am Dienstag durchsuchten die Steuerfahnder zusätzlich zu den Geschäftsräumen auch die Wohnung eines der drei Beschuldigten. Was das Motiv der Beschuldigten war, ist noch nicht klar“, sagte der Behördensprecher weiter. Ob sie die Steuern eigennützig oder für die Firma hinterzogen hätten, müsse im Laufe der Ermittlungen noch geklärt werden.

EnBW – in Österreich mit knapp einem Drittel an der niederösterreichischen EVN beteiligt – erklärte, das Unternehmen kooperiere in vollem Umfang mit den Behörden.

Der EnBW-Fall ist verknüpft mit den Ermittlungen zum Handel mit Emissionszertifikaten in Frankfurt am Main. Dabei wird gegen rund 150 Verdächtige vorgegangen. Im Dezember hatte das dortige Landgericht bereits sechs Angeklagte zu Haftstrafen zwischen drei Jahren und sieben Jahren und zehn Monaten verurteilt, weil sie bei derartigen Geschäften 300 Mio. Euro erschlichen hatten.

Umsatzsteuer

Mit einem Trick wurde bei den europaweit ge- und verkauften Kohlendioxidzertifikaten die in Deutschland fällige Umsatzsteuer erst umgangen und dann trotzdem beim Finanzamt zur Rückerstattung vorgelegt. Bei den europäischen Ermittlungen wurden im Frühjahr 2010 zahlreiche Firmen durchsucht, unter anderem die Zentrale der Deutschen Bank.

Nicht zuletzt wegen dieser Ermittlungen hätten die Verdächtigen wissen müssen, dass sie an einem illegalen Geschäft beteiligt sind, sagte Peter Lintz, Sprecher der Staatsanwaltschaft Mannheim. Trotzdem hätten sie die Rechnungen eingereicht. (dpa, Reuters, AFP)

Gerhard Dilger aus Rio de Janeiro

Gastgeber Brasilien präsentiert sich vor dem Rio+20-Gipfel selbstbewusst. „Wir wollen allen Besuchern unsere Erfolge zeigen“, sagte Präsidentin Dilma Rousseff am Mittwoch bei der Eröffnung des Brasilien-Pavillons, der einen Steinwurf vom Tagungszentrum im Südwesten Rios liegt. Während in Industrieländern soziale Errungenschaften abgebaut würden, sei ihre Regierung der Gerechtigkeit und der Armutsbekämpfung verpflichtet.

In der Tat sind manche Zahlen aus der sozialdemokratischen Ära unter Rousseff und ihrem Vorgänger Lula da Silva imposant: Innerhalb von zehn Jahren stieg das Bruttoinlandsprodukt um 40 Prozent, 28 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden, 40 Millionen Brasilianer stiegen aus der Armut in die Mittelschicht auf. Brasilien steht damit für manches boomende Schwellenland.

Dass dabei die Umwelt unter die Räder kommt, wie die absehbare Aufweichung des Waldgesetzes unter dem Druck der Agrarlobby zeigt, bestreitet die linke Staatschefin vehement: Seit 20 Jahren verfolge Brasilien eine freiwillige Politik der Emissionsbegrenzung, sagte sie: „Seit 2004 ist die Waldzerstörung um 77 Prozent zurückgegangen. Drei Viertel aller seit 2003 geschaffenen Naturschutz-

gebiete liegen in Brasilien. 45 Prozent unserer Energie stammen aus erneuerbaren Quellen“. Damit spielt sie vor allem auf Brasiliens Wasserkraftwerke an, die von Ökologen heftig kritisiert werden. Das Megaprojekt Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu ist das sinnfälligste Symbol für Brasiliens Wachstumsdrang und Energiehunger: 8000 Arbeiter bauen bereits 17 Stunden am Tag am drittgrößten Staudamm der Welt.

2015 soll die erste Turbine in Betrieb gehen, die hochsubventionierte Wasserkraft ist größtenteils für Stahl- und Aluminiumwerke bestimmt. Europäische Firmen wie Andritz, Siemens oder Daimler-Benz verdienen kräftig mit. Für Zehntausende bedeutet das Kraftwerk Zwangsumsiedlung und Umwelterstörung, für weitere Staudämme in Amazonien hat die Regierung Naturschutzgebiete verkleinert.

Sojafront bedroht Regenwald

Das größte Tropenwaldgebiet der Erde wird aber auch durch Sojamonokulturen oder Rinderzucht bedroht – weil weiter südlich riesige Flächen mit Zuckerrohr für die Produktion von Agrosprit bepflanzt werden, rückt die Sojafront noch schneller auf den Regenwald vor. Eisenhütten und Stahlwerke werden mit Holzkohle aus Urwaldreisern oder wasserfressenden Eukalyptusplantagen

beheizt, sklavennähnliche Arbeitsverhältnisse sind dabei keine Seltenheit. Der Lebensraum vieler indigener Völker wird durch den Agroboom immer weiter beschnitten.

Billiger soll der Export agrarischer und mineralischer Rohstoffe durch den Bau von Land- und Wasserstraßen werden. 2011 machten Eisenerz, Rohöl, Soja, Fleisch, Zucker und Kaffee 47,1 Prozent der Exporte aus – 2006 waren es 28,4 Prozent.

Von der Förderung riesiger Erdölvorkommen in der atlantischen Tiefsee verspricht sich die Regie-

rung den nächsten Wachstumsschub. Umweltpolitisch geht es hingegen bergab. Als Präsidentschaftskandidatin kam Lulas erste Umweltministerin Marina Silva 2010 auf 20 Prozent, doch in den Medien fristen „harte“ Umweltthemen immer noch ein Schattendasein.

„Der größte Fortschritt seit 1992 ist das gestiegene Umweltbewusstsein“, findet Silva, „das war die Basis für mehrere wichtige Gesetze, die in Brasilien seither verabschiedet wurden“. Doch seit Rousseffs Amtsantritt 2011 gebe es klare Rückschritte, meint Silva,

deren Nachfolgerin Izabella Teixeira einseitig die Wachstumsagenda stärkte. So wies die Ministerin Kritik an einer Steuerersparnis zurück, mit der die Regierung den Autverkauf ankurbeln will. Umweltschützer attackierte Teixeira als unqualifiziert. Dabei kollabieren Brasiliens Innenstädte schon jetzt. „Die Regierung hängt einem kurzfristigen Entwicklungsdenken an“, gab Silvas Mitstreiter João Paulo Capobianco zurück. „Auf dem Rio+20-Gipfel ist Brasilien gut vertreten – aber eher durch die Gesellschaft, Wissenschaftler und einige Unternehmer“.



Zucker gehört zu den brasilianischen Exportschlagern. Die Plantage in Campos, 300 Kilometer außerhalb von Rio de Janeiro, liefert Zuckerrohr für die Ethanolproduktion. Foto: EPA

Umweltlehrstunde für Mexiko-Stadt

Die Politik musste wegen der Verschmutzung des früheren Luftkurorts umschwenken

Sandra Weiss aus Mexiko-Stadt

Fast geräuschlos bahnt sich die „trainera“, der buntbemalte Stocherkahn, seinen Weg durch die Kanäle von Xochimilco, Vögel zwitschern, Bauern ernten auf den schwimmenden Inseln im Süden von Mexiko-Stadt Blumenköpfe in Fußballgröße. Hier mutet Mexiko-Stadt noch an wie das ökologische Paradies, bei dessen Anblick der spanische Eroberer Hernán Cortés verzaubert innehielt.

Wie das Venedig Amerikas wirkte die Lagunenstadt, deren aztekische Tempel in der glasklaren Bergluft schon von weitem zu erkennen waren. Doch das ist 500 Jahre her. Der Niedergang nahm unter den Spaniern seinen Anfang, die die Kanäle trockenlegten, weil diese als Moskito- und Krankheitsherde galten. So änderte sich das Klima im Tal von Mexiko.

Trotzdem blieb Mexiko-Stadt noch über Jahrhundert hinweg ein Luftkurort. Ab den 60er-Jahren ging es dann rapide bergab: infolge einer massiven Zuwanderung, die die Zahl der Bewohner auf 20 Millionen anschwellen ließ und jene der Autos auf 4,8 Millionen.

Keine 20 Jahre später war die mexikanische Hauptstadt Sinnbild für urbane Apokalypse. Fußgänger schlängelten sich mit Atemschutzmasken durch den Höllenverkehr; auf den achtspurigen

Boulevards herrschte Dauerstau; über das städtische Chaos aus Stromkabeln, halbverputzten Häusern und bunten Werbewänden legte sich eine Glocke aus Dunst, Staub und Smog.

Um vier Grad ist die Temperatur im Valle de Mexico in den vergangenen 100 Jahren gestiegen, wie Wissenschaftler ermittelten – weltweit sind es 0,6 Grad. Auf der auf 2200 Meter liegenden, von Bergen umgebenen Hochebene herrschen nahezu Laborbedingungen zur Demonstration des Treibhauseffekts. Und das ist beileibe nicht das einzige Umweltproblem.

Wasser wird knapp

Der Baugrund auf der trocken gelegten Lagune ist instabil, bis zu acht Meter hat sich die Erde an manchen Stellen abgesenkt. Das Wasser, das aus entfernt liegenden Stauseen stammt, wird immer knapper. Die Hälfte versickert unterwegs aufgrund brüchiger Rohre. In der Trockenzeit wird das ohnehin nicht trinkbare Leitungswasser von den Stadtwerken rationiert, in der Regenzeit stehen die Straßen unter Wasser, weil das Kanalsystem von den Wassermassen überfordert ist.

Derart dramatisch war die Situation, dass selbst die Politiker nicht mehr wegschauen konnten. In den vergangenen zehn Jahren gab es Fortschritte: dank der Einführung von Filtern für Fabrik-

schlote, dank des bleifreien Benzins, dank einer mexikanischen Abgassonderuntersuchung und eines Fahrverbots an einem Tag der Woche konnte die Abgasbelastung deutlich gesenkt werden.

Heute gibt es in der Innenstadt Fahrradwege und öffentliche Radstationen. Das U- und S-Bahn-Netz wurde ausgebaut, ein Schnellbusystem eingeführt, die stinkenden Kleinbusse wurden durch umweltfreundlichere moderne Busse ersetzt. Aus den Supermärkten wurden die Plastiktüten verbannt, und die Kanalisation wurde ausgebaut. Mit Werbekampagnen versuchen die Behörden Umweltbewusstsein und den schonenden Umgang mit Ressourcen zu fördern.

Heute kann man an manchen Tagen sogar wieder die 60 Kilometer entfernten Gipfel der Vulkane Popocatepetl und Ixtaccihuatl sehen – ein Ding der Unmöglichkeit vor zehn Jahren. Doch nicht alles ist umweltpolitisch durchdacht. So kam beispielsweise der linke Exbürgermeister und aktuelle Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador vor acht Jahren auf die Idee, einen zweiten Stock auf die Autobahn zu bauen, damit der Verkehr besser fließt. Doch jener geriet bald an seine Grenze, denn die Mittelschicht wächst – gleichgültig die Zahl der Autos. Darum ist die Hauptstadt derzeit wieder eine Baustelle: Man bastelt an einem dritten Stock.

Der Kampf gegen den E-Mount-Everest

Immer mehr Menschen nutzen Computer, als Folge nimmt der E-Schrott weltweit zu. Ein nicht zu stoppender Kreislauf? Experten beruhigen: Die Menge an verbrauchtem Rohmaterial wird weniger.

Karin Tzschentke

Wien – 50 Millionen Bisons. Sie bringen das gleiche Gewicht auf die Waage wie die Menge an E-Schrott, die weltweit anfällt. 50 Millionen Tonnen an Computermäusen, Rechnern, Monitoren, Handys, Haartrocknern oder Waschmaschinen landen auf dem Mist. Jährlich.

Noch immer sind es zum überwiegenden Teil die in den Industrieländern lebende Menschen, die ihre kaputten, alten oder aus der Mode gekommenen Geräte wegwerfen. Verpackt in großen Containern, landen viele der ausgedienten Produkte in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Dort werden sie teilweise in Hinterhöfen oder auf offener Straße mit gesundheitsgefährdenden Methoden auseinandergenommen, um die verwertbaren und wertvollen Metalle und Kunststoffe darin zu gewinnen. Doch es wächst in diesen Ländern auch die Menge an ausrangierten Geräten, die aus lokalen Quellen stammen. Steuern wir also auf einen E-Mount-Everest zu?



Die Computerisierung nimmt zu und lässt Berge wachsen. Hier sitzen zwei Altwarenhändler in Delhi vor angehäuftem Elektronikschrott.

Foto: EPA

Jein, meint Klaus Hieronymi, seit 1998 Umweltmanager beim weltgrößten Computerhersteller HP. „Die Anzahl der Geräte an E-Schrott wird steigen, aber nicht die Materialmenge.“ Und zwar aus mehreren Gründen: Gesetzgebung, wachsendes Umweltbewusstsein, Rohstoffknappheit, Energieeffizienz und leichtere, besser wiederverwertbare Geräte.

So hat das EU-Parlament zum Beispiel erst Anfang des Jahres eine neue E-Schrott-Richtlinie beschlossen. Dieser zufolge müssen die Mitgliedstaaten bis 2015 45 Prozent Elektroschrott einsammeln, gemessen an der Menge ver-

kaufter Produkte, die drei Jahre vorher im Verkauf standen. Bis 2019 muss die Rate auf 65 Prozent gesteigert werden.

Musste die Industrie für Rohstoffe wie etwa Kupfer im Jahr 2000 pro Tonne 2500 bis 3000 Euro bezahlen, liegt dieser Preis heuer bei 7500 bis 8000 Euro. Knapper und teurer werdende Rohstoffe erhöhen den Recyclingwert der Geräte.

Für eine Waschmaschine liegen diese in Europa bei zwei bis fünf Euro, für einen PC bei fünf bis sechs Euro. „Das ist für viele Geld genug, hier zu sammeln“, sagt Hieronymi. Durch steigende Containerkosten

lohnte sich ihm zufolge der Transport gebrauchter oder kaputter Geräte in Entwicklungsländer immer weniger.

Nächster Schritt, um E-Müll in Entwicklungsländern zu reduzieren, müsse sein, dort professionelle Recyclingcenter aufzubauen, wie HP etwa in Kenia. Damit würde auch Arbeit für angelernte Kräfte geschaffen. Allein für Ghana und Nigeria weist eine UN-Studie 30.000 neu entstandene Jobs in diesem Bereich aus.

Für große Unternehmen werde Umwelt und Stromverbrauch zu einem immer wichtigeren Faktor, nicht zuletzt aus Kostengründen. Sie drängten daher die Hersteller, leichter wiederverwertbare und stromeffizientere Geräte zu bauen.



TICKER

Drucklust in Firmen ist ungebrochen

Wien – Standardmäßiger Duplexdruck – das beidseitige Bedrucken von Papier – ist weiterhin ein Minderheitenprogramm in Unternehmen. Diese Drucksparsmaßnahme ist in lediglich 29 Prozent der Firmen gängig. Dies zeigt die jährliche Printerumfrage des Druckerherstellers Brother in deutschen, österreichischen und Schweizer Unternehmen. Bei einem Drucker ist für mehr als 60 Prozent der Treibhausgasemissionen das Papier verantwortlich. (kat)

Bis zu 100 Euro Handypfand gefordert

Berlin – Mit einem Pfand von bis zu 100 Euro auf jedes Handy möchte der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen erreichen, dass künftig mehr Telefone recycelt werden. Das Pfandsystem funktioniert auch bei Getränkeflaschen und Autobatterien, argumentiert Vorsitzender Martin Faulstich, der auch den deutschen Umweltminister berät. (dpa)

Musterprozess gegen UPC unterbrochen

Wien – 2011 hatte der österreichische Anti-Piraterie-Verein VAP eine einstweilige Verfügung gegen den Internetanbieter UPC erwirkt, da dieser Zugang zum mittlerweile geschlossenen illegalen Internetportal *Kino.to* gewährte. Das laufende Musterverfahren wurde nun vom Obersten Gerichtshof (OGH) unterbrochen. Der EuGH soll eine Vorabentscheidung treffen. (red)

Must read.

Springer & Jacoby

DAS HAT



Gratis-Extra
FORMAT-
FOTOGUIDE



www.format.at

Wirtschaft. Wöchentlich. Jeden Freitag neu.

Prügelei im Namen der Königin

Bei einer tropischen Ameisenart gewinnen immer die Älteren

Wien – Ameisenmännchen buhlen meist friedlich um Königinnen. Nicht so bei der tropischen Art *Cardiocondyla obscurior*: Finden die flügellosen Männchen, die durch die Kolonien patrouillieren, eine Jungkönigin, paaren sie sich. Stoßen sie auf Rivalen, attackieren sie sie. Da ihre Mundwerkzeuge nicht zum Kampf taugen, halten sie Gegner nur fest und beschmieren sie mit einer Substanz.

Den Rest erledigen Arbeiterinnen. Sie töten markierte Ameisen. Sylvia Cremer

vom Institute of Science and Technology (IST) in Klosterneuburg zeigte gemeinsam mit Forschern der Uni Regensburg, dass sich frisch geschlüpfte Männchen im Kampf kaum wehren und alten Männchen hilflos ausgeliefert sind.

Überleben sie aber zwei Tage, fühlen sich die Jungen gleichauf und es kommt zu erbitterten, gegenseitigen Beschmier-Attacken. Dabei können sogar beide Männchen getötet werden. Die in *BMC Ecology* publizierte Studie ergab, dass die sonst

verbreitete Fähigkeit, sich per chemischer Tarnung Aggressoren zu entziehen, den flügellosen Jungmännchen fehlt. Sie signalisieren bereits im Puppenstadium ihre Identität. Die alten Männchen attackieren aber erst, wenn die Rivalen geschlüpft sind, weil sie offenbar nicht aus Versehen eine Jungkönigin töten wollen.

Die Nutzung der toten Ameisen als Larvenfutter hält die Kosten für die ständige Verfügbarkeit dominanter Männchen in der Kolonie niedrig. (pum)

Zur Abwehr aufgeheizt

Fieber zeigt an, dass der Kampf gegen Krankheitserreger im Körper auf Hochtouren läuft. Leichte Temperaturunterschiede können aber täglich auftreten.

Gudrun Springer

Frage: Wie entsteht Fieber?

Antwort: Die Körpertemperatur wird im Gehirn reguliert. Wenn Viren oder bestimmte Bakterien den Körper befallen, teilen sogenannte Botenstoffe das umgehend dem Gehirn mit, das dann dafür sorgt, dass die Körpertemperatur steigt.

Frage: Warum?

Antwort: Eine erhöhte Körpertemperatur hilft dabei, Krankheitserreger zu bekämpfen.

Frage: Wie gefährlich ist Fieber?

Antwort: Eine konstante Körpertemperatur – zwischen 36

und 37,5 Grad Celsius – ist wichtig für die Funktionstüchtigkeit der Organe, zum Beispiel des Herzes. Zu hohes Fieber (über 41 Grad Celsius) kann gefährlich werden, weil es sein kann, dass die Organe dann nicht ordentlich weiterarbeiten.

Frage: Kann erhöhte Körpertemperatur auch durch andere Faktoren ausgelöst werden?

Antwort: Zuallererst sei gesagt: Jeder Mensch hat eine individuell verschiedene Normaltemperatur. Zudem passt sich diese auch an: Zum Beispiel steigt sie, wenn wir Sport machen, beziehungsweise auch im Tagesverlauf. Wobei sie in der Nacht dann wieder weniger hoch ist als während des Tages.



präsentiert von DER STANDARD

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema „Wie gefährlich sind Zecken? Der Biss der kleinen Tierchen“. Am Samstag im STANDARD.

oe1.orf.at
www.kinderuni.at

Die besten Media-Ideen des Jahres MEDIEN Seite 41

Ban Ki-moon über den Rio-Gipfel Seite 46

derStandard.at/Kultur

Eine lange Kette unglücklicher Beziehungen

Die Staatsoper zeigt Verdis „Don Carlo“ in der italienischen Fassung. Regie führt **Daniele Abbado**. Mit ihm sprach **Daniel Ender** über Vater-Sohn-Beziehungen und die Glaubwürdigkeit in der Oper.

STANDARD: Die Wiener Staatsoper spielt Giuseppe Verdis „Don Carlo“ seit Jahren in der fünftaktigen französischen Urfassung. Sie bringen die Oper nun in einer gängigen italienischen Version heraus, die um den ganzen ersten Akt kürzer ist. Verliert man da nicht zu viel von der Geschichte?

Abbado: Natürlich verliert man in der italienischen Fassung etwas, vor allem hinsichtlich der Beziehung zwischen Elisabeth und Don Carlo. Im ursprünglichen ersten Akt verlieben sie sich ineinander, bevor Elisabeth Carlos Vater Philipp II. heiraten muss. Aber man bekommt auch etwas sehr Interessantes: In der vieraktigen Form erhält das Stück nämlich eine kreisförmige Struktur. Es beginnt und endet mit dem geheimnisvollen Gesang der Mönche („Karl V., der erhabene Herrscher, ist nur noch Asche und Staub“, Anm.) und bekommt damit eine seltsame, übernatürliche Ebene ...

STANDARD: ... weil ja Karl V., dessen Grabmal in einem Kloster steht, am Ende bei Verdi leibhaftig auftritt und Don Carlo zu sich nimmt. Wie deuten Sie diese überraschende Wendung?

Abbado: Das ist sehr schwierig. Don Carlo ist das einzige Werk, an dem Verdi so lange gearbeitet hat; insgesamt gibt es ja sechs Versionen. Die einzige Erklärung, die ich gefunden habe, ist, dass er seine eigene Göttliche Komödie schreiben wollte. Natürlich gibt es eine sehr konkrete Bedeutungsebene – die lange Kette unglücklicher Vater-Sohn-Beziehungen: zwischen Karl und Philipp, zwischen Philipp und Don Carlo, aber auch zwischen dem Großinquisitor und Philipp. Verdi konnte Dostojewskis Roman Die Brüder Karamasow nicht kennen, aber ich empfinde hier eine große Nähe. Sowohl der Großinquisitor als auch Philipp sind eigentlich Vaterfiguren der Kastration. Don Carlo, der ein Symbol für die Jugend ist, wird von seinem Vater als Repräsentanten der Macht vernichtet.

STANDARD: Demgegenüber ist das Erscheinen Karls V. ganz offensichtlich mit Hoffnung verbunden. Wie deuten Sie das?

Abbado: Die ganze Oper ist ungeheuer dunkel und voller Trauer. Verdi zeigt uns lauter unglückliche menschliche Beziehungen. Da muss es auch Hoffnung geben. Natürlich spielt auch eine politische Hoffnung herein, verkörpert von der Beziehung zwischen Carlo und seinem Freund Posa. Die scheitert aber, bleibt vollkommen utopisch und romantisch. Es muss aber eine Möglichkeit für Freiheit geben. Dafür steht Karl als Deus ex Machina am Ende des Stücks.

„ Ich mag die Vorstellung eines Bühnenbildes nicht. Beim Theater braucht man einen Raum.

“

tatsächlich auf die Bühne käme.

STANDARD: Wie lesen Sie denn die religiösen Aspekte, von denen die Oper ja ziemlich voll ist?

Abbado: Die Oper ist mit all ihren schrecklichen Vorgängen am spanischen Hof vor allem voller Religion im allerschlechtesten Sinn. Wir dürfen nicht vergessen, dass Verdi ein schlechtes Verhältnis zur Kirche hatte und sicher nicht katholisch war. Es ist für viele seiner Opern typisch, dass nicht wirklich auf Gott und den Himmel vertraut wird. Stattdessen geht es um die Hoffnung auf andere Zustände auf der Erde, die bei ihm immer wieder durchklingt, obwohl er die Menschen im Grunde sehr pessimistisch sieht.

STANDARD: Sie scheinen eine gewisse Vorliebe für große, leere Räume zu haben. Wie sieht das Bühnenbild diesmal aus?

Abbado: Ich mag die Vorstellung, ein Bühnenbild zu haben, überhaupt nicht. Was man für das Theater braucht, ist ein Raum. Hier haben wir eine Blackbox, die gleichzeitig Gefängnis, spanischer Hof und Kirche ist, alles zusammen. Alles bewegt sich, die Wände, der Boden, die Perspektiven. Das ist sehr abstrakt und steht für ein geistiges Labyrinth, für das,



Regisseur Daniele Abbado zeigt ab heute, Samstag, Verdis Oper als geistiges Labyrinth zwischen Gefängnis, Hof und Kirche. F: Fotostudio 13

was in Carlos Kopf passiert. Bei uns sieht man dabei die Stimmen, die er hört. Das Bühnenbild ist dabei sicher nicht realistisch oder naturalistisch, soll aber für das Publikum einen glaubhaften Rahmen bilden.

STANDARD: Lässt sich nicht auch in einem solchen Rahmen auf realistische Weise Theater spielen?

Abbado: Können wir heute auf eine realistische Weise Theater machen? Weil ich in Italien aufgewachsen bin, hat mich Giorgio Strehler ebenso geprägt wie das Theater von Brecht. Ich weiß nicht, ob wir Brecht heute schon genügend verstanden haben. Es kommt aber darauf an, dass man kritisch gegenüber sich selbst bleibt. Realismus ist im Theater jedenfalls nur ein Instrument unter vielen.

STANDARD: Welche Musik möchten Sie auf diesen Instrumenten spielen?

Abbado: Ich empfinde eine große Verantwortung gegenüber dem Publikum. Ich will die Zuseher nicht wie Idioten behandeln und ihnen vorschreiben, was sie denken sollen, sondern ihnen Möglichkeiten zur Interpretation geben. Und ich will ihnen zeigen, dass Werke wie jene Verdis nicht aus der Vergangenheit sind, sondern uns nahe sind – nahe der Sensibilität von Menschen von heute.

DANIELE ABBADO wurde 1958 als Sohn des Dirigenten Claudio Abbado in Mailand geboren. Seit 1988 arbeitet er als Schauspiel- und Opernregisseur. Außerdem schuf er Filme und Videodokumentationen. Seit 2003 ist er künstlerischer Leiter der Teatri in Reggio Emilia.

Die Tasche des guten Zwecks

Die Caritas hilft auch der Kunstammer des KHM

Wien – Die Kunstammer des Kunsthistorischen Museums, seit mehr als einem Jahrzehnt geschlossen, kann doch nicht Ende 2012 eröffnet werden: Im Vergabeverfahren für die Vitrinen klagte ein unterlegener Bieter – was vier Monate kostete. Die Wiedereröffnung findet daher am 28. Februar statt. Davor, am 12. Dezember, wird man zumindest einen Tag lang in den ersten fertigen Saal „schnuppern“ können.

Die baulichen Maßnahmen sind praktisch abgeschlossen; die Restaurierung der Deckenmalereien dauert bis Mitte Juli an, danach folgt die Inneneinrichtung.

Zusammen mit Caritas-Direktor Michael Landau und Kulturministerin Claudia Schmied präsentierte KHM-Chefin Sabine Haag am Freitag ein neues Spendenprodukt: Die goldbedruckte Kunst-



Tasche: Michael Landau, Sabine Haag und Claudia Schmied. F.: APA

kammertasche wurde in der limitierten Auflage von 1000 Stück im Rahmen des Caritas-Projekts hke (Handwerk, Kunst, Entwicklung) aus gebrauchten KHM-Werbepflanzen produziert; ein Teil des Erlöses wird zugunsten der Kunstammer verwendet, der andere zugunsten des Projekt hke, das arbeitslosen jungen Menschen eine Chance bietet. (trenk)

AI WEIWEI: NEVER SORRY
GERHARD RICHTER PAINTING
GARTENBAUKINO



KINO DER ORTE

FR 22. & SA 23.6.2012
Kino der Orte 5: Narrenturm

www.filmarchiv.at

TIPP SPEZIAL

bezahlte Anzeigen
Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

THEATER AN DER WIEN IN DER KAMMEROPER

Theater an der Wien in der Kammeroper

Jetzt Abo sichern!

Bis 30. Juni sparen Sie bis zu 30% auf die neuen Abos des „Theater an der Wien in der Kammeroper“.

Wir fördern Kultur: Druck
Wallα
Druckkultur seit 1961

Weitere Information unter:
Abo-Mail: abonement@theater-wien.at
Fax: +43/(0)1/588 30-650, www.theater-wien.at
WIEN

ABO SPART 30%



Das Satellitenbild links zeigt die im Jahresverlauf minimalste Ausdehnung des arktischen Eises rund um den Nordpol im Jahr 1979, das Bild rechts die maximalste Ausdehnung im Jahr 2003. „Durch das Schmelzen der Eisflächen strahlt weniger Sonnenenergie in das Weltall zurück. Diese sogenannte Albedo, das Reflektionsvermögen der Erd-



1979–2003

oberfläche, ist der stärkste positive Rückkopplungsfaktor, den wir im Erdklima haben“, sagt Reinhard Böhm (ZAMG). Tatsächlich ziehe sich das Eis in dieser Region sehr schnell zurück. „Eisfreies Wasser reflektiert weit weniger.“ Aber auch Wolken spielen eine Rolle, deshalb greife die Formel „mehr Eis, niedrigere Temperaturen“ zu kurz. (max) F.: picturedesk

Begriffs-Lexikon

Agenda 21 Auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro haben 1992 insgesamt 178 Staaten, darunter auch Österreich, ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert unterzeichnet. Das knapp dreihundert Seiten dicke Konvolut enthält Politikempfehlungen zu 40 Bereichen, vom Schutz der Erdatmosphäre bis zur Stärkung der Rolle gesellschaftlicher Gruppen wie Frauen, Nichtregierungsorganisationen und indigene Völker.

Armutsbekämpfung ist nach Ansicht von Experten neben dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung natürlicher Ressourcen einer der Grundpfeiler für nachhaltige Entwicklung. Vor 20 Jahren ist die Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung in Rio erstmals breit diskutiert worden – und bleibt aktuell.

Bruttoinlandsprodukt Die Kenngröße, die den Zuwachs im Inland hergestellter Waren und Dienstleistungen ausweist, wird zunehmend kritisiert. Das BIP sagt wenig über die menschliche Wohlfahrt aus. Kosten von Unfällen, Ehescheidungen und ähnliches erhöhen ebenso das BIP wie der vermehrte Verzehr von Speiseeis, das im Inland hergestellt wurde. Es wird Wohlstandsgewinn suggeriert, wo keiner ist.

Entkoppelung Darunter versteht man die Strategie, wirtschaftliches Wachstum von steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch abzukoppeln. Das ist bisher nur zum Teil gelungen.

Green Economy ist eines der Schwerpunktthemen des Rio+20-Gipfels ab kommender Woche. Viele neue Jobs sollen durch Forcierung von Umwelttechnologien und schadstofffreier oder zumindest schadstoffarmer Produktionsmethoden entstehen.

Greenwashing ist die Irreführung der Konsumenten über ökologische Geschäftsmethoden oder ökologische Vorteile bestimmter Produkte bzw. Dienstleistungen durch Unternehmen. Seitdem Umweltschutz gesellschaftlich relevant geworden ist, kommt das vermehrt vor.

Klimarahmenkonvention Die beim Erdgipfel verabschiedete, völkerrechtlich verbindliche Konvention bildet den Rahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Konkrete Reduktionsverpflichtungen für Klimagase wurden 1997 in der japanischen Stadt Kyoto vereinbart. Die Klimarahmenkonvention ist wesentlicher Bestandteil des Rio-Prozesses.

Nachhaltigkeit Der Begriff stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft, wird inzwischen aber inflationär verwendet. Die Grundidee ist, dass nicht mehr Holz gefällt werden soll als nachwachsen kann. Der Konsum soll nicht zulasten künftiger Generationen gehen. Die Aktualität hat seit Rio 1992 nicht nachgelassen.

Öko-Fußabdruck Hierbei werden Ressourcenverbrauch und Emissionen ganzer Regionen oder einzelner Menschen zwecks Vergleichbarkeit in „globale Hektar“ umgerechnet und der Biokapazität gegenübergestellt. Übersteigt der Umweltverbrauch die Biokapazität, ist der ökologische Fußabdruck zu groß, der Konsum- und Lebensstil nicht nachhaltig.

Peak oil bezeichnet den Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist. Nach einiger Zeit geht die zur Verfügung stehende Rohölmenge unumkehrbar zurück. Der Begriff ist erst in den letzten Jahren in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt.

Regionalisierung wirtschaftlicher Kreisläufe ist wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu gehören Tauschbörsen ebenso wie räumliche Integration von Arbeit, Wohnen und Freizeit. Ziel dieser zunehmend populär werdenden Strategie ist es, nachhaltige Konsum- und Lebensstile zu unterstützen. (stro)

Wer ins Theater geht, muss Opfer bringen

Kunstproduktion ist meist nicht umweltschonend. Die Wiener Theatergruppe toxic dreams hat deshalb in ihrer „The 100% Environmentally Friendly Show“ das Publikum gebeten, ausgleichende Maßnahmen zu treffen.

Margarete Affenzeller

Wien – Meist ist es umgekehrt, doch von Fall zu Fall stellt sich auch die Kunst in den Dienst der Natur. Als künstlerisch-ökologische Intervention ließ Joseph Beuys 1982 bei der Documenta in Kassel zum Beispiel 7000 Eichen pflanzen. Und die US-amerikanische Künstlerin Amy Balkin tritt in ihrem Projekt *Public Smog* dafür ein, die Erdatmosphäre zum Welterbe zu erklären. Bisher ohne Erfolg.

Im Vorjahr hat die Wiener Theatergruppe toxic dreams das Publikum ihrer *100% Environmentally Friendly Show* dazu aufgefordert, sich vor Beginn des Stücks persönlich für umweltfreundliche Maßnahmen zu verpflichten, um den durch die Bühnenarbeit produzierten ökologischen Fußabdruck (*Begriffserklärung siehe Glossar rechts*) wieder

auszugleichen. Neben Optionen wie einen Tag Öffis statt Auto oder Duschen statt Vollbad bot sich auch die Möglichkeit, den nächsten Theaterbesuch auszulassen. Als in der Zukunft angesiedelte, sciencefictionhafte Untergangsgeschichte der Erde rekapitulierte *The 100% Environmentally Friendly Show* auf einer 142 Quadratmeter großen Leuchtweltkarte Themen wie Ressourcenverteilung, Essverhalten oder Bevölkerungsentwicklung der Spezies Mensch.

Yosi Wanunu und Kornelia Kilga (Regie und Produktion) haben während der Probenarbeit protokolliert, welche schädlichen Investitionen in die künstlerische Arbeit nötig waren, vom Safttrinken bis zum Computereinsatz. Trotz aller Bemühungen sind sie auf eine eher „unfriendly“ Bilanz gekommen. „Wären wir umweltverträglich, müssten wir

eigentlich nackt auf einer leeren, dunklen, unbelüfteten Bühne stehen“, sagt Wanunu.

The 100% Environmentally Friendly Show hatte vor einem Jahr im Brut-Theater im Künstlerhaus Premiere – DER STANDARD berichtete. Der finale ökologische Fußabdruck wurde mit knapp 5000 gha (Globalhektar) gemessen, ganz genau ist das auf der Homepage der Gruppe nachzulesen, siehe *Ende des Artikels*. Ähnlich einem anatomischen Theater des 18. oder 19. Jahrhunderts, dessen Zuschauerreihen nach oben steil ansteigend im Kreis den Seziertisch umgaben, blickte das Publikum dabei von einer Balustrade auf das historische Weltgeschehen am Bühnenboden. Das notwendige Faktenmaterial für den Patienten Erde besorgten Mitarbeiter des Instituts für Soziale Ökologie der Universität Klagenfurt. Auch Bücher zur „Deep Ecology“ wurden als Recherchegrundlagen verwendet.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind sichere Themen, meint Wanunu, jeder kann sich darauf verständigen. Allerdings möchten Menschen gern einen klaren Feind, am besten den Kapitalismus. „Da wir uns dieser Lesart verweigert haben, auch nicht ironisch waren, sondern schlicht nur

poetisch, melancholisch, weich und ‚touchy‘, waren manche Zuschauer enttäuscht. Jeder muss bei sich selbst anfangen.“

„Die Entdeckungen, die wir während der Recherchen gemacht haben, waren bitter“, so Kilga. „Die Auseinandersetzung mit der Umwelt hat uns herangeführt an schwierige ethische Fragen und Werthaltungen, etwa was die Massentierhaltung betrifft.“ Wanunu: „Am Anfang habe ich dann weniger Fleisch gegessen, aber man vergisst leider sehr schnell.“

„Theatres go green“

Von *The 100% Environmentally Friendly Show* wurde im Frühling übrigens eine Version für junges Publikum erstellt: *Raumschiff Erde*. In manchen Großstädten gibt es mittlerweile die „Theatres go green“-Bewegung für eine nachhaltige Theaterinfrastruktur (Sonne und Wind erzeugen den Strom auf der Bühne). In London setzt man derzeit auch auf Kurzzeit-Theater, die aus Abfallholz schnell an öffentlichen Plätzen gezimmert werden und nur für zwei, drei Vorstellungen bestehen bleiben. Wanunu: „Es wird dort zwar schrecklich gespielt, aber das sehr umweltschonend.“

www.toxicdreams.at



museum
gugging

walla-fest

So, 24. Juni 2012 von 10.00 – 20.30 Uhr

Künstlerisches Programm im museum gugging:

- ▶ **NETNAKISUM** interpretiert Walla
- ▶ „ZAUBERREVOLVER : GOTT IST BRAV“ Hörspiel-Uraufführung von **Krok & Petschinka**
- ▶ „OUT OF THE BLUE“ **Karlheinz Essl** (Live-Elektronik) und **Agnes Heginger** (Vocal) interpretieren Texte von August Walla
- ▶ Führungen durch die Ausstellung **august walla! weltallende**, Kinderworkshops & Shuttle-Service ab/an Wien.

Bei freiem Eintritt.

Shuttle-Service „Walla-Fahrt“ (am Display des Busses) ab Schwedenplatz U1/ Franz-Josefs-Kai von 10 Uhr bis 17 Uhr nach Maria Gugging – letzte Fahrt nach Wien um 20.30 Uhr.

Infos unter:

Am Campus 2, 3400 Maria Gugging, Telefon 02243 87087, www.gugging.at

MUSIKFORUM
VIKTRING - KLAGENFURT

7. – 29. Juli
2012
America
meets
Europe
meets
America

NEUE WELTEN

www.musikforum.at

Zahlreiche Kurse & Workshops:

- Gospel: 6.-8.7. Rachele Jeanty
- Grooven mit Violoncello: 8.-12.7. Asja Valcic
- Akkordeon: 8.-12.7. Friedrich Lips
- Americ. & Scott. Drumline: 9.-15.7. Alex Brandstätter
- Music & Film: 9.-11.7. Tony Palmer
- EinKlang im AusDruck: 9.-12.7. Jon Sass & Andrea Latritsch-Karlbauer
- Integriertes Spiel: 10.-17.7. Paul Gulda, Klavier
- Jazz, Funk & More: 14.-21.7. Wolfgang Puschnig, sax; Jean-Paul Bourelly, guit; Jamaaladeen Tacuma, b; Reinhardt Winkler, dr; Klaus Paier, acc (8.-12.7.) Ali Gaggl, voc (17.-24.7.)
- Tanz & Body-Percussion: 15.-20.7. Sapia Nedwed
- SPIELEN!: 15.-22.7. Bertl Mütter
- Tontechnik 17.-24.7. Reinhard Buchta
- Text on the Beat: 17.-19.7. Wolfram Berger & P. Urbanek
- Harfe: 17.-22.7. Monika Stadler
- Gitarre: 20.-25.7. Janec Gregoric
- Komposition: 20.-27.7. Christoph Cech
- Querflöte: 20.-28.7. Michael Martin Kofler
- Oboe: 22.-29.7. Arnaldo de Felice
- Gesang: 22.-29.7. Helena Lazarska

office @ musikforum.at
Tel: 0 463 28 22 41 - Fax: 28 16 26

HANS RAUSCHER

Wir sind da alle gemeinsam drin



Also sprach Alan Greenspan, der frühere Chef der US-amerikanischen Notenbank Fed: „Ja, der Euro ist gescheitert“.

Das wiegt schwer, selbst wenn Greenspans Politik eindeutig die Finanzkrise mitverursacht hat. Man muss allerdings auch hinzufügen, was Greenspan auf die selbstgestellte Frage „Was also tun, wenn man den Euro nicht aufgeben will?“ geantwortet hat: „die politische Union herbeiführen“.

Ach so, wenn es weiter nichts ist. Die Vereinigten Staaten von Europa also. Das werden die europäischen Regierungen und vor allem die Völker ja noch auf die Reihe bringen, oder?

So etwas Ähnliches schon. Das Problem des Euro ist, dass er für finanziell halbwegs solide Staaten genauso gilt wie für notorische Schwindler und Schuldenmacher. Das bekommt man, wenn überhaupt, nur durch eine institutionalisierte gemeinsame Wirtschaftspolitik in den Griff, in der Verstöße auch geahndet werden können. Leider sind aber nicht nur Schwindler und Schuldenmacher das Problem, sondern auch die Existenz von Wettbewerbsfähigen und weniger Wettbewerbsfähigen. Griechenland hat gelogen und geschwindelt, aber im Wesentlichen deshalb, weil es damit die Tatsache übertünchen wollte, dass es viel zu wenig Werte erzeugt, die irgendjemand haben will. Der Euro ermöglichte billige Kredite, mit denen dann ein aufgedunsener Staatsapparat und die Steuermeidung der Griechen finanziert wurde, bis es nicht mehr ging. Wenn man also sogar eine Art politischer Union erreicht, dann bedeutet das zwei Dinge: Die Wettbe-

werbsfähigen können (theoretisch) die weniger Wettbewerbsfähigen zu Reformen zwingen; sie müssen sie aber letztlich auch mitfinanzieren. So wie in den USA der Bund das bankrotte Kalifornien mitfinanziert.

Das bedeutet aber auch, dass die Regierungen (und die Brüsseler Behörden) diesen fundamentalen Wandel in Volksabstimmungen gegen den wütenden Widerstand der Anti-EU-Agitatoren durchsetzen müssten.

Das ist kaum vorstellbar. Es wird also im günstigsten Fall so sein, dass mit weiteren technischen Maßnahmen eine immer engere wirtschaftspolitische Union erzeugt wird: Das heißt dann Fiskalunion, „Schuldentilgungsfonds“ (mit dem die Stärkeren für die überschießenden Schulden der Schwächeren haften und gleichzeitig auf den Abbau drängen) usw.

Warum man sich das antun soll? Weil die anderen „Lösungen“ – Zusammenbruch des Euro, damit auch Beinahezusammenbruch der EU – auch den Stärkeren wie Österreich entsetzlich schaden würden. Der Gedanke, man könnte als kleines, abgeschottetes Land eine ruhige Schrebergartenexistenz führen, selbst in einem dann De-facto-Verbund mit Deutschland (das ist es ja, was Strache und Co heimlich wollen), ist kriminell blöd.

Man könne die Krise nicht überwinden, Mohne ihre Ursachen – zu hohe Staatsschulden, mangelnde Wettbewerbskraft, unseriöses Wirtschaften – anzutasten, sagte jetzt Angela Merkel. Das gilt übrigens ja für die Stärkeren wie Österreich auch, nur ist die Lage noch nicht so dramatisch. Jeder für sich und alle gegen alle ist jedenfalls ein Rezept für die Katastrophe.

hans.rauscher@derStandard.at

Streitobjekt „Nachhaltigkeit“: Ist Rio wirklich eine Reise wert? –

Die Zukunft, die wir wollen

Appell an die Staats- und Regierungschefs, die Konferenz von Rio als zweite Chance für einen „Neustart“ zu begreifen, der den Weg freimacht für eine sozial verträglichere und umweltschonendere Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Foto: Reuters



bei sollte Rio+20 vor allem jenen eine Stimme geben, die wir am seltensten hören: Frauen und junge Menschen. Frauen müssen ein gleichberechtigtes Leben führen können, sie spielen eine zentrale Rolle für wirtschaftliche Dynamik und soziale Entwicklung. Junge Menschen sind das Gesicht unserer Zukunft. Bieten wir ihnen genügend Chancen?

Drittens sollte von Rio+20 ein deutlicher Ruf zum Handeln ausgehen: Stoppt die Verschwendung. Die Erde war freundlich zu uns, die Menschen müssen deshalb die natürlichen Grenzen respektieren. Die Regierungen müssen in Rio darauf drängen, Ressourcen intelligenter zu nutzen.

Weil so viele Herausforderungen global sind, brauchen wir auch eine globale Antwort. Dies ist daher nicht die Zeit für engstirniges Gezänke. Dies ist die Zeit, in der sich die politischen Führer und ihre Völker für ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Zukunft starkmachen müssen: für die Zukunft, die wir wollen.

BAN KI-MOON ist Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Ban Ki-moon

Vor 20 Jahren fand der Erdgipfel in Rio de Janeiro statt, bei dem sich die Staats- und Regierungschefs auf eine ehrgeizige Agenda für eine sicherere Zukunft geeinigt hatten. Sie versuchten das Ziel eines soliden wirtschaftlichen Wachstums, das den Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung entspricht, mit der ökologischen Notwendigkeit zu verbinden, die wertvollsten Ressourcen des Planeten – Boden, Luft und Wasser – zu schützen, und verständigten sich darauf, dass dies nur gelingen könnte, wenn wir das alte Wirtschaftsmodell aufgeben und ein neues erfinden. Sie nannten es nachhaltige Entwicklung.



Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit – Stichwort Green Economy – kann das leisten, was Ökonomen als die drei entscheidenden Faktoren sehen: Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze schafft, in Verbindung mit Umweltschutz und sozialer Teilhabe.

Zweitens soll es bei Rio+20 um die Menschen gehen und um die konkrete Hoffnung auf echte Verbesserungen im täglichen Leben. Die Verhandlungsteilnehmer müssen sich entscheiden, ob sie durch ihre

Beschlüsse eine Welt schaffen wollen, in der es keinen Hunger und keine unterentwickelten Kinder mehr gibt und Lebensmittel nicht mehr vergeudet werden. Da-

ANTONIO FIAN

Kunst und Politik

(Die Parteizentrale der Freiheitlichen Partei Österreichs nach den Nationalratswahlen 2013. Ausgelassene Stimmung. Der Parteivorsitzende Strache und der Generalsekretär Kickl, beide mit Sektgläsern in der Hand, miteinander im Gespräch.)

STRACHE (begeistert): Zweidrittelmehrheit ... Ich hätte es mir in meinen kühnsten Träumen nicht träumen lassen.

KICKL: Manchmal ist die Kunst eben doch auf unserer Seite. Ich muss zugeben, auf die Idee, ein Wahlrecht für Hunde zu fordern, wäre ich ohne „documenta“ nie gekommen.

STRACHE: Ich staune immer noch, dass die anderen zugestimmt haben.

KICKL: Na ja, die SPÖ hat gehofft auf die Schoßhundstimmen, die ÖVP auf die Jagdhunde. Aber „Haxerlhaben statt Hundeleben“ war der richtige Slogan. Nach ersten Analysen haben über achtzig Prozent uns gewählt.

STRACHE: Wichtig war natürlich auch, dass sich die Kampfhunde und die Deutschen Schäfer im Wahlkampf so engagiert haben.

„Wir beißen, wen wir wollen, / und schießen alles an. / Wenn wir wem folgen sollen, / ist Strache unser Mann“ hat schon seine Wirkung gehabt.

KICKL: Trotzdem darfst du morgen auf keinen Fall vergessen, dich bei den Erdbeeren zu bedanken. Ohne Erdbeeren wäre die Zweidrittelmehrheit nie möglich gewesen.

STRACHE: Dein „Erdbeeren wissen es genau: / Ob grün, ob rot, wir wählen blau“ war aber auch genial. Bis auf ein paar verhutzelte Walderdbeeren waren sie geschlossen für uns.

KICKL: Ich glaube, noch wichtiger war: „Österreichische Süße statt spanische Kriese“. Dadurch dass wir „Kriese“ mit langem i geschrieben haben, hat sich auch unsere jugendliche Kernklientel damit identifiziert.

STRACHE (immer noch begeistert): Zweidrittelmehrheit ... Unglaublich ... Das Gesicht vom Schüssel tät' ich jetzt gern sehen.

KICKL: Hast du schon überlegt, was wir damit anfangen?

STRACHE: Nicht wirklich.

KICKL: Als Erstes sollten wir das Frauenwahlrecht abschaffen. Die Analysen sagen, die Frauen hätten uns fast die Zweidrittelmehrheit gekostet.

STRACHE: Ich fürchte, bei den Hunden würde das nicht so gut ankommen.

KICKL: Man muss eben anders argumentieren.

STRACHE: Hast du eine Idee?

KICKL: Noch nicht. Aber vielleicht klapp't über die nächste „documenta“.

(Vorhang)

Material: „Über die politische Intention der Erdbeere“, Süddeutsche, 31. 5. 2012

ERRATA

Das ist natürlich nicht gut gegangen

Die Umwelt ist uns ein Anliegen, nicht nur in der vorliegenden Schwerpunktausgabe. Ökologische Themen im Auge zu haben ist ein Arbeitsprinzip, und mancher Satz verrät, wie sehr wir uns damit auch über Sprachregeln hinweg identifizieren.

Ameyen gehören zu dem Fantastischem, was der Planet Erde zu bieten hat. Da ist Begeisterung zu spüren über das, was die Erde uns gibt. Grammatikalisch gehört das vielleicht nicht zum Fantastischsten, der Ehrenrettung der nützlichen kleinen Haxltiere soll das aber keinen Abbruch tun.

Das Berichtsfeld, als prinzipiell wichtig erkannt, zieht sich durch alle Blattteile. Wir schrieben über eine österreichisch-russische Ausstellung in Moskau, die Staub in den Mittelpunkt stellte, „Dust“. Auf der Suche nach Sponsoren kamen die Ausstellungsmacher an einen heimischen Energieversorger und konfrontierten die Verantwortlichen mit dem Gedanken „ihr macht's Energie aus Müll, wir machen Kunst aus Staub“. Der Titel des Artikels versprach anderes, nämlich Müll aus Energie. Innovation wäre das keine, Kunstprojekt auch keines, das bringen wir alle zuwege.

Hat man große Dinge im Auge, kommen Kleinigkeiten leicht zu kurz. Unter dem rätselhaften Titel „Milliardär Slim setzt Fuß und die Telekom“ schrieben wir über die Pläne des Mexikaners Carlos Slim, in die Telekom einzusteigen.

Die Ernsthaftigkeit seiner Pläne verfestigte sich im Verlauf des Abends, und der Artikel wurde aktualisiert. Erst hieß es „Rätselraten um Carlos Slim und die Telekom“, dann war „Slim setzt Fuß in die Telekom“ gedacht. Das „und“ des ersten Titels verschwand gegenüber der Größe der Nachricht aus dem Blick und wurde erst am nächsten Tag wieder wahrgenommen, als es natürlich zu spät war.

Bleiben wir bei der Natur. Dem gemeinen Redakteur ist diese ja mitunter sehr feind. Das zeigt sich am Rainfarn. Wir haben ihn vorgestellt als einen ökologischen Schutz der Apfelbäume vor dem Apfelwickler, einem Schmetterling: „Farn gegen Falter“. Wir haben gelernt: Rainfarn ist kein Farn, sondern ein Korbblütler, er hat Blüten, keine Sporen, heißt auch Wurmkraut.

Otto Ranftl
Leserbeauftragter
leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

PRÄSIDENTENWAHLEN IN ÄGYPTEN

Defekter politischer Prozess

Gudrun Harrer

Es sind nicht so sehr die Einzelentscheidungen, sondern vor allem deren Kombination, die den Eindruck vermittelt, dass sich Ägypten inmitten eines neuen Militärputsches, der sich diesmal einen Richtermantel umhängt, befindet: Die – von Hosni Mubarak eingesetzten – Verfassungsrichter erklären zwei Tage vor den Wahlen die Präsidentschaftskandidatur von Mubaraks letztem Premier Ahmed Shafik für zulässig; parallel dazu urteilen sie, dass das erste in freien Wahlen gewählte Parlament nicht rechtmäßig sei. Damit ist auch das erst vor drei Tagen von diesem Parlament gewählte Gremium, das die Verfassung schreiben sollte, tot. Laut ägyptischen Medien will der Militär die Rechte aller dieser Institutionen übernehmen.

Nun fehlt in der Tat nur noch, dass Shafik die Wahlen gewinnt. Selbst wenn dies ohne Wahlschwindel vonstatten gehen sollte, das Urteil über seine Präsidentschaft ist bereits gesprochen. Aber abgesehen davon, wer Präsident wird: Eine gesunde demokratische Transition sieht anders aus als Präsidentschaftswahlen ohne Verfassung, mit einem illegalen Parlament und ohne legitime Regierung. Wenn sich der Muslimbruder Mohamed Morsi durchsetzen sollte, würde ein Deal zwischen Islamisten und Militär im Raum stehen. Diese Wahlen haben ihre Legitimität verloren.

Die Frage, ob der Militär wenigstens so klug sein würde, die Umsetzung des Höchstgerichtsurteils dem kommenden Präsidenten zu überlassen, wurde am Freitagabend beantwortet: Die Junta ließ das Parlament schließen. So eilig war es? Wahrscheinlich war den Militärs das Risiko, dass Morsi vielleicht doch die Präsidentschaft nicht verweigert werden kann und er sich dann seinerseits gegen die Verfassungsrichter wendet, zu groß. Denn Neuwahlen unter Einhaltung der Regel, dass Parteikandidaten nicht auf unabhängige Mandate gewählt werden können, würden die Macht der Islamisten, die die stärksten Parteien haben, im Parlament stützen.

Teilnachwahlen sind übrigens deshalb nicht möglich, weil sie erneut anfechtbar wären: Jene Parteimitglieder, die einen unabhängigen Sitz ergattert hatten, wären der Möglichkeit beraubt, auf der Parteiliste ins Parlament zu kommen. Insofern kann man nicht von reiner Willkür der Richter sprechen, die auch früher bereits ähnliche Urteile fällten (die stets verschleppt wurden). Aber in einem defekten politischen Prozess wie in Ägypten geht es nicht mehr um Sachfragen, sondern darum, wie sie benützt werden.

EUROKRISE

Griechenland ist anders

Eric Frey

Man kann es Iren, Portugiesen und Griechen nicht verübeln, dass sie, nachdem Spanien eine Bankenhilfe mit weniger strikten Auflagen erhalten hat, nun ähnliche Erleichterungen für sich fordern. Besonders in Griechenland hat das Brisanz: Dort hofft der Linkssozialist Alexis Tsipras mit solchen Versprechungen auf einen Wahlsieg am Sonntag.

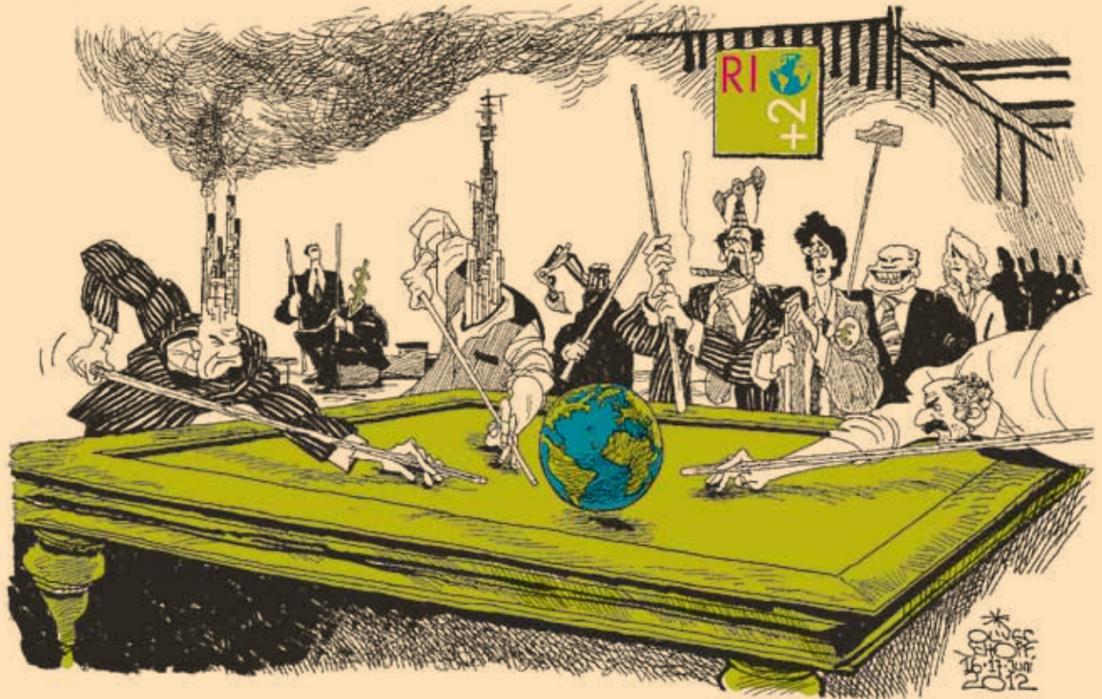
Doch Tsipras verkennt die besondere Lage seines Landes. Spaniens Sparkurs ist politisch verhandelbar, der von Irland und Portugal möglicherweise auch. Aber die tiefen griechischen Einschnitte ergeben sich aus Zwängen der Ökonomie, ja sogar der einfachen Arithmetik.

Der griechische Staat hat trotz aller Sparmaßnahmen immer noch ein Primärdefizit. Das heißt, selbst ohne jede Zinszahlung gibt die öffentliche Hand immer noch mehr aus, als sie einnimmt. Ohne externe Hilfe geht dem Staat in wenigen Wochen das Geld aus. Ebenso unhaltbar ist der Zustand der Volkswirtschaft: Die Griechen haben immer noch ein riesiges Leistungsbilanzdefizit. Sie konsumieren mehr, als sie produzieren – und sind daher auch für ihre alltäglichen Ausgaben von Finanzspritzen abhängig.

Das macht Griechenland zum Sonderfall in der Eurozone. Es gibt für das Land keinen echten Sanierungsplan; ihm fehlt auch die industrielle Grundlage für eine Ankurbelung der Exporte, die die anderen Schuldnerstaaten aus der Krise führen können. Und der Kollaps der Steuereinnahmen als Folge des Sparkurses zeigt, wie schwach der griechische Staat ist. Jahre des Elends sind für die Griechen daher programmiert. Ihre einzige Chance ist eine radikale Senkung der Lohnkosten, also eine bewusste Politik der Verarmung auf Jahrzehnte – oder der Exit aus dem Euro.

Das gilt für kein anderes Euroland; für die gibt es – wenn auch steinige – Wege zur Gesundung. Vor allem Italien ist trotz der schwachen Wirtschaft in einer viel besseren Lage, denn seine hohen Schulden sind zumeist eigenfinanziert.

Die Botschaft, dass Griechenland anders ist, sollten nicht nur die Wähler hören, bevor sie am Sonntag abstimmen, sondern auch die Märkte. Denn wenn Athen die Währungsunion sofort oder später verlässt, dann ist die größte Gefahr, dass eine Panik auf andere Länder übergreift, für die es keinen Grund zum Ausstieg gibt. Dieses Szenario hätten die Brandschutzmauern des Rettungsschirms eigentlich verhindern sollen. Da diese nicht wirken, wird die Zukunft des Euro von der Einsicht der Märkte abhängig sein.



derStandard.at/Cartoons

Vorwahl-Szenen

Während sich Europa um den Euro sorgt, schachert Wien um Posten

Alexandra Förderl-Schmid

In Europa machen sich Politiker Sorgen um die Entwicklung des Euro, jene in Österreich um das Schicksal von Werner Muhm, Klaus Schierhackl und Markus Beyrer. Im Schatten der Eurokrise hat sich in Österreich eine Koalitionskrise zusammengebraut, bei der es nicht nur um Posten geht, sondern um die Positionierung vor der nächsten Wahl. In der SPÖ kursieren bereits Planspiele über eine Vorverlegung der für Herbst 2013 vorgesehenen Wahl. Die Überlegungen dabei: Die ÖVP steckt in einem Dauertief, die FPÖ im Korruptionssumpf, der sich durch die Stiftungskalamitäten Martin Grafts noch verdickt. Die Grünen konnten bisher nicht vom Sauberkeitsnimbus profitieren.

Die SPÖ steht in Umfragen auf Platz eins, und Bundeskanzler Werner Faymann fällt nicht weiter auf: Er entzieht sich weitgehend der Aufgabe des Werbens für politische Standpunkte, der sich andere Regierungschefs in Europa stellen. Auf die innenpolitischen Baustellen schickt er seinen Staatssekretär Josef Ostermayer. Immer wenn Ostermayer auftaucht (wie am Dienstag im *Ö1-Morgenjournal*), ist Alarmstufe Rot in der Koalition; immer wenn Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny in der *ZiB 2* auftaucht, gilt es an der Euro-Front zu kalmieren.

Dass sich auch die ÖVP auf die Wahl und die Zeit danach vorbereitet, zeigt nicht nur ihre Blockade der Wiederbestellung von Arbeiterkammer-Chef und Kanzlerberater Muhm für den Generalrat der Nationalbank – gefeilscht wird auch um die Vertragsverlängerung des ÖVP-nahen Asfinag-Vorstands Schierhackl, gegen den die SPÖ eine frühere Mitarbeiterin des Finanzministeriums in Stellung bringt. Durch den auch für die ÖVP völlig überraschenden fluchtartigen Abgang von Verstaatlichtenholding-Chef Beyrer eröffnen sich nun neue Möglichkeiten für das Postengeschachere. Der frühere Schlüssel-Sekretär hat sich den Problemen bei der Telekom und den Fragen nach seinen vom Konzern finanzierten Jagdausflügen entzogen: Österreich diskutiert über Beyrers Exit nach Brüssel, der Rest Europas über Grexit, den Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone.

Eine Schlüsselrolle beim Feilschen kommt Finanzministerin Maria Fekter zu, die bisher Muhms Bestellung blockiert hat und durch Beyrers Abgang auch im Nationalbank-Generalrat in

Zugzwang gerät. Wenn, wie von Fekter bisher gewünscht, das Gremium verkleinert werden soll, dürfte die ÖVP Beyrers Sitz nicht nachbesetzen. Mit Beyrers Exit flammte der Streit zwischen ÖVP und SPÖ wieder auf, ob man die ÖIAG angesichts der inzwischen überschaubaren Staatsbeteiligungen noch braucht, zumal die Jahresgage des Chefs von 20 Mitarbeitern stolze 500.000 Euro beträgt.

Mit Auftritten, bei denen sich Fekter dem Ausland als „unguided missile“ präsentiert, positioniert sie sich innenpolitisch: als Alternative zu Michael Spindelegger nach einem Wahl-

desaster der ÖVP. Auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner wartet auf seine Chance. Die Grünen wiederum bringen sich durch ihr Mitgehen bei Regierungsvorlagen wie dem Rettungsschirm ESM in Position für eine Koalitionsbeteiligung und grenzen sich von der Rabiatoopposition à la FPÖ und BZÖ ab. Wie unsicher die FPÖ derzeit ist, zeigt Heinz-Christian Strache zur Causa Graf: Er schwankt von verkappten Rücktrittsaufforderungen zu Durchhalteparolen und zurück.

In Europa wartet man auf eine Lösung der Eurokrise, in Österreich auf einen Wahltermin.

KOPF DES TAGES

Ein Mann, der stets nur vorwärtsdachte



Oleg Blochin machte Dynamo zum Synonym für Kiew. Foto: EPA

Der Hälfte-Gastgeber der Fußball-EM hat trotz des 0:2 im zweiten Gruppenspiel gegen Frankreich noch realistische Chancen auf den Einzug ins Viertelfinale. Die Ukraine, die seit geraumer Zeit wahrlich nichts zu lachen hat, erlebt eine Phase der Freude, ja der Hoffnung.

Der Hoffnungsträger ist – spätestens seit dem 2:1 zum Auftakt gegen Schweden – ein älterer Mann, der im November seinen 60. Geburtstag feiert und als eher mürri-scher Zeitgenosse gilt: Oleg Blochin, seit dem Vorjahr wieder Coach der Ukraine. Bei allem Zwist, welcher die Ukraine hin und her beutelt, war eines von Anfang an allen klar: Zur Heim-EM coachen konnte das Team nur Blochin, dessen Name schon in den 1970er-Jahren einen echten Wohlklang hatte. Auch oder gerade im Westen.

Oleg Blochin entstammte einer gut situierten Sportlerfamilie. Der Vater war Trainer im Fußballverband, die Mutter sowjetische Meisterin über 100 Meter Hürden. Von ihr erbe er den Antritt, den Waleri Lobanowskij als Trainer nutzte, um die schönste sowjetische Fußballmannschaft zu formen: Dynamo Kiew.

Von 1969 bis 1988 erzielte Linksaßen Blochin in 433 Pflichtspielen 211 Tore. Siebenmal wurden Dynamo

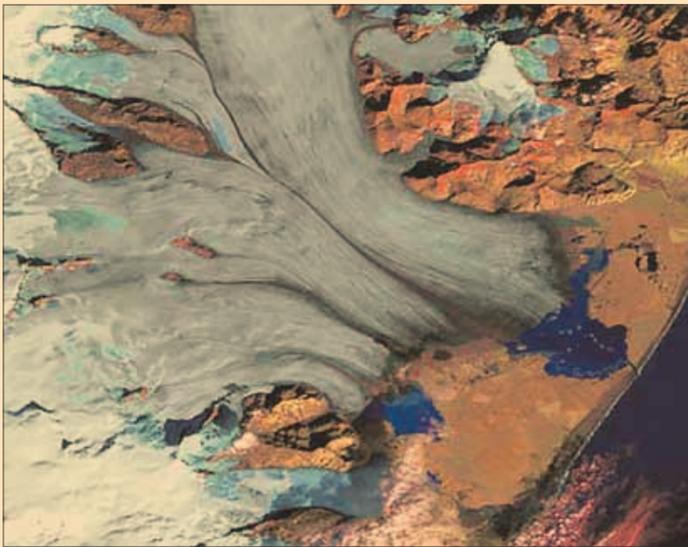
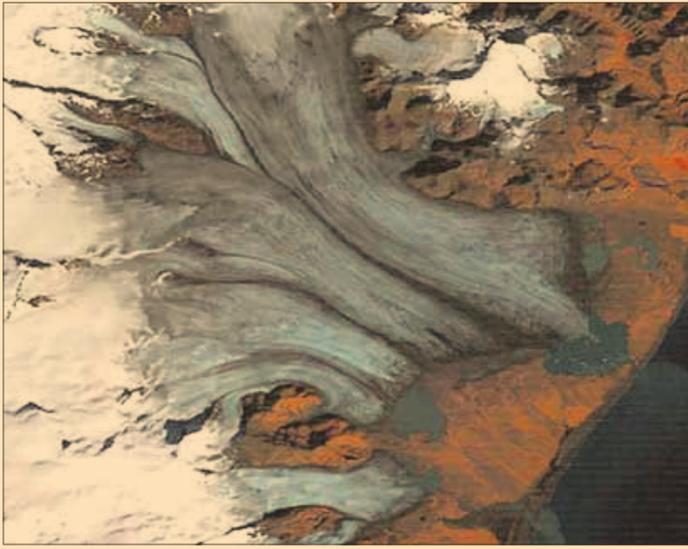
und er – „Blokha“, das heißt bei 1,80 Metern erstaunlicherweise: Floh – sowjetischer Meister, dreimal Cupsieger. Von 1973 an war er dreimal en suite sowjetischer Fußballer des Jahres, 1975 europäischer Fußballer des Jahres. Es war jenes Jahr, als Dynamo den Cup der Cupsieger gewann, ein Erfolg, den die Kiewer 1986 wiederholen konnten.

In all diesen Kiewer Erfolgsjahren bemüht sich Europas Spitzenklubs um das Ausnahmetalent. Er hätte wohl – no na – durchaus gewollt. Aber: „Es hätte nur einen Weg gegeben: vollständig zu emigrieren, meine Familie und meine Eltern zurückzulassen.“ Das wollte er

den Seinen, Gattin Irina Deriugina, Gymnastik-Weltmeisterin, und Tochter Irischa, nicht antun.

Also ging er erst 1988 in den Westen. Dann aber gleich in die zweite österreichische Liga, zu Vorwärts Steyr, wo er in 41 Spielen neun – aufsteigssichernde – Tore erzielte, um sich dann noch ein Jahr im zyprischen Limassol zu verdienen. Bis 2002 tingelte er coachend durch Griechenland, übernahm dann das ukrainische Team, führte es bei der WM 2006 ins Viertelfinale.

Und genau das soll am Dienstag gegen England wiederholt werden. Zumindest das. Wolfgang Weisgram



1973–2001

Ende des 19. Jahrhunderts reichte der Breiðamerkjökull, eine Gletscherzunge des Vatnajökull (Island), der größten Eiskappe Europas, noch bis ans Meer. Heute ist er drei Kilometer davon entfernt. Die Aufnahmen stammen von 1973 und 2001. „Der globale Gletscherrückgang ist eine der wenigen deutlichen Folgen, die auf den Klimawandel zurückgehen“, sagt Reinhard Böhm (ZAMG). Er rät zur Vorsicht bei der Bewertung vermeintlich erschütternder Bilder: „Die meisten Fotovergleiche früherer Gletscherzungen mit den kläglichen Resten gehen zurück ins 19. Jahrhundert.“ In den Alpen beispielsweise habe der Gletscherrückgang aber bereits um 1850 begonnen – also lange, bevor der anthropogene Treibhauseffekt spürbar wurde. (max) Fotos: Picturedesk

▷ Fortsetzung von Seite A 1
folgte die Privatisierung der späteren Pleitebanken Landsbanki und Kaupthing. Von Anfang an waren Kreditinstitute und Fischerei verzahnt: Ein großer Fischproduzent, Samherji, war Großinvestor bei Landsbanki und Kaupthing. Burdardar Investment Group, Miteigentümer der Landsbanki, gehörten zahlreiche Zulieferbetriebe. Das erste große Geld machten Banken mit Krediten an Fischer.

Bescheidene Banker

Die Zentrale der Landsbanki in Reykjavík ist kaum größer als ein Postamt. Im Foyer des dreistöckigen Gebäudes hängen riesige Ölgemälde, die Bauern bei der Feldarbeit zeigen. Alles wirkt klein und überschaubar. Kaum vorstellbar, dass hier der Finanzkollaps des Landes seinen Ursprung nahm. Der Chef der Landsbanki, Steinthor Pálsson, ist ein unprätentiöser Banker. Der blonde Riese wurde 2010 eingesetzt, um im Kriseninstitut aufzuräumen. „Die Krise hat uns gelehrt, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Eine isländische Bank kann nicht am Weltmarkt konkurrieren“, sagt er.

Das war nicht immer die Leitlinie seiner Bank: Nachdem der Inlandsmarkt abgesteckt war, folgte in den 90ern die internationale Expansion der Banken. Ab jetzt war die Finanzbranche der Wachstumsmotor des Landes und nicht mehr die Fischerei. Der Schwanz wedelte mit dem Hund. Der Boom machte manche reich. Islands Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte sich in der Expansionszeit.

Als 2008 die Banken kollabierten, hatten sie Schulden in Höhe des Zehnfachen der Wirtschaftsleistung angehäuft. Der Staat verweigerte – im Gegensatz zu Irland und Spanien heute – die Rückzahlung dieser Gelder und ließ Gläubiger seiner Kreditinstitute Verluste erleiden. Das war der Beginn des eigenwilligen, ja im Vergleich zu Europa radikalen Weges. In einer Volksabstimmung sprachen sich die Menschen dagegen aus, niederländische und britische Sparer, die von den hohen Zinsen angelockt wurden, für ihre Verluste zu entschädigen. Diese Ent-

scheidung hat London und Amsterdam verärgert und Island vielleicht den Weg in die EU versperrt. Doch den Isländern war das egal. Sie sprachen sich bei einer zweiten Abstimmung erneut gegen die Beitrittsperspektive aus.

Doch es gab noch ein Problem: Die isländischen Banken hatten so erfolgreich ausländische Investoren angelockt, dass der Abzug ihres Vermögens die Landeswährung Krone zum Kollabieren gebracht hätte. Also führte Island – mit Billigung des Internationalen Währungsfonds – ein in Zeiten des globalisierten Geldverkehrs vergessenes Instrument ein: Kapitalverkehrskontrollen.

Seitdem ist es Isländern verboten, Kronen ins Ausland zu schaffen und Fremdwährungen zu importieren. Sie dürfen keine Investitionen im Ausland tätigen und keine ausländischen Aktien erwerben. Island hat sich abgeschottet. Sollte Griechenland aus dem Euro austreten, werden auch dort Kapitalkontrollen unvermeidlich.

Doch während sich ein EU-Land kaum abkapseln kann, löste Island sein Geldsystem vom Rest der Welt ab.

Bis 2015 soll diese Abkapselung andauern. Die Maßnahme stößt nicht nur auf Zustimmung. Prominente Ökonomen wie Ragnar Arnason bezeichnen das System als „Schnapsidee“. Sie beklagen die bürokratischen Hürden: Wer ausländische Arbeiter anstellen oder Autos importieren will, muss sich auf einen bürokratischen Kleinkrieg einlassen, um die Genehmigungen zu erhalten. Doch Island hat die Maßnahme Stabilität gebracht. Die Wirtschaft wächst wieder, im Februar hat die Ratingagentur Fitch das Land heraufgestuft. „Wir wollen mit diesem System nicht ewig leben. Im Moment funktioniert es“, sagt Jan Karlsson, ein Mitarbeiter in der Notenbank.

Nachdem die größten Auf-räumarbeiten im Finanzsektor abgeschlossen sind, wendet sich die

Regierung den Fischern zu. Sie sind neben der Aluminiumindustrie und dem Tourismus der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes. 40 Prozent der Exporte sind Makrelen, Kabeljau und andere Meerestiere. „Ein Fischbestand ist für ein Land so viel wert wie eine Ölquelle“, sagt der Ökonom Arnason. „Der Unterschied ist: Wenn der Bestand gut verwaltet wird, versiegt die Quelle nie.“

Und der Bestand wurde gut verwaltet: Er hat sich seit der Einführung des Quotensystems erholt. Doch unter den Fischern brodelt es. „Das System hat zu einer Verteilungskrise geführt“, sagt Jóhann Guðmundsson aus dem Fischereiministerium. Der Freihandel mit den Quoten hat zu einer Marktkonzentration geführt. Die fünf größten Betriebe halten mehr

als ein Drittel der Fangquote. Weil manche Bootsbesitzer ihre Rechte veräußerten, verfügen viele Gemeinden über keine Fangrechte mehr. Orte an den Westfjorden wie Thingeyri, die jahrhundertlang vom Fischfang lebten, sind von ihrer wichtigsten Einkommensquelle abgeschnitten.

Niels Arsaellsson aus dem abgelegenen Ort Tálknafjörður an der Westküste zählt zu den Verlierern des Systems. Der Isländer meint, bis in das Jahr 870 n. Chr. nachweisen zu können, dass seine Vorfahren Fischer waren. Mit ihm endet die Tradition. Arsaellsson besaß einen Betrieb mit mehreren Booten, sein Kapital reichte nicht, „um mit den Großen mithalten zu können“. Erst verlor er Marktanteile, 2007 pfändete ihn die Bank. Seither schlägt er sich als Gelegenheitsarbeiter durch. Er hat sogar wieder etwas Geld, kann aber keine Fangquote am Markt erwerben.

Das neue Gesetz, das den Zorn der Branchengrößen hervorruft, soll Abhilfe schaffen. Erstmals möchte sich der Staat selbst eine Quote geben, um sie an Fischern wie Arsaellsson vermieten zu können. Zudem soll die Handelbarkeit der Quoten begrenzt werden. Und die Regierung möchte zur Sanierung des Haushaltes eine hohe Steuer auf die Fischereirechte erheben. Bisher wurden die Quoten für wenig Geld ausgegeben.

Der isländische Fischereiverband warnt, die Industrie werde durch den Eingriff zerstört. Fischer wie Arsaellsson unterstützen das Paket grundsätzlich, fordern aber noch weitergehende Eingriffe. Selbst das Parlament ist gespalten. Präsident Ólafur Ragnar Grímsson schlug vergangene Woche eine Volksabstimmung vor, um die Pattstellung zu beenden. Wie der Konflikt auch ausgehen mag: Der Umgang Islands mit der Krise sorgt international für Diskussionen. Nobelpreisträger Paul Krugman empfiehlt der EU, sich das Modell anzusehen. Vor kurzem hat der Internationale Währungsfonds eine Analyse veröffentlicht. Titel des Papiers: „Islands unorthodoxe Politik weist einen alternativen Weg aus der Krise.“

Wie der Konflikt auch ausgehen mag: Der Umgang Islands mit der Krise sorgt international für Diskussionen. Nobelpreisträger Paul Krugman empfiehlt der EU, sich das Modell anzusehen. Vor kurzem hat der Internationale Währungsfonds eine Analyse veröffentlicht. Titel des Papiers: „Islands unorthodoxe Politik weist einen alternativen Weg aus der Krise.“



András Szigetvari studierte Jus und Politikwissenschaften in Wien und Paris. Er ist seit 2007 Redakteur beim STANDARD und arbeitet seit 2009 im Wirtschaftsressort.

„In Island gibt es immer noch Caffè Latte“

Jón Gnarr ist der witzigste Bürgermeister der Welt. Ein Gespräch über Kabarettisten, isländische Nahtoderfahrungen und globale Verteilungsgerechtigkeit. Von András Szigetvari

STANDARD: Sie sind als Komiker und Kabarettist zum Bürgermeister Reykjavíks gewählt worden. Welcher Job gefällt Ihnen besser?
Gnarr: Mir hat mein früherer Job viel besser gefallen! Ich komme aus der kreativen Welt und bin in die logische Welt gewechselt. Hier gibt es für Kreativität keinen Platz. Ich muss mich an alle Anstandsregeln halten, aufpassen, was ich sage, was ich tue. Es ist mir kaum noch möglich, spontan zu sein.

STANDARD: Ihre Partei Besti Flokkurinn hat bei den Gemeinderatswahlen 34 Prozent der Stimmen erzielt. Wie ist das möglich für eine Bewegung ohne Programm?
Gnarr: Wir haben im Wahlkampf das Finanzsystem und das politische Establishment verspottet. Das Leben ist inzwischen so kompliziert geworden, dass eigentlich keiner mehr versteht, was um uns herum passiert. Das System des globalisierten Finanzkapitalismus überschreitet doch die Grenzen des Nachvollziehbaren. Diejenigen, die so tun, als ob sie die Din-

ge begreifen würden, werden Politiker (*lacht*). Mit diesen Gedanken haben wir gespielt. Darüber hinaus haben wir Dinge, die wir für Reykjavík erreichen möchten. Das größte Problem der Stadt ist, dass sie Autofahrern gegenüber zu freundlich ist. Ich würde gerne mehr Freizeitmöglichkeiten für Familien schaffen. Mehr Grünflächen, mehr Bäume.

STANDARD: Spüren die Menschen die Krise noch?

Gnarr: Ja. Die Zukunft ist unsicher, wir wissen nicht, was mit unserer Währung passiert. Aber die Krise war in Island nicht so verheerend wie in anderen Ländern. Es gibt hier keine geschlossenen Geschäfte und keine Massenarbeitslosigkeit. Vielleicht liegt das daran, dass Island so klein ist und wir bessere Wege gefunden haben, mit der Krise umzugehen als der Rest Europas. Wir haben bestimmte Möglichkeiten, die sich aus unserer Unabhängigkeit und Abgeschlossenheit ergeben.

STANDARD: Haben sich die Einstellungen der Menschen verändert?

Gnarr: Wir haben eine Nahtoderfahrung gemacht. Alle dachten, diese Krise bedeutet unser Ende. Es wusste keiner, was nach dem Zusammenbruch der Banken geschehen würde. Die Leute fragten sich: Werden wir jetzt von einer Bank geschluckt und zur Goldman-Sachs-Republik? Mit der Zeit stellte sich heraus, dass sich gar nicht so viel geändert hatte. Island

fiel in eine Rezession. Ich habe mich gefragt, was das für den Einzelnen bedeutet. Ich habe mich entschieden, dass eine für jeden spürbare Rezession in dem Moment eintritt, in dem man sich keinen Caffè Latte mehr bestellen kann, wenn sich die Leute das nicht mehr leisten können. Aber in Island gibt es immer noch Caffè Latte (*lacht*). Wir trinken sogar sehr viel davon.

STANDARD: Also eine Nahtoderfahrung ohne Folgen?

Gnarr: Das habe ich nicht gesagt. Das Leben hat sich nicht so sehr geändert, die Einstellungen schon. Die Krise hat uns vorsichtiger und demütiger gemacht. Die Isländer waren immer Opportunisten. Das hat die Lebensweise im Norden mit sich gebracht: Man muss ein Opportunist sein und jede Chance ergreifen, um hier überleben zu



Freund der Eisbären: Gnarr. F.: Reuters

können. Vor Jahrhunderten ging es darum, ein Tier schnell genug zu töten, vor zehn Jahren waren die Möglichkeiten, auf die sich alle stürzten, im Bankensektor. Wir konzentrieren uns jetzt auf unsere eigenen Belange. Dieses Experiment mit der weiten Welt ist ja irgendwie gescheitert.

STANDARD: Ist Island nicht langweiliger geworden? In der Oberliga der Globalisierung spielt das Land nicht mehr mit.

Gnarr: Das Land ist interessanter geworden. Seit der Krise gibt es besondere Aufmerksamkeit für lokale Fragen, was ich spannend finde. Sie können jedes Thema nehmen, etwa das mit den Fischern. Reykjavík arbeitet gerade daran, ein neues Spital zu errichten. Vor der Krise hätte das niemanden interessiert. Jetzt diskutieren alle darüber. Auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit reagieren die Menschen viel sensibler.

STANDARD: Wie lange wird das anhalten?

Gnarr: Ich weiß nicht. Menschen brauchen Katastrophen, um reifer zu werden.

Jón Gnarr, 1967 in Reykjavík geboren, hat sich in jungen Jahren als Taxifahrer und Musiker durchgeschlagen. Nach ersten Auftritten im Radio ist er als Schauspieler in Fernsehserien und Komödien berühmt geworden. 2010 wurde er zum Bürgermeister Reykjavíks gewählt. Gnarr zählt zu den beliebtesten Politikern Islands. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder.

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidhuber (Titel, Ich frage mich ...), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen).
Mitarbeiter: Wojciech Czaja.
Sekretariat: Esther Hecht.
Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsurs, Magdalena Wallner.
E-Mail: album@derStandard.at

„Grüner Konsum ist keine Lösung“

Der Anthropologe und Konsumforscher **Daniel Miller** im Gespräch über Konsumkritik, Opferrituale und die Macht der Dinge.
Von **Andrea Roedig**.

Daniel Miller macht sich gerne die Finger schmutzig. Der britische Anthropologe hat sich tief in das vergraben, was seit den späten 80er-Jahren unter dem Namen „material culture studies“ firmiert, und nichts mag er lieber, als die feine akademische Theorie in den „Matsch und die Dunkelheit des Alltagslebens hinunterzuziehen“. In seinen Studien geht es Miller meist um Dinge, um „stuff“, wie er es nennt, Zeugs also, er beforschte Tongefäße in Indonesien, Saris in Indien, Coca-Cola in Trinidad, Mobiltelefone und Autos auf Jamaika oder Kücheneinrichtungen in London. In einer Studie, aus der das Buch *A Theory of Shopping* hervorging, folgte er etlichen Familien in den Supermarkt, um zu sehen, was von wem und warum für den täglichen Gebrauch eingekauft wird.

Miller unterlegt seinen Forschungen eine „Theorie der Dinge“, die er anhand seines Materials immer wieder darlegt. Sie besagt einerseits, dass – entgegen aller moralischen Empörung über oberflächlichen Materialismus – Dinge Medien der Beziehung sind. In diesem Sinne ist Papua-Neuguinea nicht materialistischer als Großbritannien. Ein zweiter Pfeiler seiner Theorie ist die Überzeugung, dass Dinge eine eigenständige Handlungskraft besitzen. Dinge machen Menschen mindestens ebenso, wie Menschen Dinge machen.

Alle Themen, die Miller bearbeitet, verweigern sich einer einfachen Konsumkritik genauso wie einer Konsumeuphorie. Von Millers rund 30 Büchern wurden bisher nur zwei ins Deutsche übersetzt, *Der Trost der Dinge* (2010) und *Weihnachten* (2012). In diesen Tagen erscheint sein neues Buch *Consumption and its Consequences* bei Polity Press.

STANDARD: Herr Miller, Ihre Bücher sind von großem Mitgefühl für Menschen und ihr Verhältnis zu Dingen geprägt. Mit Ihren Thesen, wie zum Beispiel „Einkaufen ist Liebe“ oder „Menschen, die Dinge mögen, sind sozialer als solche, denen Dinge unwichtig sind“, richten Sie sich gegen eine landläufige und zu einfache Verachtung des Konsums. Was ist falsch an der

Konsumkritik? Sie scheinen sie verlogen zu finden ...

Miller: Alle Konsumkritiker, die ich kenne, leben auf einem so hohen Verbrauchsniveau, wie es für jede vorhergehende Generation unvorstellbar gewesen wäre. Da kann man schon auf die Idee kommen, dass Konsumkritik scheinheilig ist. Die Taten der Kritiker entsprechen einfach nicht ihren Worten, und trotzdem halten sie nicht ihre eigenen Parolen für flach und verirrt, sondern nur die Auffassung anderer Menschen. Am schönsten zeigt Kim Humphrey diese Widersprüche in seinem Buch *Excess* auf.

STANDARD: Machen Sie denn keine Ausnahme?

Miller: Doch, es gibt einige Arten der Konsumkritik, die ich stark unterstütze, zum Beispiel die sozialistische Kritik der Ungleichheit. Die ungerechten Teilhabemöglichkeiten am Konsum in den meisten Ländern der Erde muss man scharf kritisieren. Zudem bin ich für klare Verbote von Gütern, deren Herstellung und Verbrauch den Klimawandel mitverantworten. Ich glaube nicht, dass die Lösung der Umweltprobleme in einer „Wahl des Lebensstils“ liegen kann und darin, dass Menschen sich für „grünen Konsum“ entscheiden. Der Umgang mit Natur ist zu ernst, als dass er einer Wahl überlassen werden könnte.

STANDARD: Das heißt, hier muss die Politik die Verantwortung für den Konsum übernehmen?

Miller: Die richtige Antwort auf den Klimawandel kann nur in internationalen Verordnungen liegen. Man muss schädliche Formen der Produktion verbieten und sicherstellen, dass die Beschränkung für die Armen wie für die Reichen gilt. So sollten zum Beispiel gar keine Autos über einer bestimmten Motorengröße hergestellt und gefährliche Chemikalien gleich am Anfang des Produktionsprozesses verboten werden.

STANDARD: Oft geht Konsumkritik mit Kapitalismuskritik Hand in Hand. Glauben Sie, man müsste beides voneinander trennen?

Miller: Ich glaube sogar, dass diese beiden Kritiken sehr wenig miteinander zu tun haben und dass sie getrennt werden sollten. Die Hauptprobleme des Kapitalismus, vor allem sein Hang zur Ungleichheit und zu unethischem Verschweigen der Finanzinteressen, haben nichts mit Konsumtion zu tun. Umgekehrt würden die Probleme des Konsums, wie etwa die Entfremdung in der massiven Konsumkultur, auch dann existieren,



„Dinge machen Menschen ebenso, wie Menschen Dinge machen“, sagt Daniel Miller. Manche Menschen treffen dann eine Entscheidung. Wie etwa die Österreicherin Sandra Krautwaschl (Foto), deren Selbstversuch, ohne Plastik zu leben, nun in einem Buch nachzulesen ist: „Plastikfreie Zone. Wie meine Familie es schafft, fast ohne Kunststoff zu leben“ ist gerade als Taschenbuch bei Heyne erschienen.

Foto: dapid

wenn die Produktionsweise eine andere als eine kapitalistische wäre. In meinem Buch *Consumption and its Consequences* entwickle ich meine eigene Kritik der politischen Ökonomie, die zu zeigen versucht, dass Kapitalismus komplexer und in der Tat auch vielfältiger ist, als es die traditionellen Kritiken des Kapitalismus glauben machen. Sie entwerfen eine „dialektische Theorie der materiellen Kultur“ und begreifen den Prozess der Moderne als widersprüchlich. Die Konsumgesellschaft führt daher gleichzeitig zu Selbstverwirklichung und Entfremdung, sie birgt Fortschritt und Zerstörung.

STANDARD: Es mehren sich aber Klagen über psychische Erschöpfung, alles sei zu viel und gehe zu schnell. Scheinbar können sich die Menschen nicht endlos an ein konstant wachsendes Angebot an Gütern und Ideen anpassen. Oder etwa doch?

Miller: Mein Mitgefühl mit den Menschen hat mit meiner Auffassung von Anthropologie als einer ihrem Wesen nach empathischen Disziplin zu tun. In meinem Buch *Digital Anthropology* (2012) argumentiere ich, dass wir eine anthropologische Herangehensweise an diese Phänomene brauchen. Denn erstaunlicher als die Geschwindigkeit der digitalen Kultur selbst ist unsere Fähigkeit, sie

so schnell als selbstverständlich in unser alltägliches Leben zu integrieren.

STANDARD: Als Vertreter der „material culture studies“ erforschen Sie die Effekte materieller Umgebungen. Sind digitale Daten „Dinge“ oder etwas anderes?

Miller: Es ist eine Illusion zu glauben, dass das Digitale immateriell sei. Von den Bausteinen der Computer bis hin zu den strukturellen Begrenzungen von Facebook gibt es genauso viele materielle Hemmnisse im Digitalen wie im Nicht-Digitalen. Manche Dinge werden jetzt mehr und manche weniger greifbar. Wir müssen das Digitale als eine rasche Entfaltung der „Dialektik der Kultur“ verstehen und dabei dem grundsätzlichen Argument folgen, mit dem wir auch schon die dialektische Verfassung der vor-digitalen Konsumkultur erklärt haben – die Entwicklungsprozesse sind immer widersprüchlich. Es liegt immer noch etwas Unheimliches in materiellen Dingen und dem Zauber, den sie auf uns ausüben können.

STANDARD: Was, glauben Sie, sind die tieferen anthropologischen Gründe für das Misstrauen gegenüber dem Materialismus? Haben wir Angst, von den Dingen überwältigt zu werden?

Miller: Die Kritik am Materialis-

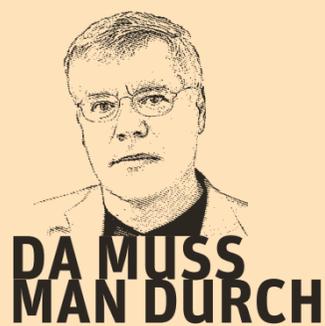
mus ist so alt wie das Opferritual, das ja früher in menschlichen Gesellschaften allgegenwärtig war. Bevor wir etwas verbrauchen, wollen wir die heiligen Ursprünge jener Welt versöhnen, die wir im Akt des Konsumierens aufzehren werden. Konsumtion nimmt der Welt etwas weg, während Produktion ihr etwas hinzufügt. Es ist daher gar nicht erstaunlich, dass wir die Konsequenzen fürchten.

STANDARD: Worin liegt denn der wesentliche Unterschied zwischen einer Konsumkultur und einer Nicht-Konsumkultur in der Beziehung zu Dingen?

Miller: Der Unterschied ist, dass wir in der Konsumkultur jene Beziehung zu den Dingen verlieren, die wir hatten, als wir selbst noch in den Prozess ihrer Herstellung eingebunden waren. Und wir sollten nach Wegen suchen, an dieses Gespür und die Hingabe an das Einzelne wieder anzuknüpfen. Das könnte durch so etwas wie „produktive Konsumtion“ geschehen.

Daniel Miller, 1954 geboren, studierte Archäologie und Anthropologie an der University of Cambridge. Heute lehrt er am University College in London Ethnologie. Konsumforschung gehört zu seinen

Schwerpunkten. Zuletzt erschien „Consumption and its Consequences“ (Polity Press, 2012). Sein Buch „Weihnachten. Das globale Fest“ ist auf Deutsch 2011 bei Suhrkamp erschienen.



DA MUSS MAN DURCH
Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Der Wiener Proll, der Primus inter Proles. Eine Begegnung im Beisl.

Kürzlich kam ich im Beisl neben einem Wiener Proll zu sitzen. Der Proll war betagt, aber nicht gebrechlich, sondern vom solariumsgebräunten, lebenslustigen Typus mit dem sexy in den Nacken gekämmten Haarschlurf, dessen Enden ölig sich nach außen wölben. Nach dem Essen entfernte der Proll mit Daumen und Zeigefinger eine Fleischflachse aus den Schneidezähnen, er sagte mehrfach „Heast“ und auch einmal „Oasch“ und erzählte seinem Tischnachbarn den Witz von der Grabennutte, dem Papagei und dem Krokodil.

Natürlich sagte er nicht „Krokodil“, sondern „Groggodüü“, ein

in meinen alten Vorarlberger Ohren wunderbar baatzwaach klingendes Wiener Wort, das mir einen linguistischen Lustschauer über den Rücken trieb. Ein so ein Wirtshausproll, der sozial und psychisch ganz mit sich im Einklang lebt, ist doch eine feine Sache, ganz besonders dann, wenn es sich um einen Wiener handelt. Prolls gibt es in ganz Österreich, doch das gewisse Etwas hat nur der Wiener Proll. Meiner Meinung nach macht ihn das zum Primus inter Proles.

Selbstverständlich erweckt der selbstbewusste Proll bei den anderen Klassen Neidgefühle, außer vielleicht bei den Adeli-

gen. Die bleiben in aller Regel lieber Baron und Graf, als Proll zu werden (deshalb gibt es auch nur wenige adelige Müllkutscher bei der MA 48). Umso größer ist der Neid auf den Proll in der Mittelklasse, der sozialen Heimstätte der Klemmis und Zwinglis. Ich kenne massenhaft Möchtegern-Prolls aus der Mitte. Einer von ihnen hat sich zum Beispiel aus dem Kleinbürgertum zum Sektionschef hochgerackert. Heute täte er nichts lieber, als seinen Minister nach Tisch einmal nicht mit „Mahlzeit“ zu begrüßen, sondern ihm so laut ins Büro zu rülpfen, dass dem Minister das Heinz-Fischer-Bild

von der Wand fällt und das Perpendikel der Standuhr vor Schreck stehenbleibt. Leider ist der Sektionschef durch eine gediegene schulische Sozialisation (Theresianum, Lycée usw.) verbildet, und so wird ihm dieser Überraschungscoup nie gelingen.

Es gibt ja auch keine Institutionen, wo er seine öden Spießersitten systematisch verlernen könnte. In Österreich haben wir Fachhochschulen fürs Nägelschneiden und fürs Schwammerlbrocken, allein die FH für die unfeine proletarische Art vermissen wir bitterlich. Völlig unverständlich, dass noch niemand diese Marktlücke gefüllt hat.



Die grüne Stadt: Auf dem künstlich aufgeschütteten Eiland Songdo gibt es viel Technologie und keine Müllautos – allerdings auch noch kein wirkliches städtisches Leben.

Foto: Czaja

Grün Ding braucht Weile

Am Stadtrand von Seoul entsteht eine ökologische Musterstadt, die dem Meer abgerungen wurde: Songdo New City. Sieht so die Zukunft urbanen Lebens aus? Von Wojciech Czaja

Die Sonne scheint, fröhliche Menschen sitzen unter einer ziemlich großen Pergola, die mit Fotovoltaikpaneelen verkleidet ist, essen und trinken, im Hintergrund Radfahrer und ballspielende Kinder. Plötzlich biegt lautlos ein koreanisches Elektroauto um die Ecke. Stimme aus dem Off: „Songdo. Where future happens.“

Für die Songdo New City – so der offizielle Name – wird eifrig die Werbetrommel gerührt. Während die modernen KTX-Hochgeschwindigkeitszüge mit 300 km/h durch die Landschaft brettern, wandert der Fernsehspot alle paar Minuten über den Flatscreen. Songdo, was übersetzt so viel heißt wie „Zwergkieferninsel“, ist ein 800 Hektar großes künstlich aufgeschüttetes Eiland am südwestlichen Stadtrand Seouls, rund 40 Kilometer und mehr als 30 U-Bahn-Stationen von der Innenstadt entfernt. Und es ist der derzeit größte Stolz der südkoreanischen Wissenschaftler und Planer.

Das Kooperationsprojekt des koreanischen Stahlunternehmens Posco E&C, des viertgrößten Stahlherstellers weltweit, und des amerikanischen Real Estate Developers Gale International mit Sitz in New York, ist die erste bereits realisierte Smart City der Welt. Rund 20 Milliarden Euro wird man am Ende in die Zukunftsstadt insge-

samt investiert haben. Dass das größte Konkurrenzprojekt, Norman Fosters Masdar City in Abu Dhabi, seit der Finanzkrise mehr oder weniger auf Eis liegt, wirkt sich auf die Stimmungslage der Südkoreaner nicht gerade negativ aus.

„Songdo ist das Exempel einer modernen, futuristischen Stadt“, sagt Angela Hong von der Incheon Development & Tourism Corporation (IDTC), die für die Vermarktung der Retortenstadt zuständig ist. „In manchen Punkten haben wir uns an der klassischen europäischen Stadtplanung orientiert. Was für die einen altmodisch ist, kann für die anderen eine Revolution sein.“

Das Straßennetz ist dicht, die Fahrbahnen sind verhältnismäßig schmal, die Gehsteige und Radwege dafür umso breiter, und überall Bänke, Bäume, blühende Büsche. Aufgelockert wird das Ganze von ein paar Plätzen und einem 40 Hektar großen „Central Park“ mit künstlichem See, Wassertaxis und Tretbootverleih. Eine Idylle wie aus dem Almanach für Stadtplanung. Fragt sich nur: Wo sind die Menschen? Und was ist smart an alledem?

„Die Metropolregion Seoul stößt mit ihren 25 Millionen Einwohnern allmählich an ihre topografischen und geografischen Grenzen, daher war klar, dass man eines Tages neues Land gewinnen muss“, erklärt Tom Murcott, Vizepräsident von Gale International, auf Anfrage des STANDARD. „Bei so einem großen Projekt ergibt sich die einmalige Chance, neue technische Entwicklungen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft und Stadtplanung einfließen zu lassen.“

Das flache Neuland, das mit einigen namhaften Software- und Hardware-Unternehmen wie etwa Arup, Cisco, LG, 3M und United

Technologies entwickelt wurde, verfügt in allen Wohnungen und öffentlichen Gebäuden über „Telepresence“, ein neuartiges Kommunikationstool mit hoher akustischer und optischer Qualität, über Real-Time-Fahrpläne für U-Bahn und Busse, die online ersichtlich sind, sowie über Regen- und Salzwassernutzung.

Die wohl ungewöhnlichste infrastrukturelle Errungenschaft betrifft jedoch die Müllentsorgung: Stinkende Müllwagen wird man hier niemals zu Gesicht bekommen, denn die gesamte Müllentsorgung funktioniert unterirdisch und vollautomatisch über ein eigenes entwickeltes pneumatisches Unterdrucksystem.

Müllentsorgung per Rohrpost

„Im Grunde genommen ist das nichts anderes als ein klassisches Rohrpostsystem, wie man es im vorigen Jahrhundert immer wieder in Bürogebäuden verwendet hat“, sagt James von Klemperer, Chefarchitekt bei Kohn Pedersen Fox Associates (KPF) in New York, das für den Masterplan der Songdo New City verantwortlich ist. „Nur eben ein bisschen größer und ein bisschen weiter.“ Auf Knopfdruck wird der Mist durch die halbe Stadt gejagt, wo er am Ende in einem Kraftwerk zur Biogasgewinnung genutzt wird.

Ein Musterbeispiel für ökologische Stadtplanung – bloß warum ist von der im Film versprochenen Solarenergienutzung nichts zu sehen? Und wo sind die vielen E-Bikes oder E-Autos, mit denen im ganzen Land geworben wird und auf die man so sehnsüchtig wartet? „Diese Technologien sind leider noch nicht zur Genüge ausgereift“, so von Klemperer. „Die Ausbeute von Fotovoltaik ist noch viel zu gering, eine solche Anlage würde sich in Südkorea erst innerhalb von 20 Jahren rentieren. Und solange die koreanischen Autohersteller kein serienreifes Elektroauto produzieren, sind uns die

Hände gebunden.“ Mit dem ersten Stromwagen am Markt werde sich die Situation ändern.

Bis dahin begnügt man sich mit einem ausgebauten Fuß- und Radwegnetz sowie strengen ökologischen Richtlinien für die Architektur. Sämtliche Bürotürme verfügen über begrünte Atrien, die die Luftfeuchtigkeit regeln. Das zentrale Konferenz- und Ausstellungszentrum „Convensia“ und das benachbarte Luxushotel Sheraton sind bereits nach LEED-Kriterien zertifiziert. Eines Tages, so jedenfalls laut der Traum von Gale International, wolle man eine LEED-Zertifizierung für die ganze Stadt erreichen.

Auch um kulturelle Nachhaltigkeit ist man in Songdo bemüht. In der Mitte der Stadt steht das Hello Kitty Planet, ein Ausstellungshaus für die weißen Cartoon-Katzen. Daniel Libeskind hat ein Luxus-Shoppingcenter geplant, das demnächst in Bau gehen soll. Und

der Schweizer Pritzker-Preis-Träger Peter Zumthor hat nach Auskunft von KPF ein Museum für zeitgenössische Kunst entworfen. Noch ist das Projekt nicht ausfinanziert.

Wunderbare Zukunft. Doch die Gegenwart sieht anders aus. Von den geplanten 70.000 Einwohnern, die hier eines Tages leben sollen, sind erst 22.000 vor Ort. Bis Jahresende wolle man 5000 weitere anziehen. „Wenn man bedenkt, dass hier vor zehn Jahren noch Meer war und dass die Stadt erst seit kurzem existiert, dann haben wir schon viel erreicht“, sagt Gale-Chef Tom Murcott. „Und ich bin mir sicher, dass Songdo eines Tages die smarteste Stadt der Welt sein wird.“ Denn eines dürfe man bei aller „Smartness“ nicht außer Acht lassen: „Eine grüne Stadt zu bauen bedarf nicht nur Architektur, Infrastruktur und Technologie, sondern vor allem Zeit.“

www.songdo.com



Pläne für die grüne Zukunft: Wohn- und Bürohochhäuser am Rande des Central Parks. Eines Tages sollen hier 70.000 Menschen leben. Visualisierung: IDTC

Vorsicht! Nachhaltiger Lesestoff

Unvorhersehbare Extremereignisse und vorhersehbarer Entwicklungen, unerforschte Stoffe und erforschte Schlagworte. Die Bücher zur Stunde anlässlich des Erdgipfels.

Keine Normalität mehr

Wenn von Extremereignissen die Rede ist, denken wir meist ans Wetter, das aufgrund des Klimawandels „verrückter“ spielt als bisher. Dem in Wien lebenden Komplexitätsforscher und Bestsellerautor **John Casti** geht es in seinem dieser Tage erschienenen Buch *X-Events* allerdings um etwas ganz anderes: nämlich um kaum vorhersehbare Katastrophen, die der extrem komplexen technologischen Infrastruktur unserer Gesellschaft geschuldet sind. Denn die ermöglicht nicht nur unseren hohen Lebensstandard, sondern macht uns auch für Extremereignisse wie globale Pandemien, Zusammenbrüche des Internets oder der Stromversorgung oder den Kollaps des Finanzsystems anfällig. Und so wie das Wetter nicht mehr „normal“ ist, so gibt es auch für unsere globalisierte Gesellschaft keine „Normalität“ mehr.

In elf spannenden und blendend geschriebenen Fallstudien macht Casti klar, dass diese X-Events zwar nicht wahrscheinlich, aber doch nicht völlig ausgeschlossen sind. Einige der geschilderten Szenarien – wie etwa die mögliche Selbstzerstörung der Erde durch die Erzeugung kleinster Teilchen am Cern – mögen allzu spekulativ anmuten, doch etliche der Fallstudien sind durchaus dazu angetan, sich – jenseits des 2012-Apokalypse-Karnevals – gewisse Sorgen zu machen. Was *X-Events* neben seinen literarischen Qualitäten aber vor allem lesenswert macht: Casti fasst sich auch damit, wie man das Unvorhersehbare womöglich doch vorhersehen und vielleicht sogar verhindern könnte oder was geeignete Gegenmaßnahmen wären, wenn sie einträten. So fühlt man sich nach der Lektüre immerhin mental etwas besser vorbereitet auf jene hoffentlich nie eintretenden X-Events – auf die man sich per definitionem nur schwer vorbereiten kann. *Klaus Taschwer*



John Casti, „X-Events. The Collaps of Everything“. US-\$ 26,99. William Morrow, New York 2012

Ein Grundsatzwerk

Nachhaltigkeit ist als Schlagwort in aller Munde. Erstmals taucht der Begriff 1713 in der Forstwirtschaft auf. Der sächsische Oberberghauptmann Carl von Carlowitz beschreibt das Ziel, ökonomische Erwägungen mit dem Faktor Natur in Einklang zu bringen.

Was steckt heutzutage hinter dem Schlagwort? Die Autoren arbeiten am renommierten Karlsruher Institut für Technologie und beschäftigen sich seit Jahren mit dem Thema, in das sie sehr grundsätzlich einführen. **Armin Grunwald** und **Jürgen Kopfmüller** beschreiben wesentliche Meilensteine – darunter auch den „Weltgipfel von Rio und die Folgen“.

Die beiden Wissenschaftler zeichnen Kontroversen nach, schildern Messparameter und zeigen Umsetzungsmöglichkeiten auf: von der lokalen Ebene wie den Agenda-21-Strategien bis zum Global-Governance-Modell. Interessant sind Querverbindungen etwa zu den Weltreligionen.

Am Ende stellen die beiden Autoren Thesen auf, in welchen Bereichen aus ihrer Sicht dringender Handlungsbedarf besteht. In dem in der Campus-Studium-Reihe erschienenen Buch, das für die zweite Auflage aktualisiert wurde, ist alles sehr solide und gut nachvollziehbar aufbereitet. Manchmal sind die Beiträge aber allzu trocken.

Alexandra Förderl-Schmid



Armin Grunwald / Jürgen Kopfmüller, „Nachhaltigkeit“. € 17,40 / 279 Seiten. Campus-Verlag, Frankfurt / New York 2012

Unerforschte Stoffe

Kunststoff umgibt uns überall, mittlerweile auch an Stellen, wo wir ihn nicht vermuten würden. Bei Büchern etwa, die nicht nur aus Papier und Leim bestehen, sondern auch aus Dispersionsklebern, laminierten Buchdeckeln und der Plastikfolie, mit der sie verschweißt sind. Der Dokumentarfilmer **Werner Boote** hat uns in seinem Film *Plastic Planet* bereits 2009 eindrucksvoll vorgeführt, mit welchem vielschichtigen, aber für die Welt noch relativ neuem und deswegen in seinen Auswirkungen oft noch unerforschten Material wir es hier zu tun haben. Seine beunruhigenden, international

zusammengetragenen Ergebnisse zum Thema gibt es seit 2010 auch in Buchform. Gemeinsam mit dem Wiener Publizisten **Gerhard Pretting** hat der Regisseur seine Recherche aus 15 Ländern, sprich den Suktus aus 400 Stunden Filmmaterial über die Kulturgeschichte, die aggressiv wachsende Branche und die gesundheitlichen Risiken dieses Stoffs publiziert, ergänzt durch ein sehr aufschlussreiches Glossar und einen Schlussteil, der Konsumenten mögliche Auswege aus dem Dilemma aufzeigt. Erschienen ist das Kompendium im deutschen Verlag Orange Press, der sich auf das Thema Nachhaltigkeit spezialisiert hat. Bei Orange Press sind über die Jahre immer



wieder die Bücher zu den thematisch einschlägigen österreichischen Dokumentarfilmen erschienen, etwa zu Erwin Wagenhofers Film von 2005 *We Feed the World* (das Buch von Wagenhofer und Max Annas erschien 2006, ist aber vergriffen), gefolgt von *Let's Make Money*, wo sich Wagenhofer auf die Spuren des Geldes begeben hat. Das Buch von Caspar Dohnem erschien 2008. *Mia Eidlhuber*

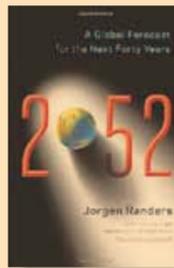


Gerhard Pretting, Werner Boote, „Plastic Planet. Die dunkle Seite der Kunststoffe“. € 20 / 223 Seiten. Orange Press, Freiburg 2010

Die kommenden 40 Jahre

Als der US-Ökonom Dennis Meadows 1972 in *Die Grenzen des Wachstums* vor einer ungezügelter Ausbeutung des Planeten warnte, wurde er zynisch als „Prophet des Weltuntergangs“ bezeichnet. Die Situation ist nicht besser geworden, im Gegenteil. Der norwegische Ökonom **Jorgen Randers**, damals Koautor des Club-of-Rome-Berichts, legte kürzlich eine Bilanz zu den damaligen Vorhersagen vor 40 Jahren vor und wagte eine Vorschau auf die kommenden 40 Jahre. Dieser pessimistische Bericht, *2052: A Global Forecast for the Next Forty Years*, liegt nun in Englisch vor. Wieder enthält er Beiträge führender Wissenschaftler, Ökonomen und Zukunftsforscher. Fazit: Wenn mit den Ressourcen der Erde weiterhin so ungehemmt umgegangen wird wie bisher, droht der Erde bis spätestens 2100 der Kollaps. Auf zu vielen Ebenen sei das System mittlerweile ausgereizt; „business as usual“ sei deshalb in Zukunft nicht mehr möglich.

Größtes Sorgenkind der Wissenschaftler: der Klimawandel. Da die Menschheit derzeit zweimal so viel Treibhausgas ausstößt, wie Wälder und Meere imstande sind zu absorbieren, geht jährlich eine gigantische CO₂-Menge in die Atmosphäre. Erst ab 2030 nehmen die Treibhausgasemissionen ab, viel zu spät, wie Randers anmerkt. Dafür, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, wie international als noch akzeptabel angesehen wird, ist es damit zu spät. Randers sieht viele Konflikte auf dem Weg bis 2052. Dennoch erwartet er einen neuen Zeitgeist: Die Kultur des Konsums wird verpönt, nachhaltiges Wirtschaften „in“. *Johanna Ruzicka*



Jorgen Randers, „2052: A Global Forecast for the Next Forty Years“. A Report to the Club of Rome. € 25, Chelsea Green Publishing 2012

Nachhaltiger Garten Eden

Die Herausforderung, urbane Ballungszentren zu attraktiven, lebenswerten, ökologisch nachhaltigen und autarken Lebensräumen zu formen, steht permanent im Fokus von Architekten, Städteplanern und Landschaftsdesignern. Zukunftsweisende Beispiele moderner Utopien und Realisierungen subsumierten die Architektin **Alexandra Dallinger** und der Journalist **Bernhard Ecker**. In ihrem opulent illustrierten Opus *Garten Design* präsentieren sie angesichts 36 exemplarischer Gärten zukunftsweisende Gestaltungsideen für das Wohnen im Freien. Credo der von den „Gärtnern von Eden“ designten Gärten und Parkanlagen ist, den Charakter der Bewohner widerzuspiegeln. Unter dem Aspekt der Ästhetik arrangierter Kompositionen halten die scheinbar unspektakulären Ansichten in überraschend formaler Genauigkeit die Natur im Einklang mit dem Menschen fest. Das können archaisch-kontemplative Bestandsaufnahmen von wildwuchernden Gärten sein oder von penibel geplanten und gezirkelten Einheiten. Fest steht, dass die Architektur sich stets von der Natur inspirieren lässt. Unabhängig von modischen Baustilen haben Grünräume rund um Privathäuser, Wohnhausanlagen und öffentliche Areale beträchtlich an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt auch wegen einer ökologisch geprägten Betrachtungsweise. Im Einklang mit der Natur soll das Wohnen im Freien sein. Die sorgsam geplanten Außenräume sind keine bloßen Erfindungen auf dem Reiß-

brett, sie sind etwas Organisches, in dem die Fantasien der Bewohner, die baulichen Gegebenheiten und die Möglichkeiten des Raums zusammengewachsen sind. Nachhaltigkeit ist hier nicht Schlagwort, sondern Realität.

Gregor Auenhammer



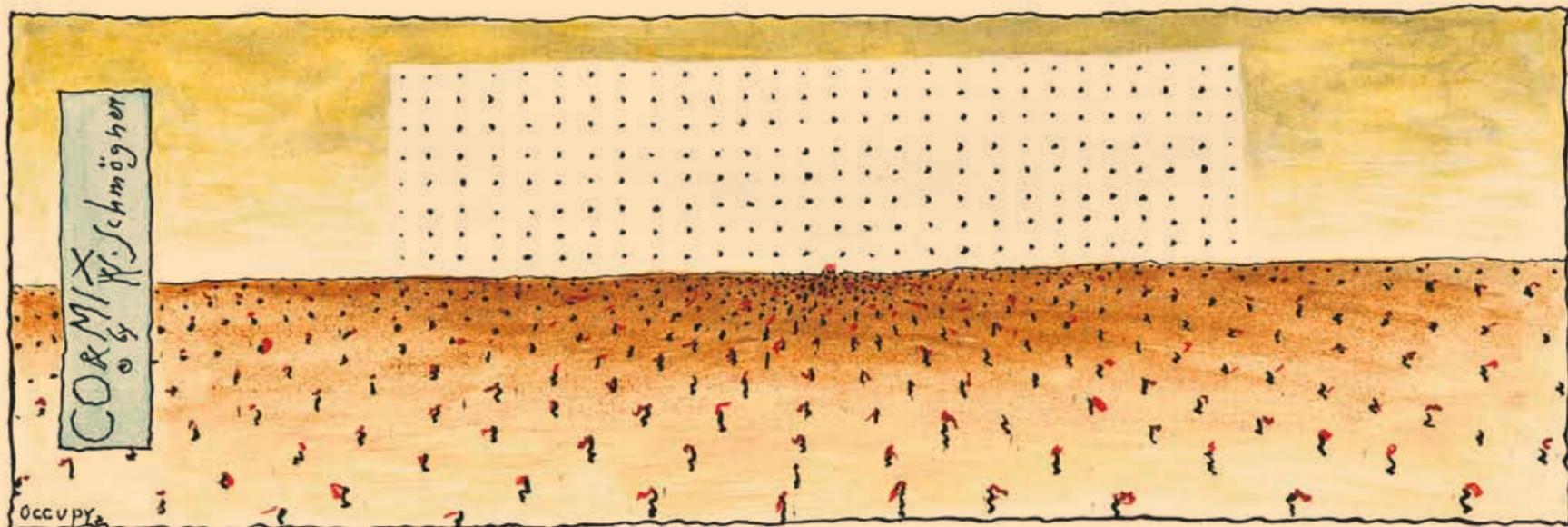
Alexandra Dallinger / Bernhard Ecker / Miguel Tres, „Garten Design“. € 50,- / 208 S., Brandstätter-V., Wien 2012

Island ist überall

Als der junge isländische Schriftsteller **Andri Snær Magnason** sein Buch *Traumland. Was bleibt, wenn alles verkauft ist?* 2006 in Island herausbrachte, war Islands Bankenkrise noch in einigermaßen weiter Ferne. Prophetisch, mag man da urteilen, aber eigentlich nur logisch gedacht, wie der Autor, dessen Buch in Island „einschlug wie eine Bombe“ (Björk) und Rekordauflagen erreichte, aufgezeigt hat, was mit seiner Heimat passiert, die lange für unwirklich schöne Landschaften und unberührte Geysire (und allenfalls sphärische Popmusik) stand und heute für Staatsbankrott und Naturzerstörung steht. Vielleicht weil Island als Insel so klein und überschaubar ist, zeigt das Buch Entwicklungen auf, die die ganze Welt betreffen, oder besser: betreffen sollten. Wie immer geht es um kurzfristigen Profit und die langfristige Ausbeutung der Natur. Konkret darum, Island, von rund 30.000 Menschen bewohnt, zum größten Aluminiumhersteller der Welt zu machen. *Traumland* ist ein persönliches und gleichermaßen poetisches Sachbuch – und ein Appell (nicht nur an die Isländer!), im Namen des Wohlstands nicht alles aufs Spiel zu setzen und an einer alternativen Zukunft zu arbeiten. Auf Deutsch erschienen ist das Buch bereits 2010, rechtzeitig zum Island-Schwerpunkt der Frankfurter Buchmesse, wieder beim Freiburger Verlag Orange Press – klein, aber fein und unschlagbar in Sachen nachhaltiger Lesestoff. Im Herbst folgen weitere Titel zum Thema: *Kaufen für die Müllhalden. Das Prinzip der geplanten Obsoleszenz* und *More than Honey. Zukunft ohne Bienen?* *Mia Eidlhuber*



Andri Snær Magnason, „Traumland. Was bleibt, wenn alles verkauft ist?“ € 20 / 285 Seiten. Orange Press, Freiburg 2010



Wie geht es der Erde?

Sprüche wie „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ sind Unsinn. Wir haben die Erde von niemandem geborgt! Dass wir uns aus Wasserflöhen entwickelt haben, war Zufall und retrospektiv betrachtet ein Fehler der Natur.

Von Kurt Palm

Der Witz ist alt, aber gut: „Triffst ein fremder Planet die Erde und fragt: ‚Wie geht es dir?‘ Sagt die Erde: ‚Nicht gut, ich habe Homo sapiens.‘ Darauf der fremde Planet: ‚Keine Angst, das geht vorüber.‘“ Der tiefere Sinn dieses Witzes dürfte sein, dass die Erde auch sehr gut ohne uns Menschen auskommt. Aus diesem Grund sind Sprüche wie „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ Unsinn. Wir haben die Erde von niemandem geborgt!

Dass sich der Homo sapiens aus Wasserflöhen entwickelt hat, war Zufall und retrospektiv betrachtet ein Fehler der Natur. Da man diese Entwicklung aber nicht mehr rückgängig machen kann, müssen wir uns eben, so gut es geht, auf dieser Erde einrichten. Und dass es nicht so gut geht, zeigt sich auch im Kontext der „Deklaration von Rio“. In dieser Deklaration wurde erstmals global das Recht auf nachhaltige Entwicklung verankert. Als unerlässliche Voraussetzungen für eine solche Entwicklung wurden vor allem die Bekämpfung der Armut, eine angemessene Bevölkerungspolitik, Verringerung und Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen sowie die umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse genannt.

Vergleicht man diese Deklaration von 1992 mit der Realität des Jahres 2012, zeigt sich, dass Konferenzen dieser Art sinnlos sind. Solche Zusammenkünfte dienen in erster Linie dazu, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Jetzt findet in Rio also die Folgekonferenz statt, wieder werden Regierungsvertreter und „Experten“ Phrasen dreschen, um anschließend in ihre Flugzeuge zu steigen und zurück an ihre reich gedeckten Tische zu fliegen.

Dass Barack Obama erst gar nicht nach Rio kommt, ist verständlich. Was sollte er dort sagen? Dass die USA für den Irakkrieg bisher fast vier Billionen Dollar ausgegeben haben, jährlich aber 8,8 Millionen Menschen an

Hunger sterben? Soll er verkünden, dass in den USA bei Hinrichtungen auf dem elektrischen Stuhl künftig Ökostrom verwendet wird? Oder soll der Chef des Nestlé-Konzerns zugeben, dass zwar ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu adäquaten Trinkwasserquellen hat, sein Unternehmen in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern aber Quellgebiete und Wasserrechte aufkauft, das entnommene Grundwasser mit Mineralien anreichert und das in Flaschen abgefüllte Wasser unter dem Namen „Pure Life“ an die lokale Bevölkerung weiterverkauft?

Soll der McDonald's-Boss über Strategien seines Konzerns im Bereich Corporate Responsibility berichten und erklären, dass McDonald's seine Firmenfarbe von Rot auf Grün gewechselt hat, um damit ein sichtbares Bekenntnis zum Umweltschutz abzugeben? Ist doch alles Unsinn.

Vor einigen Jahren war ich in Mali und habe dort einige Dogondörfer im Bergland von Bandiagara besucht. In Dörfern wie Telim oder Wallia gibt es weder Strom noch Fließwasser, und die Beschäftigung der Menschen besteht darin, ihr tägliches Überleben zu sichern. Umgeben sind diese Dörfer mit ihren Lehm- und Holzhütten von Brachland, auf dem ausgelegte Kühe, Schafe und Ziegen

kaum noch etwas zum Fressen finden. Wenn ich den Menschen dort erzählt hätte, dass infolge der Rio-Konferenz in Paris 1994 die „Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung“ beschlossen wurde, hätten sie mich ausgelacht. Sidi Bamadio, unser einheimischer Begleiter, berichtete, dass die Gegend früher fruchtbar war und es genügend Wasser gab. Heute aber müssen die Kinder kilometerweit

kaum noch etwas zum Fressen finden. Wenn ich den Menschen dort erzählt hätte, dass infolge der Rio-Konferenz in Paris 1994 die „Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung“ beschlossen wurde, hätten sie mich ausgelacht. Sidi Bamadio, unser einheimischer Begleiter, berichtete, dass die Gegend früher fruchtbar war und es genügend Wasser gab. Heute aber müssen die Kinder kilometerweit

Wenn ich hierzulande dann eine Werbung für „BIORAMA. FAIRFAIR. Fashion. Design. Food Market for Sustainable Products“ sehe, frage ich mich, was sich ein Flüchtling aus einem solchen Dorf wohl denken würde.

Da ich für die Zubereitung meines Strudelteigs eine normale Rama, und keine Bio-Rama verwende, wäre ich auf einer solchen Messe auch fehl am Platz, was jetzt nicht heißen soll, dass ich in meinem Alltag nicht nachhaltig handeln würde. Beispielsweise komme ich mit meinem Labello-Stift eine Woche länger aus als jeder normale Verbraucher, weil ich den Stift nicht wegwerfe, wenn er scheinbar leer ist, sondern mit einer Beißzange den Innenstift zerdrücke und die Labello-Reste mit einem Zahnstocher herauskratze, um sie auf die Kuppe des blauen Außenstifts zu schmieren. Auf diese Weise kann ich mir meine Lippen locker eine Woche länger eincremen. In 40 Jahren verbraucht man mit dieser Methode zwölf Labello-Stifte weniger, was einer Gesamtersparnis von 24 Euro gleichkommt. Das ist nicht besonders viel, aber bei 100 Millionen Labello-Benutzerinnen und -Benutzern kämen 2,4 Milliarden Euro zusammen, die man zum Beispiel notleidenden Bankdirektoren spenden könnte, damit die nicht verhungern.

Stolz bin ich auch auf mein 40-Jahr-McDonald's-Boycott-Jubiläum, das ich demnächst feiern werde. Im August 1972, als der Begriff „sustainable development“ noch mit „kraftgebende Entfaltung“ übersetzt wurde, beschloss ich während eines Ferientaufenthalts in Los Angeles nach dem Besuch eines McDonald's-Ladens nämlich, diese Art der Nahrungsaufnahme für den Rest meines Lebens zu verweigern. In mein Tagebuch schrieb ich damals: „In einem Land, in dem sich der Großteil der Bevölkerung von McDonald's-Fraß ernährt, ist der geistige Verfall nicht aufzuhalten.“

In der Zwischenzeit ist McDonald's mit seiner „Systemgastronomie“ in mehr als 100 Ländern vertreten und macht in 32.000 Restaurants einen jährlichen Umsatz von 23 Milliarden Dollar. Obwohl mein McDonald's-Boycott nicht zu viel bewirkt haben dürfte, werde ich auch in Zukunft keine „Happy Meals“ konsumieren. In erster Linie

Für mich ist McDonald's ein Synonym für den weltumspannenden Konsumterror des Großkapitals, den man verharmlosend „Globalisierung“ nennt, womit nichts anderes gemeint ist, als dass ein Hamburger in Wien genauso schmecken muss wie in Hongkong. Dass so eine Gleichschaltung der Massen erfolgt, versteht sich von selbst. Wie der Hamburger weltweit genormt ist, soll auch der Konsument genormt sein. Der „moderne“ Mensch muss in die-



2001–2005

„Aus Satellitendaten kann man ableiten, wie groß Abfluss und Fließgeschwindigkeiten der Gletscher Grönlands sind“, sagt Wolfgang Schöner. 2001 bis 2005 hat etwa der Helheim-Gletscher stark an Masse verloren. Mögliche (noch nicht verifizierbare) Gründe dafür: Schmelzwasser vom Inneren des Kontinents oder die Temperatur des Meerwassers. „Grönland müsste komplett abschmelzen, damit der Meeresspiegel um die oft kolportierten sechs Meter ansteigt“, ergänzt Böhm. „Das wird aber erst in ein paar Tausend Jahren der Fall sein.“ (max)Fotos: Picturedesk

sem System seine Individualität auf den Altären der Konsumtempel opfern, weil dieses System sonst zusammenbrechen würde. Damit der Konsument erst gar nicht auf die Idee kommen könnte, bei McDonald's Teil eines zerstörerischen Systems (Regenwald, Sojaproduktion etc.) zu sein, wird so getan, als würde er als Individuum ernst genommen. Aus diesem Grund suggeriert McDonald's in seinen aggressiven Werbekampagnen ja auch ständig, dass jeder Junk-Food-Junkie Teil einer großen, glücklichen Familie ist.

Der Dramatiker, Whisky-Trinker und Zigarrenraucher Heiner Müller hat diesen neuen Typus von Konsumenten so beschrieben: „In den McDonald's-Läden sitzt schon eine neue Menschenrasse, die begeistert Scheiße konsumiert. Da sitzen nur noch Zombies, und die an diese neue Welt gewöhnten Kinder brauchen weder Kunst noch Literatur oder Theater und werden nie im Leben auf die Idee kommen, dass das für sie interessant sein könnte. Oder dass irgendein Gedanke interessant ist, der sich nicht unmittelbar in Hamburger umsetzen lässt.“

So gesehen ist es logisch, dass McDonald's durch strategische Partnerschaften mit Großkonzernen wie Coca-Cola oder Disney seine wirtschaftliche Vormachtstellung als umsatzstärkste Fast-food-Kette auch ideologisch absi-

chert. McDonald's ist nicht nur der größte Abnehmer von Coke-Produkten, sondern verkauft in Kombination mit Kindermenüs weltweit auch die meisten Kinderspielsachen. So sollen die Kleinsten an ein Essen gewöhnt werden, das garantiert nicht gesund ist. I'm hating it. Dass im Westen fast 30 Prozent der Bevölkerung übergewichtig sind und gleichzeitig alle drei Sekunden ein Mensch an Hunger stirbt, hängt mit den Strukturen des internationalen Kapitalismus zusammen. Solange Konzerne wie McDonald's, Coca-Cola, Nestlé etc. weltweit eine derartige Vormachtstellung einnehmen, wird sich an diesem skandalösen Missverhältnis nichts ändern. Da können in Rio noch so viele Beschlüsse gefasst werden.

Kurt Palm, geb. 1955 in Vöcklabruck, Studium der Germanistik und Publizistik in Salzburg. Seit 1983 als Autor und Regisseur tätig. Er schrieb Bücher über Brecht, Stifter, Joyce, Mozart, Fußball und Palm-

samstage. Drehte Kinofilme und inszenierte zahlreiche Opern und Theaterstücke im In- und Ausland. Palm lebt in Wien. Zuletzt erschien der Roman „Die Besucher“ (Residenz, 2012). Foto: Corn



GESCHÜTTELT, NICHT GERÜHRT

Von Julia Rabinowich



Ein Mittsommernachts-
traum, Synchronizität
und Kühlbananen.

Während ein FPÖ-Politiker ausnahmsweise nur in den Wald geht, um dort bärig unter medialem Beifall Lebensbejahendes zu tun, statt Jugenddummheiten zu begehen, zurrut Putin erste Diktaturanzeichen straff an seine Fahnen. Und setzt die Segel. In eine neue alte Richtung. Destination Archipel Gulag. All inclusive.

Den ersten Probestrick spielte er schon zuvor, als plötzlich nach den Kaukasien neue Sündenböcke gefunden worden waren. Und zwar sehr praktische, da von diesen Gegnern weder Gewalt noch Bombenanschläge als Gegenmaßnahme zu erwarten waren: die Homosexuellen. Öffentliches gleichgeschlechtliches Küssen kann nun als Strafdelikt

geahndet werden. Öffentliches gleichgeschlechtliches Knutschen könnte demgemäß bald mit 100 Peitschenhieben bestraft werden. Öffentlich gleichgeschlechtlicher Geschlechtsverkehr vermutlich den Korb unter der Guillotine einbringen, Todesstrafe plus Verbannung bis ins siebte Glied. Es gab verhaltene Proteste, allerdings eben nur verhaltene. Dass Mitglieder der Gruppe Pussy Riot immer noch zu juristisch äußerst unklaren Haftbedingungen einsitzen, hat man schon fast wieder vergessen, so üblich ist eine solche Form der Repression geworden. Demonstrationen werden unter fadenscheinigen Begründungen aufgelöst. Oppositionelle werden verdroschen und abgestraft,

manche zu drakonischen Strafen verurteilt. Die Demonstranten lassen sich dennoch nicht einschüchtern, aber die Lage kann jederzeit weiter eskalieren. Es gibt Anlassgesetzgebung und es wird weitere Anlassgesetzgebung folgen.

Europa hingegen sieht lupenrein erstaunt zu, während weitere Dominosteine sich auf lustiges Wackeln und Tanzen einschwingen. Manche freuen sich daran, denn manchen spielt das günstig in die Hände, dieses Wackeln. Dieses Schwanken. Während des Schwankens verschieben sich Grenzen, wie sich auch bei heftigen Erdbeben die Landschaft verschieben kann. Anstandsgrenzen. Geduldsgrenzen. Toleranzgrenzen.

Österreich zum Beispiel bebte lustig vor sich hin und sieht keinen Anlass zur Anlassgesetzgebung, obwohl ein Dritter Nationalratspräsident in großem Stile Dinge tut, für die Tony Wegas wesentlich zügiger bestraft worden wäre. Ein Handtascherl ist dem Grafen zu gering. Für den Grafen soll es Stiftungen regnen. Oder gekühlte Bananen. Womit wir nun die schwierige Quadratur des Kreises erfolgreich wieder beendet hätten. Und mit dem Betreten der Bananenrepublik sowohl in Russland als auch in Österreich angekommen sind. Und somit im Handumdrehen die gottgleiche Gabe der Bilokation bewiesen haben. Ob mit oder ohne Anlass. Es ist zum In-den-Waldgehen. Oder die Wände hoch.



Allein sind Bernhard Jenny und seine Frau Cristina Colombo eher selten. Die beiden und ihre Kinder verstehen ihr Haus als ein sehr offenes.

Foto: Rainer Iglar

Das Haus drückt unser soziales Verständnis aus

Nachhaltig leben bedeutet teilen: Der Salzburger Kommunikationsberater **Bernhard Jenny** lebt in einer großen offenen Villa, die er auch mit **Michael Hausenblas** teilt.

„ Wir wohnen in der Vorstadt von Salzburg, genauer gesagt zwischen Innenstadt und grünem Gürtel, in der Nähe des Messezentrums – eine ideale Lage sozusagen. Meine Frau Cristina Colombo und ich haben sechs Kinder, wobei diese mittlerweile alle schon groß sind. Drei von ihnen leben aber immer noch mit uns unter einem Dach.

Das Haus ist eine Art Villa mit circa 250 Quadratmetern auf insgesamt drei Stockwerken. Ein Teil des Gebäudes stammt aus den Sechziger-, der andere aus den Dreißigerjahren. Es wirkt aber älter. Und es wirkt ziemlich verträumt.

Wir haben uns damals – das war vor 18 Jahren – aus verschiedenen Gründen für diesen Ort entschieden. Erstens brauchten wir mehr Platz, und zweitens gab es folgende Geschichte: Ursprünglich wollten wir das Haus gar nicht kaufen, und zwar unter anderem, weil im Garten eigenartige Figuren aus Stein herumstanden – Nachahmungen von antiken Statuen. Schließlich stellte sich aber heraus, dass diese Objekte vom Erbauer des Hau-

ses stammten, der diese Figuren als Sinnbild für die Kinder aufstellen ließ, die er selbst nie hatte. Uns hat das sehr beeindruckt, und so haben wir das Haus doch genommen.

Für uns war es immer wichtig, die Familie intensiv zu leben. Daher hieß es auch: Wohnraum ist gleich Arbeitsraum. Meine Frau und ich betreiben im Haus unsere eigene Kreativagentur *jennycolombo.com*. Kunden kommen also auf gewisse Weise in unser Wohnzimmer. Hier gibt's kein schickes Frontdesk, wo man ‚so tut, als ob‘.

Noch etwas war uns seinerzeit klar: Wenn wir schon so ein riesengroßes Haus kaufen, dann wollen wir es nicht für uns allein, sondern ganz bewusst als offenes Haus verstehen. Zahlreiche Freunde und Bekannte kommen zu Besuch und nutzen diese Fläche mit uns. Wir wollen nicht auf Besitz sitzen, sondern solche Möglichkeiten mit anderen teilen.

Nachdem wir uns immer schon sehr für Flüchtlinge – wir nennen sie lieber ‚Willkommene‘ – engagiert haben, kommen auch immer wieder Menschen, die am großen

Wohnzimmertisch mit uns zusammensitzen. Der Tisch bildet das Zentrum des Hauses. Mit der Art, wie wir wohnen, drücken wir unser soziales Verständnis aus. Man kann das doch nicht trennen! Der 24. Dezember wurde von meiner Frau zum ‚Tag des offenen Hauses‘ erklärt. Alle, die an diesem Tag nicht wissen, wo sie hin-

sollen, oder einfach diesen Wahnsinn nicht aushalten, sind an diesem Tag bei willkommen. Über den Tag verteilt tauchen bis zu 100 Menschen auf. Um elf Uhr vormittags geht's los, um drei, vier in der Früh ist Schluss. Das ist das Geschenk, das wir uns als Familie zu Weihnachten machen.

Als wir das Haus und seinen circa 500 Quadratmeter großen Garten übernahmen, war es ziemlich verschachtelt, weil hier vier Wohnungen untergebracht waren. Wir haben viele Wände herausgerissen und bei der Gestaltung der neuen Räume darauf geachtet, dass sie auch für spontane Übernachtungen taugen. Ich würde sagen, wir leben sehr praktisch. Das Haus ist schlicht und doch gemütlich. Gemütlichkeit entsteht durch das Praktische, aber es fallen mir dazu auch viele Kerzen und Räucherwerk ein.

Generell bedeutet Wohnen für uns, einen Ort zu schaffen, an dem sich ein Bezugssystem wie eine Familie wohlfühlen kann. Weiters drückt es, wie bereits erwähnt, das Weltbild aus, das die Bewohner in sich tragen. Und dazu gehört auch die Frage: Mit wem wollen wir dieses Haus teilen, wenn dann eines Tages alle Kinder ausgezogen sind? “

Bernhard Jenny wurde 1956 in Salzburg Stadt geboren, wo er als Creative Art Director, Blogger und Performer arbeitet und lebt. Seine Kreativagentur für Corporate Identity und Design, barrierefreie Webauftritte und Social Media wird als Familienunternehmen geführt.

Unter www.bernhardjenny.posterous.com bloggt Jenny zum Thema Unternehmenskommunikation, unter www.bernhardjenny.wordpress.com schreibt er regelmäßig zu den Themen Politik, Gesellschaft, Menschenrechte und Integration/Inclusion. Er ist außerdem Mitglied der Plattform für Menschenrechte Salzburg.

➔ www.jennycolombo.com



WOHNEN IN MARGARETEN

Eigentum
Miete
Vorsorge



- Geräumige, begrünte Anlage mit 4 Bauteilen
- 235 modern und hochqualitativ ausgestattete Wohnungen
- Wohneinheiten von 30 m² bis 140 m²
- Großteils Balkon, Loggia oder Terrasse
- Hauseigene Tiefgarage
- Fertigstellung Sommer 2012

Weitere Informationen unter
01 512 76 90
DW 431



STANDARD EXKLUSIV



Sicher vorsorgen - trotz Sparpaket

Unser Projekt Kainzgassee 11, 1170 Wien

23 hochwertig ausgestattete Vorsorgewohnungen mit optimaler Verkehrsanbindung.

Grün, ruhig und dennoch zentral – im Viertel um den Hernalser Kongresspark.

Investieren in Lebensqualität.

Vertriebsstart: Mai 2012
Geplante Fertigstellung: Ende 2013

Informationen & Details:
+43-1-533 3000
vorsorgewohnung@rvw.at
www.rvw.at



Assoziativ-philosophisches „Weltverbesserungs-Abc“

Mit Verve und Empathie entführt der in Wien lebende Hamburger Ökonom und Nachhaltigkeitsexperte **Fred Luks** durch seine jüngste bibliophile Publikation auf eine Tour de Force über „Gott und die Welt“. Phänomenal!

Gregor Auenhammer

Fred Luks hat recht. Wir befinden uns in einer sich rasch verändernden Welt inmitten einer veränderungsresistenten Gesellschaft, in der Amtsinhaber und Würdenträger fast aller politischen Couleurs lediglich auf das reagieren, was Boulevard und Meinungsumfragen als mehrheitsfähig vorgeben. Pro futura wagt kaum einer proaktiv zu planen, geschweige denn zu agieren. Anstelle von Meinungen produzieren in der Öffentlichkeit befragte öffentliche Personen grosso modo inhaltlose Sprechblasen und beantworten konkrete Fragen nur mit Floskeln, die in klassischen NLP-Schulungen vermittelt wurden. Dementsprechend gesichts- und konturlos sind die meisten Agenten der öffentlichen Hand. Undiplomatisch sind die meisten dennoch.

Zu all dem gesellt sich eine global grassierende Entscheidungsallergie. Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die erschreckende, ernüchternde sowie augenscheinliche Ahnungs-, Hilflosigkeit und Unwissenheit internationaler Politiker und Experten offensichtlich.

Fred Luks, aus Hamburg stammender, in Wien lebender gelernter Ökonom, Manager und Nachhaltigkeits-Experte, verführt den Leser in seinem – an Seiten schmalen, an Inhalt gewichtigen – Band *Irgendwas ist immer* zu einer fulminanten Tour d'Horizon. Fantastisch rasant reiht er Assoziation an Assoziation, Begriffe und Befindlichkeiten erklärend, Termini hinterfragend und Rückschlüsse als Trugschlüsse entlarvend, um zu einer klaren Message zu kommen: Alles ist möglich und unmöglich. Im Weg liegt das Ziel, bzw. im Ziel erfährt man den Weg. Denn, wie er meint, „irgendwas ist immer“ –

Faktum genug, um die reale „Politik des Aufschubs“ zu legitimieren.

Hochinteressant beispielsweise seine Erklärung der „Nachhaltigkeit“: „Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Hierin liegt ein begründbares Leitbild, bei dem es um Gerechtigkeit, Wirtschaft und Ökologie geht. Es ist schwer, gegen ‚Nachhaltigkeit‘ zu sein, und ich bin auch total dafür. Doch dann: Wir sind leider schon über die ‚Nachhaltigkeit‘ hinaus, obwohl wir sie

grandios verfehlt haben.“ Des weiteren entlarvt Luks in einem fantastischen *Furioso*, mit Verve und Empathie, den Terminus als populistisch, weil er sich auf alles und nichts anwenden lässt – als Killerargument und Begründung für und gegen jedes Problem verwendbar ist: Umwelt, Soziales, Wirtschaft, Lebensstil, Mobilität, Finanzen, Glück, Partizipation und die Genderfrage. Gerechtigkeit und Rechtsprechung.

Die Dichotomie von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, Schön und Hässlich lässt sich mit dem Terminus auf alles anwenden. Im Kontext konterkariert er aber auch jegliche Motivation und Argumentation. Luks selbst sieht seine Abhandlungen nicht als rein wissenschaftlich, aber auch nicht rein feuilletonistisch. In Form eines „Weltrettungs-Abc“ fabuliert Luks über Authentizität, Betroffenheit, CSR, über Dilemmata, Empörung, Facebook, über Humorlosigkeit, „i“, Jetzt, Kunst, Lippenbekenntnisse, Mut sowie den zentralen Kristallisationspunkt: die „Nachhaltigkeit“. Folglich reflektiert Luks über Opportunismus, Politik, Quantensprünge, Revolution und Scheitern, Ver-

antwortung, Wachstum, Xenophobie und das Zaudern. Amüsant, intellektuell, intelligent und zynisch. Gedankensprünge prägen das Werk und machen es lesenswert. Apodiktisch ist es nicht. Auch nicht fatalistisch, wie man nun meinen könnte. Maximal apokalyptisch, zieht man die richtigen Schlüsse aus der Kumulation aller erdenklichen Unmöglichkeiten und Unwägbarkeiten.

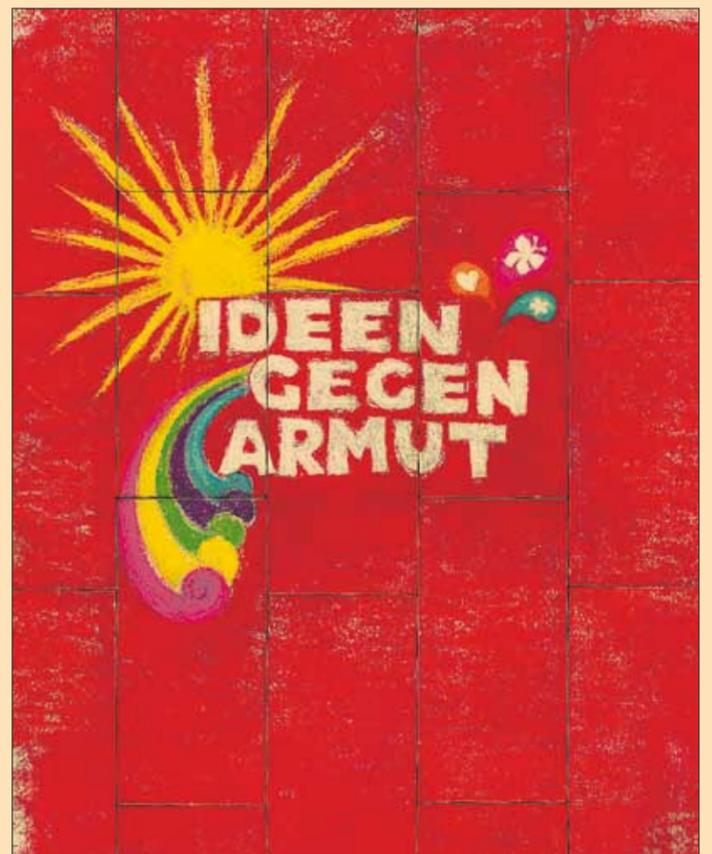
In Wahrheit ist Luks' Œuvre als Standpunkterforschung des Jetzt zu sehen, ein großes Ganzes im Blickwinkel. Pointiert und polemisch interpretiert Luks den Status quo unseres Daseins, unserer Gesellschaft, unserer Philosophie und unseres in der Krise befindlichen Selbstbewusstseins. Im Prozess des Bewusstwerdens und Bewusstmachens entsteht das Wesentliche in der Individualität.

Luks, obwohl Wahlwienener, lamentiert nicht, sondern konstatiert, hin und wieder konsterniert. Er philosophiert teils in scheinbar lapidarem Plauderton, dennoch eloquent und fein elaboriert. E- und U-Musik, Hochkultur und Alltägliches junktimierend, ohne Berührungsängste. Fachlich fundiert, partiell aber mit kapriziösen gedanklichen Rösselsprüngen.

Trotz hohen literarischen Tempos sprachlich brillant formuliert, ist Luks zweifelsfrei mit zahlreichen Tempowechseln – aufgrund zahlloser assoziativer Einschübe und semantischer Feinheiten und philosophischer Petitesse – ein fulminantes Epos des Jetzt gelungen. Sicher nicht jedermanns Sache, de facto aber grandios!



Fred Luks: „Irgendwas ist immer. Zur Politik des Aufschubs“, € 10,- / 106 Seiten, Metropolis Verlag, Marburg 2012



Nur noch wenige Tage, um soziale Projekte einzubringen

Einreichfrist für Ideen gegen Armut endet am 20. Juni

„Die Tatsache, dass die Jury uns das Vertrauen ausgesprochen hat, hat uns ermutigt, andere Jobangebote auszuschlagen und uns mit unserer Idee selbstständig zu machen“, sagt Katharina Norden, die mit Game Changing (heute Three Coins), einem Lernprogramm für Financial Literacy, im letzten Jahr den Innovationspreis „Ideen gegen Armut“ erhalten hat.

Mit „Ideen gegen Armut“ unterstützt Coca-Cola Österreich gemeinsam mit dem STANDARD und dem NPO-Kompetenzzentrum der Wirtschaftsuniversität Wien die Umsetzung von sozialen Projekten zum Thema Armutsbekämpfung und Armutsprävention in Österreich. Heuer wird der Preis bereits zum sechsten Mal vergeben. Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem Jahr auf der Förderung von Female Entrepreneurship und Frauen als Unternehme-

rinnen. Zumindest einer der beiden mit jeweils 41.500 Euro dotierten Innovationspreise wird an ein Projekt mit dieser Zielsetzung vergeben.

Gesucht werden einerseits Projektideen, in denen Frauen als Unternehmerinnen ihren Fokus auf die Armutsbekämpfung bzw. -prävention in Österreich legen. Andererseits können auch Projekte zur Förderung der beruflichen Selbstständigkeit von Frauen, die armutsgefährdet sind oder von Armut betroffen sind, eingereicht werden.

Die Einreichfrist endet am 20. Juni. Danach werden von einer unabhängigen Jury die zehn besten Projekte für den weiteren Prozess ausgewählt. Die endgültige Entscheidung wird dann bei der Förderpräsentation vom Advisory Board getroffen. (ost)

www.ideen-gegen-armut.at

Stipendium

Innovationsmanagement MSc im Wert von EUR 13.400,-

Ziel: Sie erwerben die Kompetenz, Innovationsprozesse zu steuern und innovative Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Dieses Studium enthält in einem ausgewogenen Verhältnis von Theorie und Praxis alle relevanten Themen eines umfassenden Innovationsmanagements. Auch neue internationale Entwicklungen im Innovationsmanagement wie „open innovation“ und „service design“ finden dabei Berücksichtigung.

Akademischer Grad: MSc (Master of Science)

Zielgruppe: Innovationsmanagement-Verantwortliche, Produktmanager/innen sowie Führungskräfte

Ausbildungsschwerpunkte: 10 Module, jeweils eine Woche Präsenzzeit geblockt

Kerncurriculum:

- Grundlagen des Innovationsmanagements
- Vertiefung in den Methoden des Innovationsmanagements
- Technologie- und Produktmanagement
- Finanzierung, Marketing u. Recht
- Seminar zu aktuellen Themen
- 3 Wahlmodule (z.B. Wissensmanagement, Change Management, Qualitätsmanagement, Projektmanagement, ...)

Detailinformationen: www.donau-uni.ac.at/wuk/itm

Anbieter: Donau-Universität Krems, Zentrum für Kognition, Information und Management

Zulassungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium oder gleichzuhaltende Qualifikation: mindestens 4 Jahre einschlägige Berufserfahrung in relevanter Position, Mindestalter von 24 Jahren sowie die positive Beurteilung durch die Lehrgangsleitung im Zuge des Bewerbungsverfahrens

Dauer: 4 Semester, berufsbegleitend

Beginn: 1. Oktober 2012

Bewerbungsfrist: 29. Juni 2012

Studiengangengebühr: EUR 14.900,-

Stipendium: Ein Stipendium in der Höhe von EUR 13.400,- wird vom STANDARD Expertenbeirat vergeben. EUR 1.500,- Selbstbehalt der Stipendiatin/des Stipendiaten. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Information: Donau-Universität Krems – Die Universität für Weiterbildung
Dr. Benedikt Lutz
Tel. 02732/893-2322
benedikt.lutz@donau-uni.ac.at

Bewerbungsunterlagen anfordern bei: stipendium@derstandard.at

Download unter: derStandard.at/Events



Die Zeitung für Leserinnen